



Alfred Klahr (1904–1944) – Neue Forschungen zu seiner Biographie¹

MARTIN KRENN/MICHAEL TATZBER-SCHEBACH

Vor kurzem jährte sich die Veröffentlichung von Alfred Klahrs wegweisendem Aufsatz „Zur nationalen Frage in Österreich“ zum 75. Mal. Im März und April 1937 publizierte der KPÖ-Funktionär und promovierte Staatswissenschaftler Klahr in *Weg und Ziel* die Ergebnisse seiner historischen und theoretischen Untersuchungen zur Frage der österreichischen Nation und Nationswerdung. Er konstatierte, dass die Österreicher niemals ein Teil der deutschen Nation gewesen und zudem im Begriff seien, sich zu einer eigenständigen Nation zu entwickeln. Wie nicht anders zu erwarten war, fand dieses Jubiläum in Österreich nicht statt und in den heimischen Medien keine Erwähnung.² Immerhin erschien in der marxistischen Berliner Tageszeitung *junge Welt* ein Artikel von Simon Loidl, in dem dieser die Leistung Klahrs und den Kampf der österreichischen Kommunisten für die Unabhängigkeit Österreichs würdigte.³

Dieses Jubiläum ist eine angemessene Gelegenheit, die seit geraumer Zeit zum Erliegen gekommene Forschung zur Biographie Klahrs wieder aufzunehmen, neue Erkenntnisse zusammenzutragen und neue oder weitgehend unbekannte Quellen zu erschließen. Wiewohl Klahrs Leben und Werk in den vergangenen Jahren wieder in einigen Publikationen Erwähnung fand, datiert die letzte ausführlichere biographische Arbeit – Günther Grabners für den Sammelband „Zur österreichischen Nation“ verfasster Text – von 1994.⁴ Bis zu diesem Beitrag stellte der in der Zeitschrift *Zeitgeschichte* erschienene Aufsatz von Hilde Koplenig aus dem Jahr 1976 die einzige größere Veröffentlichung zur Biographie von Klahr dar,⁵ – wobei innerhalb der Kommunistischen Partei Österreichs bereits seit den 1960er Jahren die Notwendigkeit zur Verfassung einer solchen Biographie gesehen wurde.⁶ Auf der Grundlage von Erinnerungen von Freunden und Mitstreitern zeichnete Koplenig

schließlich ein erstes, aufgrund der Quellenlage im Vergleich zum heutigen Wissensstand natürlich lückenhaftes Bild von Klahrs Lebensweg. Im Jahr 1994 erschien dann der erwähnte Beitrag Günther Grabners, in dem er sich zwar auf die Vorlage Koplenigs stützte, diese aber um neue Informationen ergänzte, die Erzählungen der Zeitgenossen und Mitstreiter Klahrs wie Valentin Strecha oder Heinrich Fritz⁷ durch historische Quellen kontextualisierte und im Ergebnis zu einer dichteren und systematischeren Darstellung als Koplenig gelangte.

Abgesehen von diesen beiden Aufsätzen existiert nur wenig Literatur über Klahrs Leben. Es handelt sich dabei oft um kursorische, nur oberflächliche Wiedergaben, etwa im Rahmen umfassender Veröffentlichungen.⁸ Beiträge mit zum Zeitpunkt der Veröffentlichung genuin neuen Informationen waren bisher eine Seltenheit; in den *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* veröffentlichten etwa Peter Goller und Gerhard Oberkofler vor doch schon wieder geraumer Zeit (1997) das von Adolf Merkl verfasste und von Hans Kelsen mit unterfertigte Gutachten zu Alfred Klahrs Dissertation „Das Verhältnis zwischen Parlament und Regierung in parlamentarischen Republiken“ (1928).⁹ Eine Ausnahme jüngerer Datums stellt die 2010 fertiggestellte Dissertation Julia Köstenbergers über die *Internationale Lenin-Schule* (ILS) in Moskau dar, die eine Reihe von bislang unbekannten Details über Klahr enthält.¹⁰ Sie sind das Ergebnis der Auswertung der Personalakten der Komintern und der Akten aus der ILS im *Russländischen Staatsarchiv für sozialpolitische Geschichte* (RGASPI). Neben Angaben zu Klahrs Tätigkeit an der Lenin-Schule enthält Köstenbergers Dissertation auch neue Informationen über seine politische Karriere im Zeitraum zwischen dem Abschluss des Studiums und dem Aufenthalt an der ILS.¹¹ Die Eckdaten zu Klahrs Biographie sowie über Klahrs Tätigkeit für die KPÖ

und die *Kommunistische Internationale* (Komintern) sind außerdem in der Datenbank des „Biographischen Handbuchs zur Geschichte der Kommunistischen Internationale“ enthalten.¹²

Ein Teil der Komintern- und der ILS-Akten befindet sich allerdings auch im Wiener *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* (DÖW) in Kopie. Darunter ist ein von Klahr im November 1930 handschriftlich ausgefüllter „Fragebogen für Mitarbeiter des E.K.K.I. [Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, d. Verf.]“¹³ und ein dreiseitiger, ebenfalls handschriftlicher „Lebenslauf“, den Klahr im Jänner 1936 verfasst hat.¹⁴ Neben weiteren Dokumenten aus der Lenin-Schule, die zum Teil auch in dem vom DÖW herausgegebenen Dokumentenband „Österreicher im Exil. Sowjetunion 1934–1945“¹⁵ abgedruckt wurden, finden sich im DÖW zudem bislang unberücksichtigt gebliebene Fahndungs- und Haftunterlagen.

Die vorliegende Darstellung folgt zunächst dem chronologischen Ablauf in dem von Klahr verfassten „Lebenslauf“. Besonderes Augenmerk wird dabei auf jene Abschnitte der Klahr'schen Biographie gelegt, die bislang weitgehend im Dunkeln lagen, etwa sein Studium und seine politische Funktionärstätigkeit vor seinem Aufenthalt an der ILS in Moskau. Anhand der einschlägigen Akten aus dem DÖW wird anschließend Klahrs Tätigkeit als Lektor an der Lenin-Schule und als Leiter von deren österreichischen Sektor untersucht. Von zentralem Interesse sind dabei nicht zuletzt die Umstände seiner Absetzung als Sektorleiter. Auf der Grundlage bereits vorhandener Literatur wird schließlich ein kurzer Überblick über Klahrs weiteres Schicksal bis zu seiner Ermordung in Warschau gegeben.

Kindheit, Schule und Studium

Alfred Klahr wurde am 16. September 1904 in Wien geboren und wuchs in der Novaragasse im 2. Wiener Gemeinde-



Alfred Klahr (1904–1944)

bezirk auf.¹⁶ Er wurde als einziger Sohn neben vier Schwestern in eine kleinbürgerliche Familie geboren, in der „große Armut“ herrschte – keine Ausnahme für die Leopoldstadt dieser Zeit, in der viele jüdische (und nicht-jüdische) Familien in prekärsten Verhältnissen lebten.¹⁷ Der Vater verdingte sich in Klahrs jungen Jahren zunächst als „Hausierer“, also als kleiner Händler ohne festen Betriebsstandort, später¹⁸ war er bei der *Israelitischen Kultusgemeinde* (IKG) als „ritueller Fleischbankaufseher“ angestellt und verrichtete zudem am Landesgericht im 1. Bezirk „die Sonntagsgebete mit den jüdischen Häftlingen“. Die Familie ermöglichte Alfred Klahr dennoch den Besuch des Realgymnasiums in der Kleinen Spergasse in seinem Heimatbezirk, wo er Freundschaft mit dem ebenso 1904 geborenen Franz Quittner schloss; diese Freundschaft sollte sich auch in politischer Hinsicht als fruchtbar erweisen. Im Jahr 1923 legte Klahr schließlich mit Auszeichnung die Matura ab und inskribierte anschließend Chemie an der Universität Wien.¹⁹ Aufgrund von „Geldmangel“, wie Klahr in seinem „Lebenslauf“ angibt, musste er dieses Studium jedoch bereits kurz danach wieder aufgeben und eine – nicht näher spezifizierte – „Büroarbeit“ aufnehmen, die er jedoch

im Zuge der allgemeinen Wirtschaftskrise bald wieder verlor (im „Lebenslauf“ notiert er, die Anstellung nach nur einem Jahr wieder verloren zu haben).

Der Beginn seines zweiten Anlaufs auf der Wiener Universität datiert ins Jahr 1924. Im Wintersemester 1924/25 inskribierte Klahr erstmals an der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät „Staatswissenschaften“, im Übrigen ebenso wie Genia Quittner,²⁰ Hilde Koplenig²¹ und Hugo Huppert.²² Das 1919 etablierte Studium der „Staatswissenschaften“²³ galt vor dem Hintergrund einer weiterhin konservativ-elitär eingestellten Universität (Huppert: „Die Revolution von 1918 hat die Universitäten kaum gestreift; wehe den Marxisten, Liberalen, Juden“²⁴) als eine

ne der wenigen Möglichkeiten, zumindest Ansätze einer kritischen Gesellschaftswissenschaft zu verfolgen. Gleich zu Beginn seines Studiums belegte Klahr Vorlesung und Proseminar bei Hans Kelsen zur „Allgemeinen Staatslehre“ (4 SSt.).²⁵ Kelsen übte in dieser Zeit großen Einfluss auf die linke Studentenschaft auf der Staatswissenschaft aus; Hugo Huppert bezeichnete ihn im Vergleich zum restlichen Professorenkollegium als ein „erfrischendes, überraschend erfreuliches Phänomen, weder fanatisch noch angestaubt, weder salopp noch allzu steifleinen“ und insgesamt von „bezwingend[em]“ Wesen.²⁶ Auch die ebenso wie Klahr 1904 geborene Hilde Koplenig zeigte sich an Kelsens Staats- und Rechtstheorie interessiert, die auch sie während ihres Studiums mitverfolgte und „marxistisch“ zu widerlegen suchte.²⁷ Abseits von Kelsen verfolgte Klahr ein intensives Studienprogramm in seinem 1. Semester. Bei Josef Redlich, dessen jungst edierte Tagebücher²⁸ als großes Zeitdokument angesehen werden können, hörte er „Grundzüge des Verfassungsrechts der Vereinigten Staaten von Nordamerika“ (1 SSt.), bei Max Adler dessen vierstündige, gesteckt volle²⁹ „Einführung in die Geschichte und Theorie des Sozialismus seit der franzö-

sischen Revolution“. Die Vorlesung und das Proseminar für Statistik belegte Klahr bei Hugo Forcher (insgesamt 6 SSt.), die Vorlesung „Geschichte der Volkswirtschaftslehre“ bei Richard Strigl (1 SSt.).

Im Sommersemester 1925 setzte Klahr sein Studienprogramm mit Lehrveranstaltungen bei Kelsens „altem Lehrer“³⁰ Leo Strisower („Völkerrecht, 4 SSt.), Alphons Dopsch („Soziologische Grundlagen der Wirtschaftsgeschichte“, 3 SSt.), Othmar Spann („Geschichte und Kritik des Sozialismus“, 1 SSt.) sowie Walter Schiff (Vorlesung und Proseminar zu „Volkswirtschaftspolitik“, 5 SSt.) fort.

Erstmals in Berührung mit seinem Doktorvater Adolf Merkl kam Klahr im Wintersemester 1925/26. Merkl, damals noch ao. Professor an der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät, bot Vorlesung und Proseminar zum Thema „Verwaltungslehre und österreichisches Verwaltungsrecht“ (insgesamt 6 SSt.) an. Bei Hans Mayer besuchte Klahr Vorlesung und Proseminar zur „Volkswirtschaftslehre“ (5 SSt.) und hörte weiters Karl Schmidt („Mittel und Ziele der modernen industriellen Konzentrationsbewegung“, 1 SSt.), Viktor Bibl („Die politische Gedankenwelt der Gegenwart in ihren geschichtlichen und philosophischen Grundlagen“, 2 SSt.) sowie Richard Strigls Vorlesung „Grundzüge der Theorie des Geld- und Bankwesens“ (1 SSt.). Zusätzlich schrieb sich Klahr auch auf der philosophischen Fakultät für Erna Patzelts „Repetitorium der Wirtschaftsgeschichte“ ein.

Wirtschaft und Recht blieben auch in den folgenden Semestern die Schwerpunkte in Klahrs Studienprogramm. Nachdem im Sommersemester 1926 noch Fragen der Volks- und Finanzwirtschaft im Vordergrund standen (so besuchte er etwa jeweils im Ausmaß von 5 SSt. Vorlesungen und Proseminare zu „Finanzwirtschaft“ bei Hans Mayer bzw. „Volkswirtschaftspolitik“ bei Walter Schiff³¹), ging es im Wintersemester 1926/27, Klahrs 5. Semester, ans juristisch Eingemachte: 5 SSt. absolvierte er bei Ernst Schwind im Fach „Deutsche Rechtsgeschichte“, ebenso 5 SSt. bei Josef Hupka zum „Handels- und Wechselrecht“ und weitere 5 SSt. bei Heinrich Demelius im „Bürgerlichen Recht“. Daneben besuchte er die 1919 verpflichtend eingeführte „Pflichtübung aus bürgerlichem Recht“ (2 SSt.) bei Gustav Walker sowie Lehrveranstaltungen bei Leo Strisower zu „Internationalem Privatrecht“ (2 SSt.) und zur „Geschichte der Rechts-

philosophie“ (2 SSt.). Die „Geschichte des österreichischen Verfassungsrechts seit 1687“ (3 SSt.) hörte er bei Gustav Turba. Erstmals belegte er auch Lehrveranstaltungen bei Hans Kelsen und Adolf Merkl im selben Semester: Bei Kelsen hörte er jeweils montags, dienstags und mittwochs von 11 bis 12 Uhr „Österreichisches Staatsrecht“; Merkl auf der anderen Seite nahm ihn in sein Seminar aus allgemeiner Staatslehre auf, das er mit „Rechtsvergleichende Übungen über die typischen Staatsverfassungen der Geschichte und Gegenwart“ betitelte. Auch wenn eindeutige Belege fehlen, wird mit einigem Recht zu vermuten sein, dass hier der Grundstein für Merkl's Betreuung der späteren Dissertation von Klahr gelegt worden ist.

Das Sommersemester 1927 war das studienplanmäßig letzte Semester Klahrs, der von der Umstellung der Regelstudiendauer bei den „Staatswissenschaften“ von sechs auf acht Semester noch nicht betroffen war.³² Abermals zeigt sich ein dichtes Arbeitspensum, das ökonomische, sozialwissenschaftliche, rechtliche und historische Probleme gleichermaßen abdeckte. Neben „Statistik“ (Walter Schiff, 4 SSt.) und „Gesellschaftslehre“ (Othmar Spann, 4 SSt.) hörte er „Handelspolitik“ (2 SSt.) bei Richard Schüller, der bei der Republikgründung die Handelspolitische Sektion im Staatsamt für Äußeres übernommen hatte und von Otto Bauer derart geschätzt wurde, dass dieser in Schüller sogar einen geeigneten Nachfolger als Außenminister sehen wollte.³³ Auch besuchte Klahr das völkerrechtliche Seminar (2 SSt.) bei einem der (vielen) Gegenspieler von Kelsen an der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät, Alexander Hold-Ferneck; bei Kelsen selbst dessen „Seminar aus allgemeiner Staatslehre“ (2 SSt.). Der historische Schwerpunkt wurde von Alfred Francis Pribram („Geschichte der französischen Revolution und des Napoleonischen Kaiserreiches“, 3 SSt.) und von Viktor Bibl („Geschichte des 19. Jahrhunderts“, 2 SSt.) abgedeckt; zusätzlich besuchte Klahr noch zwei Lehrveranstaltungen von Eugen Oberhummer: „Indien und Südostasien“ (3 SSt.) und „Das japanische Reich“ (2 SSt.).

Klahrs Studienprogramm in den „Staatswissenschaften“ lässt es gerechtfertigt erscheinen, mit Peter Goller und Gerhard Oberkofler vom „junge(n) Alfred Klahr im Umfeld der Kelsen-Schule“ zu sprechen.³⁴ Seine Dissertation „Das Verhältnis zwischen Parlament und Regierung in parlamentarischen Re-

publiken“,³⁵ verfasst noch vor der Bundesverfassungs-Novelle von 1929, beschäftigt sich in einem allgemein-theoretischen Teil mit der grundsätzlichen Verortung der „parlamentarischen Regierung“ und der Abhängigkeit der Exekutive von der Legislative in parlamentarischen Republiken. In einem zweiten, besonderen Teil nimmt Klahr das Verhältnis zwischen Parlament und Regierung „nach positivem Recht“ in den Blick, indem er in vier Kapiteln Fallstudien zu Deutschland, Frankreich, Österreich und der Schweiz erarbeitet. Nicht unplausibel erscheint es, dass Klahr „bei der Ausarbeitung seiner in die Praxis der österreichischen Verfassung hineinreichenden Thesen Zurückhaltung üben mußte“,³⁶ was ihm bis auf kleine Ausnahmen auch gelang und ihn für Merkl und seinen Zweitgutachter Kelsen als „konsequenten Vertreter der reinen Rechtslehre“ erscheinen lässt.³⁷ Abgemahnt wird Klahr jedoch für seine Darstellung der politischen „Kräfteverhältnisse“³⁸ innerhalb parlamentarischer Republiken, was Merkl als eine „befremdliche Entgleisung“³⁹ klassifiziert. Insgesamt aber beurteilte Merkl die am 21. April 1928 eingereichte Dissertation Klahrs als „sehr gut“ und gesteht ihr zu, dass sie „gründlich und verständnisvoll gearbeitet“ sei, „ungewöhnlich guten juristischen und politischen Blick“ verrate und „zur Gänze publikationsreif“ sei.⁴⁰ Am 17. Juli 1928 konnte Klahr daher erfolgreich zum Doktor der Staatswissenschaften promovieren,⁴¹ ob unter ähnlich schwierigen Umständen wie Hugo Huppert ist nicht überliefert.⁴² Zu diesem Zeitpunkt war auch Klahr bereits langjähriges Mitglied der kommunistischen Bewegung in Österreich.

Die Politisierung von Alfred Klahr

Klahr selbst gibt in seinem „Lebenslauf“ keine Hinweise auf die Motive seiner Politisierung und die Gründe seiner Hinwendung zur marxistischen Theorie bzw. in weiterer Folge zur kommunistischen Bewegung. Koplenig und ihr folgend Grabner⁴³ setzen diese Politisierung bereits zu einem frühen Zeitpunkt, nämlich in Klahrs Schulzeit an, wo die im Gefolge des Ersten Weltkrieges in Wien herrschenden sozialen Zustände „Klahrs Blick für gesellschaftliche Verhältnisse [schärfen]“.⁴⁴ Auch dürfte der Einfluss des bereits erwähnten Franz Quittner – ebenfalls Schüler am Realgymnasium Sperglgasse und enger persönlicher Freund von Klahr – beträcht-

lich gewesen sein.⁴⁵ In seiner späten Gymnasialzeit begegnet uns Klahr bereits als politischer Aktivist: zunächst in der *Vereinigung Sozialistischer Mittelschüler* (eine Station, die er weder im „Lebenslauf“ noch im „Fragebogen“ erwähnt), im Mai 1924⁴⁶ schließlich als Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes (KJV), zu dem Klahr gemeinsam mit einer ganzen Gruppe sozialistischer Mittelschüler übertrat.⁴⁷ Auch hieran war wohl Franz Quittner nicht unbeteiligt, der bereits länger in der Leitung des KJV tätig war. Wenige Monate später, im September 1924, wurde Klahr auch Mitglied der Kommunistischen Partei Österreichs. Die Motive seines Eintritts schildert er im „Lebenslauf“ wie folgt: „September 1924 bin ich, gleich den übrigen Funktionären des KJV., der Komm. Partei Österr. beigetreten, um den Kampf gegen Toman und Frey, gegen das Fraktionieren überhaupt, für die Herausbildung einer bolschewistischen Parteiführung mit dem Gen. Koplenig an der Spitze zu unterstützen.“⁴⁸

In der Folge sollte Klahr sein gesamtes berufliches und persönliches Leben der politischen Arbeit für die Partei verschreiben.

Der „Parteiarbeiter“⁴⁹

Schon während seines Studiums bekleidete Alfred Klahr zahlreiche politische Funktionen. Zunächst wie erwähnt noch in einem Büro beschäftigt, war er nach kurzer Arbeitslosigkeit ab Ende 1925 „zuerst im Apparat des Balkanbüros der KJI. [*Kommunistische Jugendinternationale*, d. Verf.] und dann des Mitteleurop. Büros der IRH. [*Internationale Rote Hilfe*, d. Verf.]“⁵⁰ beschäftigt.⁵¹ Nach den Julikämpfen 1927 war Klahr eigenen Angaben zufolge in der KPÖ auf Bezirksebene in leitender Funktion tätig.⁵² Bis Anfang 1928 war er zudem im KJV in verschiedenen Funktionen in der Bezirksorganisation Leopoldstadt und im Gesamtverband tätig. Mit Erlaubnis des Zentralkomitees der KPÖ übersiedelte Klahr nach Abschluss seines Studiums Ende 1928 nach Berlin, um dort als Volontär bei der Berliner *Roten Fahne* zu arbeiten. Von Dezember 1928 bis zum Ende seines Aufenthaltes im Juli 1929 war Klahr Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) und arbeitete in der Bezirksleitung Berlin-Lichtenberg im Agitprop-Bereich.⁵³ Anschließend wurde Klahr nach Moskau zur Mitarbeit zunächst in der KJI und später in der Komintern berufen.⁵⁴ „Dort war ich bis zum XI. Ple-

num (Frühjahr 1931) in verschiedenen Funktionen tätig (1. Kimschule, Agitprop-, Gewerkschaftsabteilung) und dann bis Februar 1932 als österreichischer Referent in der Komintern tätig. März oder April 1930 wurde ich in die K.P.d.SU. (Zelle Komintern) überführt, wo ich bis zu meiner Rückreise nach Österreich (März 1932) organisiert war.⁵⁵ Dort wurde ich wieder Mitglied der KPÖ.⁵⁶ Nach seiner Rückkehr nach Wien arbeitete Klahr als Kreisinstruktor und ab Juni 1932 in der Wiener *Roten Fahne*. Nach deren Verbot am 22. Juli 1933 fungierte Klahr als Chefredakteur der illegalen *Roten Fahne*. Zudem leitete er eine beim Zentralkomitee der KPÖ angesiedelte Kommission zur Organisation der Oppositionsarbeit in der Sozialdemokratie. Dem ZK gehörte Klahr laut eigener Aussage seit Dezember oder November 1932 an, dessen Politbüro ab Jänner 1934.⁵⁷

Günther Grabner berichtet, dass Klahr schon vor dem Verbot der KPÖ am 26. Mai 1933 unter Beobachtung der Polizei gestanden habe und gelegentlich auch schon festgenommen worden sei.⁵⁸ Nach einer Verhaftung im Mai 1934 war Klahr – so der derzeitige Stand der Forschung – mehr als ein halbes Jahr im Polizeigefängnis Roßauer Lände inhaftiert. Über die Vorgeschichte und die Umstände der Verhaftung gibt ein Bericht der Staatsanwaltschaft Wien I. an die Oberstaatsanwaltschaft vom 18. Juni 1934 Auskunft.⁵⁹ In der Hauptsache handelt das Schreiben von den Ermittlungen gegen den Inhaber einer Druckerei in Wien-Meidling, der beschuldigt wurde, die illegale *Rote Fahne* gedruckt zu haben. Im Zuge einer Durchsuchung der Druckerei am 12. Mai 1934 wurden Klahr und Alois Winkelhaus – der mutmaßliche Auftraggeber des Druckes der *Roten Fahne* – verhaftet. Dem Bericht der Staatsanwaltschaft zufolge waren sie im Begriff, Texte für die nächste Nummer der Zeitung abzuliefern; im Zuge seiner Verhaftung habe Klahr demnach einen Briefumschlag mit 17 Manuskripten weggeworfen. In der Absichtserklärung der Staatsanwaltschaft heißt es aber, dass man aus Mangel an Beweisen für schuldhaftes Verhalten – dafür nämlich, dass er die Aufsätze selbst verfasst oder zumindest deren Inhalt gekannt habe – die Einstellung der Voruntersuchungen gegen Klahr beantragen werde. Am Ende des Berichts ist noch vermerkt, dass er keinen Anspruch auf Haftentschädigung habe, da er zurzeit eine Polizeistrafe verbüße und die beantragte Untersuchungshaft noch gar nicht verhängt

wurde.⁶⁰ Klahr wurde in dieser Sache also nicht strafrechtlich verurteilt, sondern ihm wurde allem Anschein nach von der Polizeidirektion Wien eine sechsmonatige Arreststrafe auferlegt.⁶¹ Im Austrofaschismus war es bekanntlich verwaltungsspezifische Normalität, zum Zwecke der Repression politischer Gegner nicht nur gerichtliche Strafen, sondern zusätzlich bzw. unabhängig davon Verwaltungs- oder Polizeistrafen in beträchtlicher Höhe zu verhängen.⁶² Als materiell-rechtliche Grundlage fungierte hier der § 2 des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes (KWEG), der das maximale Verwaltungsstrafmaß auf sechs Monate Arrest festsetzte.⁶³ Per Verordnung wurde das KWEG sodann auf das Verwaltungsverfahrensgesetz ausgedehnt und etwa im Mai 1933 verfügt, dass das für politische Demonstrationen vorgesehene Höchststrafmaß von 200 Schilling oder zwei Wochen Arrest auf 2.000 Schilling oder sechs Wochen Arrest auszudehnen sei.⁶⁴ Der aus Sicht der austrofaschistischen Machthaber klar erkennbare Vorteil war, die Abstrafung politisch motivierter Delikte nun nicht mehr länger der (formell) unabhängigen Justiz und weisungsfreien Richtern, sondern dem Sicherheitsapparat als solchem und damit weisungsgebundenen Beamten überlassen zu können.⁶⁵

Dass weitere Forschungen zu den Hintergründen von Klahrs Haft im Jahr 1934 und ganz allgemein zur Verfolgung seiner Person durch die Polizei erforderlich sind, zeigen auch jene Dokumente, die seine Verwahrung im Polizeigefängnis Roßauer Lände belegen. Einerseits existiert ein Bericht eines Mitglieds der Opferfürsorgekommission, in dem der Gefängnisaufenthalt auf der Grundlage der Aussagen von Mithäftlingen Klahrs bestätigt wird.⁶⁶ Zudem liegen die Niederschriften der Aussagen dreier Zeugen (Josef Pirker, Erna Hedrich, Franz West) vor.⁶⁷ Sowohl aus dem Bericht als auch aus den Angaben von Josef Pirker und Erna Hedrich geht allerdings hervor, dass Klahr bereits im April 1934 verhaftet und in das Gefängnis Roßauer Lände verbracht wurde, was angesichts seiner erst am 12. Mai 1934 erfolgten Verhaftung nicht den Tatsachen entsprechen kann. In der von der Stadtleitung der KPÖ Wien ausgestellten Bestätigung über Klahrs Widerstandstätigkeit wiederum heißt es, Klahr sei seit März 1934 in der Roßauer Lände eingesessen.⁶⁸ Klahr selbst gibt in seinem „Lebenslauf“ an, im Mai 1934 verhaftet worden zu sein – dies ist, im Einklang mit den offi-

ziellen Quellen, die wohl zutreffende Darstellung.⁶⁹ Seine Enthaftung erfolgte, hier stimmen sämtliche Informationen wieder überein, im Dezember 1934. Zuvor, am 13. Dezember 1934, war Klahr von der Polizeidirektion Wien offenbar „zwecks Hintanhaltung von Störungen der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit“ ein so genannter „Anhaltebescheid“ ausgestellt worden, was ihn zu einem zweimonatigen Arrest im Anhaltelager Wöllersdorf verurteilte.⁷⁰ Dies entsprach ganz der Praxis des austrofaschistischen Regimes, politische Verwaltungsstrafhäftlinge nach Strafverbüßung in einem regulären Gefängnis in Anhaltung zu nehmen und anschließend in ein Anhaltelager (wie etwa Wöllersdorf) zu überstellen.⁷¹

Ob Klahr tatsächlich nach Wöllersdorf gebracht wurde, ist aus den bislang eingesehenen Unterlagen nicht zu klären, das Bundesministerium für Inneres gibt jedenfalls 1953 zur Auskunft, dass er sehr wohl in Wöllersdorf war, dort jedoch bereits am 17. Dezember 1953 wieder enthaftet wurde.⁷² In einer Bestätigung der KPÖ Wien über die Widerstandstätigkeit Klahrs in ihren Reihen heißt es nur, dass er nach seiner Haft im Polizeigefängnis Roßauer Lände zur Emigration gezwungen worden sei; ein Aufenthalt Klahrs in Wöllersdorf wird nicht erwähnt.⁷³ Hilde Koplenig berichtet unter Berufung auf Klahrs Ehefrau Rosa, dass ihm schwedische Freunde eine Stelle an der Universität Uppsala besorgt hätten und er daraufhin unter der Auflage, sofort aus Österreich auszureisen, entlassen wurde.⁷⁴ Dies würde jedenfalls die rasche Entlassung nach Klahrs neuerlicher „Verurteilung“ am 13. Dezember 1934 erklären, die andernfalls nur auf eine (eher unwahrscheinliche) vorzeitige Weihnachtsamnestie zurückzuführen wäre.

Nach seiner Freilassung im Dezember 1934 fuhr Klahr eigenen Angaben zufolge „im Jänner 1935 im Auftrage des ZK. nach Prag, arbeitete dort im Polbüro mit (ohne seit der Neuwahl am XII. Parteitag September 34 Mitglied desselben zu sein), insbesondere an der Herausgabe der Parteipresse.“⁷⁵ Laut Koplenig und Grabner hat Klahr sich in Prag zudem erstmals mit der nationalen Frage auseinandergesetzt.⁷⁶ Allerdings war er auch in Prag nicht sicher, wurde im März 1935 verhaftet und aus der Tschechoslowakei ausgewiesen. Die Partei entsandte Klahr daraufhin im Mai 1935 als Lektor an die Lenin-Schule in Moskau, um ihn nur einen Monat später wieder zurückzuholen: „Juni 1935 wurde ich nach Prag zurückgeru-

fen und als Vertreter des Polbüros auf einige Monate nach Österreich entsendet (bis Oktober 35). Im November kam ich wieder nach Moskau zur Arbeit an der Leninschule, wo ich jetzt tätig bin.“⁷⁷

Zum Abschluss der Darstellung seiner bisherigen politischen Laufbahn in dem „Lebenslauf“ betonte Klahr seine unbedingte Treue zur Kommunistischen Partei: „Ich habe seit meiner Mitgliedschaft in der KPÖ. nie an parteifeindlichen Gruppierungen oder Abweichungen von der Parteilinie teilgenommen, habe vielmehr immer entsprechend meinem jeweiligen Wirkungskreis gegen die Fraktionisten (Toman, Frey und ihre Anhänger) und gegen die opportunistischen Abweichungen von der Parteilinie (z.B. Richard Schüller) aktiv gekämpft. Parteistrafen habe ich nie erhalten.“⁷⁸

Alfred Klahr an der Internationalen Lenin-Schule

Laut einer im DÖW befindlichen „Liste der festangestellten Lehrer an der Leninschule“ vom 1. Juni 1937 hat Klahr – unter dem Decknamen „Rudolf Pohl“ – seit dem 15. November 1935 an der ILS gearbeitet und war dort als „Lehrer für Fragen seines Landes und der Partei – und provisorischer Leiter des österreichischen Sektors“ angestellt.⁷⁹

Es erscheint plausibel, davon auszugehen, dass Klahr im Rahmen seiner Tätigkeit als Lektor an der Lenin-Schule nun jene Ressourcen zur Verfügung hatte, die es ihm ermöglichten, seine Thesen zur nationalen Frage in Österreich umfassend auszuarbeiten.⁸⁰ Dass die nationale Frage eine nicht unbedeutende Rolle im Unterricht gespielt hat, geht schon aus Valentin Strechas⁸¹ Autobiographie hervor: „Ich hatte – im Rahmen des Unterrichts – das Glück, bei der Klärung einer österreichischen Nation dabei zu sein. [...] Alfred Klahr war auch unser Lektor im Jugendzirkel der Lenin-Schule. In unserem Zirkel, er umfaßte vielleicht 14 oder 15 junge Leute, ist diese Frage vom Genossen Klahr sehr ausführlich behandelt worden. Er hat uns erklärt, welche Kriterien er zur Beweisführung einer österreichischen Nation herangezogen hat, wie sich die österreichische Geschichte von der deutschen unterscheidet. Wir haben stundenlang über dieses Thema diskutiert.“⁸²

Am 21. Mai 1936 trat Klahr die Nachfolge Arnold Reisbergs (Deckname „Bruno Braun“) als Leiter des österreichischen Sektors an der ILS an.⁸³ Köstenberger zufolge stand die Absetzung Reisbergs in der KPÖ-Führung schon

länger zur Debatte und kam zunächst nur deshalb nicht zustande, weil Klavdija Kirsanova, die Leiterin der Lenin-Schule, den vorgesehenen Nachfolger – Alfred Klahr – für ungeeignet hielt.⁸⁴ Der Streit über die Nachbesetzung des Postens des Sektorenleiters ist dabei nur ein Beispiel aus einer ganzen Reihe von Auseinandersetzungen zwischen der Schulleitung und dem österreichischen Sektor. Ihren Ausgang nahmen die Konflikte von der Absetzung Reisbergs und der Frage, wer die Verantwortung für den „Fall Braun“ zu tragen habe.⁸⁵

Die Vorbehalte gegen den Wunschkandidaten der KPÖ für die Sektorenleitung und andere Kontroversen dürften die Situation weiter verschärft haben.⁸⁶ Die Kaderabteilung der ILS und Kirsanova akzeptierten Klahr jedenfalls nur als provisorische Lösung. Eines der wenigen Dokumente, die über Klahrs Leitungstätigkeit und die Lehrtätigkeit am österreichischen Sektor in dieser Zeit Auskunft geben, ist ein im DÖW aufliegender Bericht Klahrs an die Studienabteilung der Lenin-Schule.⁸⁷

Im Herbst 1937 wurde Klahr in Abwesenheit und ohne Rücksprache mit der österreichischen Partei auf Anordnung Kirsanovas seines Postens als Sektorenleiter enthoben. Dieser Vorgang muss im Kontext der angespannten Lage in der Sowjetunion im Allgemeinen und der eben geschilderten Konflikte an der Lenin-Schule im Besonderen betrachtet werden. War Klahr schon von Anfang an nicht unumstritten, so verschärfte sich die Kritik an seiner Leitungstätigkeit Anfang 1937, insbesondere im Zusammenhang mit der Entlassung Arnold Reisbergs aus der Lenin-Schule. So heißt es etwa in einer Auflistung der „Charakteristiken der Lehrer im österreichischen Sektor der Internationalen Lenin-Schule“, datierend vom 28. Jänner 1937: „Arbeitet aufmerksam und gewissenhaft im Sektor, aber Pohl verfügt nicht über ausreichend Erfahrung in der politischen Anleitung, er kann die Fragen politisch nicht ausreichend zuspitzen. Muß vertieft die Geschichte der WKP/b studieren und braucht noch Erfahrung in der Mas-



Foto von Alfred Klahr aus seiner Moskauer Kaderakte

senarbeit in der Partei. Kennt sich in seinem Fach aus, arbeitet an Fragen des Landes und der Partei. Als Sektorenleiter ist er schwach [...]. Ist unzureichend erzogen, was Fragen der elementaren Wachsamkeit in der Partei anbelangt.“⁸⁸ Und auch in einer „Resolution der Parteiversammlung des österreichischen Sektors der Internationalen Lenin-Schule“ vom 27. Februar 1937 zur Frage „Warum Braun nicht früher entlarvt wurde“ wurde Klahr als Sektorenleiter kritisiert: „I. Gen. Pohl und Gen. Bauer [Arpad Haasz, d. Verf.] haben als Folge eines faulen Liberalismus und einer spießhaften Einstellung zur Kritik und zur Entlarvung Brauns den Kampf gegen diesen nicht mit der notwendigen bolschewistischen Schärfe und Entschlossenheit geführt. In einzelnen konkreten Fällen [...] hat die Sektorleitung (Gen. Pohl) nicht das ganze Kollektiv mobilisiert, um die Kritik gegen Braun zu entfalten und diesen zu entlarven.“⁸⁹

Klahrs Absetzung kam für die KPÖ offenbar trotzdem überraschend. Ernst Fischer, der österreichische Vertreter beim EKKI, drückte in einem Schreiben an Kirsanova vom 16. Oktober 1937 sein „Befremden“ darüber aus, dass Klahr in Abwesenheit und hinter dem Rücken des Sektors und der Partei seines Postens enthoben wurde.⁹⁰ Da Kirsanovas Antwort keine sachliche Begründung enthielt,⁹¹ wandte sich Fischer am 26. Oktober mit einem weiteren Schreiben an die Führung der Komintern. Wiewohl er in

erster Linie die Vorgehensweise Kirsanovas kritisierte, betonte er doch auch, dass die Parteiführung mit Klahr sehr zufrieden sei und der Sektor unter seiner Leitung „beträchtliche Fortschritte gemacht [hat]“ und „zum besten oder zweitbesten Sektor geworden [ist]“. ⁹² Auf die Entscheidung, Klahr als Leiter des österreichischen Sektors abzusetzen und später ganz aus der Lenin-Schule zu entlassen, konnte zwar kein Einfluss mehr genommen werden, doch war die Intervention Fischers Köstenberger zufolge einer der Anstöße für die spätere Entmachtung Kirsanovas. ⁹³ Einen Hinweis auf die offizielle Begründung für die Absetzung gibt eine „Liste der Lehrer, die von der Arbeit in der Schule zu entfernen sind“, in der zu „Pohl“ vermerkt ist: „Als Sektorenleiter abgesetzt wegen Nachlassens der parteilichen Wachsamkeit. Nicht vertrauenswürdig.“ ⁹⁴

Der genaue Zeitablauf der Ereignisse, also wann Klahr genau als Sektorenleiter abgesetzt wurde, wann er aus der ILS entlassen wurde und wann er Moskau schließlich verließ, ist nicht zweifelsfrei zu klären. Die Entscheidung, Klahr als Sektorenleiter abzusetzen muss jedenfalls vor dem 16. Oktober 1937 gefallen sein, da von diesem Tag bereits das erste Protestschreiben Fischers datiert. Laut der Biographie in der Datenbank des „Biographischen Handbuchs“ war Klahr bis 14. November 1937 als Sektorenleiter und bis Dezember 1937 als Lehrer tätig. ⁹⁵ Auf der vom 8. Dezember 1937 datierenden „Liste der Lehrer, die von der Arbeit in der Schule zu entfernen sind“ scheint er noch auf und wird als „ehemaliger österreichischer Sektorenleiter, Lehrer für Leninismus“ geführt. ⁹⁶ Aus zwei weiteren Dokumenten geht der 9. Dezember als Entlassungsdatum von Klahr und zahlreichen anderen Mitarbeitern der Lenin-Schule hervor. ⁹⁷ Es ist aufgrund der Quellenlage also davon auszugehen, dass er nach seiner vermutlich Anfang Oktober diskutierten und im November offiziell verfüigten Absetzung als Sektorenleiter zumindest formell noch einige Zeit als Lehrer an der Lenin-Schule geführt wurde. Ein Schreiben des Leiters der Kaderabteilung der ILS vom 20. Dezember gibt außerdem darüber Auskunft, dass eine ganze Reihe gekündigter Mitarbeiter, darunter auch Klahr, zu diesem Zeitpunkt noch in den Wohnheimen der Schule in Moskau untergebracht waren. ⁹⁸ Fest steht, dass Klahr spätestens zu Beginn des Jahres 1938 die Sowjetunion verlassen haben musste – und zwar ohne seine Familie: seine Frau

Rosa und sein Sohn blieben damals in Moskau zurück.

Der Weg nach Auschwitz

Der nächste überlieferte Aufenthaltsort Alfred Klahrs nach seiner Ausreise aus der Sowjetunion ist Prag, damals Sitz der Auslandsführung der KPÖ. Dort war er ab März 1938 als Redakteur von *Weg und Ziel* tätig; eine Rückkehr nach Wien wäre, so Hilde Koplenig, „für ihn mit zu großem Risiko verbunden gewesen“. ⁹⁹ Nach der Zuspitzung der internationalen Lage durch das Münchner Abkommen vom September 1938 übersiedelte die Auslandsführung der KPÖ nach Paris. ¹⁰⁰ Klahr hingegen nach Belgien, wo es eine bedeutende kommunistische Emigration gab. ¹⁰¹ Durch den Bericht von Heinrich Fritz ist Klahrs Tätigkeit in Belgien, die ihn auch immer wieder zum ZK der KPÖ nach Paris führte, recht gut überliefert: Klahr, neben Fritz und Othmar Strobel in der Brüsseler Parteileitung der KPÖ tätig, war für die Herausgabe der *Roten Fahne* und deren Transport nach Österreich mitverantwortlich. ¹⁰² Nach der kriegsbedingten Übersiedlung des Polbüros in die Sowjetunion wuchsen die Aufgaben der Brüsseler Leitung an. Josef Meisel berichtet in seinen Erinnerungen jedenfalls von einem direkten Auftrag an Klahr und Fritz, in Belgien „eine Auslandsleitung der Partei ins Leben zu rufen“ und „anstelle des Polbüros, das von Moskau aus dazu nicht in der Lage war, entsprechende Beziehungen, Verbindungen zu den verschiedenen Emigrationsgruppen in England, Schweden, Jugoslawien, der Schweiz und Frankreich aufrechtzuerhalten und die Arbeit ins Land zu organisieren.“ ¹⁰³

Mit dem Überfall Hitlerdeutschlands auf Belgien im Mai 1940 wurde die Situation der kommunistischen Emigranten prekär. Am 10. Mai 1940 wurden Fritz, Klahr und Strobel im Rahmen einer groß angelegten Verhaftungswelle festgenommen und nach Südfrankreich ins Lager St. Cyprien deportiert. ¹⁰⁴ Im August 1940 gelang ihnen die Flucht. Über die Kommunistische Partei Frankreichs (KPF) wurde Fritz und Klahr eine Schiffspassage über das Südkap in die Sowjetunion organisiert, jedoch lehnten beide zunächst die Ausreise aus Frankreich ab und wollten den Widerstandskampf gegen Hitler von hier aus fortsetzen. ¹⁰⁵ Nach dem 22. Juni 1941 und dem Beginn von Hitlers Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion sollte Klahr sich in die Schweiz absetzen, „um von dort aus die Arbeit in Österreich zu forcieren“.

¹⁰⁶ Tatsächlich glückte ihm der Grenzübertritt, wenig später wurde er jedoch von der Zürcher Kantonspolizei als illegal Eingereister verhaftet und zurück nach Frankreich abgeschoben, das ihn im Lager Le Vernet internierte. ¹⁰⁷ Von Le Vernet aus wurde er offenbar Anfang August 1942 nach Auschwitz deportiert, wo er am 14. August 1942 unter dem Namen „Lokmanis“ ins Nebenlager Jawischowitz eingeliefert wurde und die Häftlingsnummer 58933 erhielt. ¹⁰⁸ 1943 konnte von der *Internationalen Widerstandsbewegung* im Stammlager Auschwitz seine Überstellung dorthin erwirkt werden. ¹⁰⁹ Klahrs Zeit in Auschwitz lässt sich dank zahlreicher Erinnerungsberichte von mit ihm gefangen gehaltenen Widerstandskämpfern (etwa Hermann Langbein) vergleichsweise gut rekonstruieren. Hilde Koplenig hat auf die meisten dieser Quellen bereits 1976 hingewiesen, Günther Grabner hat auf deren Grundlage in seinem Beitrag aus dem Jahr 1994 ein recht umfassendes Bild von Klahrs Lagerhaft, Widerstandstätigkeit und politischer Arbeit gezeichnet; ¹¹⁰ aus letzterer resultiert etwa der so genannte „Auschwitz-Text“ von Klahr, in dem er sich vor dem Hintergrund „heftigster Diskussionen um die nationale Frage“ zwischen deutschen und österreichischen Kommunisten mit der „deutschen Frage“ befasste. ¹¹¹

Klahrs Flucht aus Auschwitz war nicht der einzige im Frühjahr und Sommer 1944 von der *Internationalen Widerstandsbewegung* organisierte Ausbruch: „Damals sind organisierte Fluchten für die Kampfgruppe beinahe schon zur Routine geworden: Die für die Flucht Vorgesehenen versteckten sich innerhalb der großen Postenkette. Nach drei Nächten – so lange blieb die Postenkette auch während der Nächte stehen, wenn beim Abendappell das Fehlen von Häftlingen festgestellt wurde – schlichen sie aus dem Versteck zu einem vereinbarten Treffpunkt, wo Mitarbeiter der polnischen Untergrundbewegung sie erwarteten und ihnen weiterhalfen.“ ¹¹²

Zum Hintergrund von Klahrs Flucht heißt es bei Strzelecki, die Leitung der Widerstandsbewegung hätte ihm die Aufgabe anvertraut, „die Verbindung zwischen der Leitung der *Polska Partia Robotnicza* (PPR) (Polnischen Arbeiterpartei) in Warszawa und dem Lager anzuknüpfen, sowie den Kontakt mit der Sowjetarmee aufzunehmen.“ ¹¹³ Die Flucht selbst fand am 15. Juni statt, wie das Kalendarium des KZ Auschwitz vermerkt. ¹¹⁴ Klahr versteckte sich mit dem

Polen Stefan Bratkowski – Ausländer flüchteten stets gemeinsam mit einem sprach- und ortskundigen Polen – drei Tage und Nächte in einer Grube unter einer Maschine in der Werkstatt der Deutschen Ausrüstungswerke (DAW), in der er arbeitete. Nach dem Abzug der Postenkette gelang es ihnen, das Lager unbemerkt zu verlassen. Zum weiteren Verlauf der Flucht existieren divergierende Angaben: Ausgemacht war, dass Klahr und Bratkowski an einer zwei bis drei Kilometer vom Lager entfernten Anlaufstelle mit polnischen Partisanen zusammentreffen sollten.¹¹⁵ Meisel berichtet von einer Nachricht aus Warschau, der zufolge „die Verbindung mit den Partisanen nicht wie vereinbart funktioniert hatte und sie sich allein durchschlagen mussten.“¹¹⁶ Ganz ähnlich die auf mündliche Informationen Meisels gestützte Version Koplenig: „Klahr und sein Kamerad sind nicht an diesem Treffpunkt erschienen, wahrscheinlich haben sie sich verirrt und die Stelle nicht gefunden. Die Partisanen haben später berichtet, daß sie in drei aufeinanderfolgenden Nächten zu dem vereinbarten Punkt kamen, die Flüchtlinge jedoch nicht antrafen.“¹¹⁷ Hermann Langbein gibt hingegen an, dass von der Anlaufstelle eine positive Rückmeldung an die Widerstandsbewegung im Lager erging: „Die Anlaufstelle hat einen Brief geschrieben. Lokmanis und der polnische Genosse, der mit ihm geflohen ist, sind ohne Zwischenfälle angekommen. Lokmanis schreibt: ‚Wir fahren beide so schnell wie möglich nach Warschau weiter. Wenn es geht, schicke ich Post.‘“¹¹⁸ In Bezug auf die weiteren Ereignisse lassen sich die Darstellungen jedoch wieder in Einklang bringen: Zwar schafften es Klahr und Bratkowski bis nach Warschau, weil die dortigen Kontakte aber offenbar nicht funktioniert haben, waren sie in der „so kritischen Zeit, kurz vor dem Warschauer Aufstand [...] ohne Unterkunft“.¹¹⁹ Klahr wurde während einer der zahlreichen von deutschen Streifen durchgeführten Razzien aufgegriffen und erschossen, sein genauer Todestag ist unbekannt. Stefan Bratkowski, der während des Warschauer Aufstandes fiel, konnte die Widerstandsbewegung in Auschwitz zuvor nur noch über Klahrs Tod informieren: „Von Warschau ist Post gekommen. Nur ein kurzer Brief von dem polnischen Genossen, mit dem Lokmanis – unser Mitglied des Zentralkomitees, Klahr – geflohen ist. ‚L. ist hier in Warschau verunglückt. Falsche Adresse.‘ So übersetzt Józek. Er ist tot.

Wieder einer, den der Faschismus ermordet hat. Wie viele kenne ich jetzt schon, die seine Opfer wurden!“¹²⁰

Alfred Klahr hinterließ seine Frau, seinen Sohn und seine Geschwister; uns sind keine Quellen bekannt, welche darauf hinweisen würden, dass er nach der Abreise aus Moskau zum Jahreswechsel 1937/38 noch einmal jemanden aus seinem engsten Angehörigenkreis getroffen hat. Am 12. September 1979 wurde ihm posthum das „Ehrenzeichen für Verdienste um die Befreiung der Republik Österreich von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“ verliehen. Von prominenten WissenschaftlerInnen unterstützte Versuche der *Alfred Klahr Gesellschaft*, ihren Namensgeber im Jahr 2003 mit einer Sonderbriefmarke zu ehren, scheiterten am Widerstand der Österreichischen Post AG. Im selben Jahr wurde anlässlich des Rolling Stones-Konzerts am 18. Juni 2003 im Wiener Prater von der Österreichischen Post AG ein Sonderbriefmarkenblock herausgegeben.¹²¹

Anmerkungen:

- 1/ Teile des vorliegenden Beitrags basieren auf einem Abschnitt über die Biographie Alfred Klahrs in der Diplomarbeit eines der Autoren: Tatzber-Schebach, Michael: Marxismus und nationale Frage in Österreich. Eine ideengeschichtliche Untersuchung zur theoretischen Begründung der österreichischen Nation in der KPÖ. Diplomarbeit. Wien 2012, S. 105–116.
- 2/ Das ist das Ergebnis einer Recherche in der APA-DeFacto Datenbank, die zum Zeitpunkt der Anfrage 122 Quellen enthielt, darunter die österreichischen Tageszeitungen und Magazine sowie Radio- und Fernsehsendungen; vgl. <http://www.campus.defacto.at/act/psp/quellen.htm> (19.4.2012).
- 3/ Loidl, Simon: Für ein neues Österreich. In: *junge Welt*, 3.3.2012, S. 15.
- 4/ Grabner, Günther: Zur Biographie von Alfred Klahr. In: Klahr, Alfred: Zur österreichischen Nation. Hg. von der KPÖ. Wien 1994, S. 190–203.
- 5/ Koplenig, Hilde: Alfred Klahr (1904–1943). In: *Zeitgeschichte*, 3. Jg., H. 4, Jänner 1976, S. 97–111.
- 6/ Vgl. Protokoll der Sitzung der Historischen Kommission beim ZK der KPÖ am 22.5.1968. DÖW 50120/Gg55. Das Protokoll vermerkt zum TO 1: „Genossin Koplenig berichtet über die Biographie Alfred Klahrs. Es werden einige Vorschläge gemacht.“
- 7/ Vgl. Strecha, Valentin: Widerstand für Österreich. (= Biografische Texte zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung 1). Wien 1988; Fritz, Heinrich: Stationen meines Lebens. (= Biografische Texte zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung 4). Wien 1990. – Eine Zusammenstellung aus diesen Büchern zu



Rosa Klahr (1910–1978)

Klahr findet sich unter: Aus Erinnerungen an Alfred Klahr. Zusammengestellt von Hans Hautmann. In: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 11. Jg., Nr. 2, Mai 2004, S. 12–14.

8/ Vgl. zuletzt: Baier, Walter: Das kurze Jahrhundert. Kommunismus in Österreich. KPÖ 1918 bis 2008. Wien 2009, S. 83–86.

9/ Oberkofler, Gerhard/Goller, Peter: Der junge Alfred Klahr im Umfeld der Kelsen-Schule (1928). In: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 4. Jg., Nr. 1, März 1997, S. 1–2. – Klahrs Dissertation hat bislang in der Forschung kaum Beachtung gefunden und wurde auch nie veröffentlicht, obwohl bereits Merkl ihre Veröffentlichung angeregt hatte. Soweit ersichtlich, liegt das einzige erhaltene Exemplar heute in der Bibliothek des DÖW auf (Nr. 4742). Zur Einschätzung der Dissertation siehe auch weiter unten im Abschnitt „Kindheit, Schule und Studium“.

10/ Köstenberger, Julia: Die Geschichte der Internationalen Leninschule in Moskau (1926–1938). Unter besonderer Berücksichtigung des deutschen und österreichischen Sektors. Dissertation. Wien 2010.

11/ Ebd., S. 111f.

12/ Buckmiller, Michael/Meschkat, Klaus (Hg.): Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt (Buch mit CD-ROM). Berlin 2007. Die dem Band beigelegte Datenbank-CD enthält über 28.000 Einträge mit über 15.000 Biographien von Mitarbeitern der Komintern oder Personen die anderweitig mit der Organisation in Verbindung standen.

13/ Klahr, Alfred: Fragebogen für Mitarbeiter des E.K.K.I., 30. November 1930. DÖW 22865/61. Der Fragebogen enthält neben einer Reihe von Fragen zu den persönlichen Lebensumständen vor allem solche zum politischen und beruflichen Hintergrund der künftigen Mitarbeiter des EKKI. Er wurde von Klahr am 18. November 1930, während seines ersten Moskauaufenthaltes von

Juli 1929 bis März 1932 erstellt.

14/ Klahr, Alfred: Lebenslauf, 20.1.1936. DÖW 22.865/61. Der Lebenslauf ist mit 20. Jänner datiert. Da die chronologische Darstellung mit der Rückkehr nach Moskau im November 1935 endet, kann es sich dabei nur um den 20. Jänner des Jahres 1936 handeln. Klahr hat den Lebenslauf demnach während seines – streng genommen – dritten Moskauaufenthaltes von November 1935 bis Ende 1937 verfasst.

15/ Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) (Hg.): Österreicher im Exil. Sowjetunion 1934–1945. Eine Dokumentation. Wien 1999.

16/ Vgl. hier und im Folgenden die Angaben aus dem von Klahr verfassten „Lebenslauf“ sowie den Darstellungen bei Koplenig und Grabner. Andere Quellen abseits davon werden gesondert ausgewiesen. – Klahrs Elternhaus befand sich in der Novaragasse 17–19 und damit in mittelbarer Nähe zur Südspitze des Augartens. Seit dem November 1953 erinnert in der Novaragasse 17–19 eine Gedenktafel an Klahr: „In diesem Haus lebte Dr. Alfred Klahr. Während der nationalsozialistischen Herrschaft wurde er im Alter von 39 Jahren im Juli 1944 von den SS-Faschisten ermordet. Er kämpfte für ein freies, demokratisches Österreich, für den Frieden und für das Glück der Menschheit. Mögen die Menschen sein Opfer verstehen.“

17/ So waren nach einer Übersichtstafel des Friedhofsamtes der *Israelitischen Kultusgemeinde* in Wien 1913 bis 1918 mehr als die Hälfte aller Bestattungen Gratisbegräbnisse, weil sich die Familien die Beerdigungsgebühr nicht leisten konnten; vgl. Grabner: Biographie, S. 190, Anm. 109.

18/ Im Lebenslauf wird der Beginn der Festanstellung von Klahrs Vater bei der *Israelitischen Kultusgemeinde* nicht datiert. In den Nationalen der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien gibt Klahr in seinen ersten beiden Semestern (WS 1924/25 und SS 1925) als Beruf seines Vaters noch „Hausierer“ an, ab dem 3. Semester (WS 1925/26) jedoch „Angestellter der Israelitischen Kultusgemeinde“.

19/ Es darf gemutmaßt werden, ob auch dies auf die Vorbildwirkung von Franz Quittner zurückging, der an der Universität Physik studierte.

20/ Quittner, Genia: Weiter Weg nach Krasnogorsk. Schicksalsbericht einer Frau. Wien–München–Zürich 1971, S. 21. Das Studium betrieb Quittner jedoch aufgrund von „pausenloser politischer Aktivität“ nicht sonderlich ernsthaft; trotzdem konnte sie sich „im Sommer 1928 dort den Doktorhut holen“, wie sie schreibt.

21/ „... genug Geschichte erlebt.“ Hilde Koplenig (1904–2002). Erinnerungen. Hg. von Ilse Korotin und Karin Nusko. (= biografiA. Neue Ergebnisse der Frauenbiografieforschung 6). Wien 2008, S. 40f.

22/ Huppert, Hugo: Einmal Moskau und zurück. Stationen meines Lebens. Autobiographie. Wien 1987, S. 34ff.

23/ Das Studium dauerte zunächst sechs, ab 1926 acht Semester und sollte „der wissenschaftlichen Ausbildung von Geschäftsleuten, Journalisten und Politikern dienen“. Im Gegensatz zum juristischen Doktorat verlangte das staatswissenschaftliche die Abfassung einer Dissertation. Ebenso im Gegensatz zum juristischen Doktorat wurde im staatswissenschaftlichen nicht die erforderliche Qualifikation für einen Akademikerposten im Staatsdienst gesehen. 1966 wurde das Studium der Staatswissenschaften schließlich zugunsten der „Politikwissenschaften“ beseitigt; vgl. Ogris, Werner: Die Entwicklung der Rechtswissenschaften an der Universität Wien. In: Hamann, Günther et al. (Hg.): 100 Jahre Universität am Ring. Wissenschaft und Forschung an der Universität Wien seit 1884. (= Schriftenreihe des Universitätsarchivs, Bd. 3). Wien 1986, S. 43–64, hier S. 54 sowie Ehs, Tamara: Über die Ursprünge österreichischer Politikwissenschaft – Ein Blick zurück im Bologna-Jahr 2010. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 39. Jg., Nr. 2/2010, S. 223–241.

24/ Huppert, Hugo: Die angelehnte Tür. Bericht von einer Jugend. Halle/Saale 1976, S. 505.

25/ Hier und im Folgenden: Archiv der Universität Wien, Rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät, Nationale, WS 1924/25 sowie die entsprechenden Bände für die anschließenden Semester. – Für seine Hilfestellung bei den Arbeiten im Archiv der Universität Wien danken wir herzlich Mag. Severin Matiasotivs, MA.

26/ Huppert: Einmal Moskau und zurück, S. 43.

27/ Koplenig: Erinnerungen, S. 41.

28/ Schicksalsjahre Österreichs. Die Erinnerungen und Tagebücher Josef Redlichs 1869–1936. 3 Bände. Hg. von Fritz Fellner und Doris A. Corradini. (= Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 105). Wien 2011. – An Redlichs Wohnhaus in der Armbrustergasse 15 in Döbling, das später ins Eigentum der Wiener Städtischen Versicherung fiel, wohnte ab 1954 Bruno Kreisky zur Untermiete.

29/ Vgl. Koplenig: Erinnerungen, S. 41.

30/ Kelsen, Hans: Autobiographie. In: Hans Kelsen Werke (HKW) 1: Veröffentlichte Schriften 1905–1910 und Selbstzeugnisse. Hg. von Matthias Jestaedt. Tübingen 2007, S. 29–91, hier S. 60.

31/ Daneben absolvierte er noch Lehrveranstaltungen zu „Theorie der Einkommensbildung“ (Hans Mayer, 1 SSt.), jeweils ein völkerrechtliches und ein wirtschaftspolitisches Proseminar im Ausmaß von jeweils 2 SSt. sowie abermals eine Veranstaltung bei Othmar Spann: „Gesellschaftslehre“ (4 SSt.).

32/ Siehe Anm. 23.

33/ Vgl. Schüller, Richard: Unterhändler des

Vertrauens. Aus den nachgelassenen Schriften hg. von Jürgen P. Nautz. (= Studien und Quellen zur österreichischen Zeitgeschichte 9). Wien 1990, S. 13f. Siehe auch allgemein Feichtinger, Johannes: Wissenschaft zwischen den Kulturen. Österreichische Hochschullehrer in der Emigration 1933–1945. Frankfurt/M. 2001, S. 222ff.

34/ So der Titel der Notiz Gollers und Oberkoflers; siehe Anm. 9.

35/ Klahr, Alfred: Das Verhältnis zwischen Parlament und Regierung in parlamentarischen Republiken. Dissertation. Wien 1928 (DÖW-Bibliothek 4742).

36/ Oberkofler/Goller: Der junge Alfred Klahr.

37/ Archiv der Universität Wien, Akten des Dekanats der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät, Zl. 435/1928, Gutachten von Adolf Merkl über die Dissertation des Herrn Alfred Klahr „Das Verhältnis zwischen Parlament und Regierung in parlamentarischen Republiken“ vom 10.5.1928 [unterfertigtes Einverständnis von Hans Kelsen am 11.5.1928], Bl. 1.

38/ Klahr: Verhältnis zwischen Parlament und Regierung, S. 62: „Eine Einteilung der Regierungsformen vom Gesichtspunkte des Kräfteverhältnisses, des politischen Verhältnisses zwischen Exekutive und Legislative, das beider Schwergewicht im Staate berücksichtigt, scheint uns nicht nur fruchtbarer, sondern auch logisch und historisch richtiger zu sein. Wir haben schon an früherer Stelle den Begriff des Kräfteverhältnisses als Bezeichnung der Gesamtheit der das Verhältnis zwischen Legislative und Exekutive regelnden Bestimmungen kennen gelernt. Hingegen ist der Begriff der Trennung der Gewalten, sofern damit eine Rechtswesenserkenntnis ausgesagt wird, unrichtig.“

39/ Archiv der Universität Wien, Gutachten von Adolf Merkl, Bl. 1.

40/ Ebd., Bl. 2.

41/ Archiv der Universität Wien, Promotionsprotokoll Staatswissenschaften I, Eintrag Nr. 616 vom 17. Juli 1928: Dr. Alfred Klahr.

42/ Zu Hupperts Promotionstortur (nach dessen eigener Wahrnehmung) vgl. Huppert: Einmal Moskau und zurück, S. 47ff.

43/ Vgl. Koplenig: Alfred Klahr, S. 97; Grabner: Biographie, S. 190.

44/ Grabner: Biographie, S. 190.

45/ Vgl. ebd.

46/ Vgl. Klahr: Lebenslauf (DÖW 22.865/61).

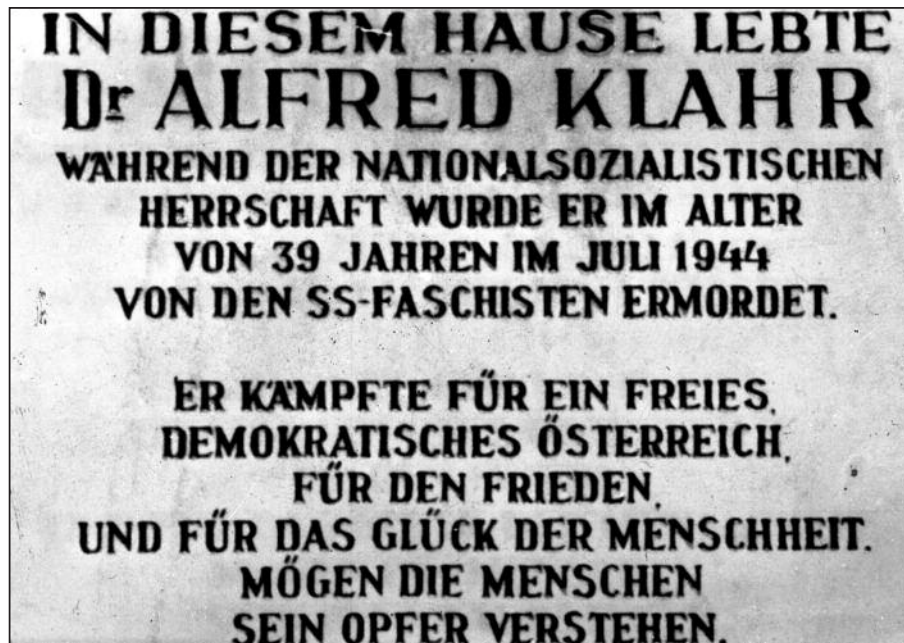
47/ Vgl. Koplenig: Alfred Klahr, S. 97; Grabner: Biographie, S. 190.

48/ Klahr: Lebenslauf (DÖW 22.865/61).

49/ So Klahrs Antwort auf die Frage nach seinem Hauptberuf im Komintern-Fragebogen; vgl. Klahr: Fragebogen (DÖW 22865/61).

50/ Das im Oktober 1923 gegründete und im April 1924 eröffnete *Mitteleuropäische Büro* (MEB) der IRH hatte seinen Sitz an sich in Berlin. Es gibt keinen Hinweis darauf, dass das MEB eine Außenstelle in Wien unterhielt. Je-

doch berichtet Nikolaus Brauns, dass Eugen Schönhaar, der Leiter des Büros, zum Zwecke des Aufbaus und der Anleitung der einzelnen nationalen Sektionen der IRH wiederholt in die Schweiz, die Tschechoslowakei und eben auch nach Österreich reiste; vgl. Brauns, Nikolaus: Schafft Rote Hilfe! Geschichte und Aktivitäten der proletarischen Hilfsorganisation für politische Gefangene in Deutschland (1919–1938). Bonn 2002, S. 219. Es ist denkbar, dass Klahr in diesem Zusammenhang für das MEB gearbeitet hat, zumal die *Rote Hilfe Österreichs* (RHÖ) just 1925 als formell selbständige Organisation gegründet wurde; vgl. dazu neben den Angaben in der Parteigeschichte der KPÖ (Historische Kommission beim Zentralkomitee der KPÖ (Hg.): Die Kommunistische Partei Österreichs. Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik. Wien 1989, S. 255–258) die einzige uns bekannte Arbeit, die sich ausführlicher mit der RHÖ beschäftigt; sie stammt ebenfalls von Brauns und wurde bislang nur im Internet veröffentlicht: Brauns, Nikolaus: Die Rote Hilfe Österreichs. An der Seite der politischen Gefangenen und Flüchtlinge, http://www.nikolausbrauns.de/Rote_Hilfe_Oesterreichs.htm (23.4.2012). Plausibler erscheint es jedoch, dass es sich bei der Angabe um eine Ungenauigkeit Klahrs oder um ein Missverständnis handelt: In der Datenbank des „Biographischen Handbuchs zur Geschichte der Komintern“ heißt es nämlich, Klahr habe nach seiner Tätigkeit im Balkanbüro der KJI im *Mitteleuropäischen Büro* der MOPR (*Internationale Arbeiterhilfe für Kämpfer der Revolution*), also der sowjetischen Roten Hilfe, in Wien gearbeitet; vgl. Buckmiller/Meschkat: Handbuch, Biographie Klahr. 51/ Klahr: Lebenslauf (DÖW 22865/61). 52/ Die Handschrift Klahrs ist an dieser Stelle des Lebenslaufes leider sehr undeutlich und es ist nicht erkennbar ob er „Bezirksleitung Wien I.“ oder „Bezirksleitung Wien II.“ vermerkt hat. Aufgrund seiner bisherigen Parteikarriere und seiner Tätigkeit im KJV Leopoldstadt wäre Letzteres naheliegender. Nichtsdestoweniger vermerkt Köstenberger, dass Klahr in der Inneren Stadt organisiert gewesen sei; vgl. Köstenberger: Leninschule, S. 112. 53/ Vgl. Klahr: Lebenslauf (DÖW 22865/61). 54/ Vgl. Klahr: Fragebogen (DÖW 22865/61). 55/ Im Fragebogen für EKKI-Mitarbeiter gab Klahr den 8.6.1930 als Tag des Eintritts in die Partei an. Seine Mitgliedsnummer lautete 1.531.564; vgl. ebd. 56/ Klahr: Lebenslauf (DÖW 22865/61). 57/ Vgl. ebd. 58/ Vgl. Grabner: Biographie, S. 192. 59/ Bericht der Staatsanwaltschaft Wien I. an die Oberstaatsanwaltschaft, 18.6.1934. DÖW 20000/K278. 60/ Vgl. ebd. 61/ Darauf deutet ein Schreiben des Innenministeriums vom 21. Juli 1953 hin, in dem in der



Gedenktafel für Alfred Klahr an seinem Elternhaus in der Novaragasse 17–19 im 2. Wiener Gemeindebezirk.

Hauptsache angeführt wird, dass Klahr per Bescheid des Wiener Polizeipräsidenten vom 13. Dezember 1934 wegen „Störungen der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit“ eine zweimonatige Haftstrafe im Anhaltelager Wöllersdorf auferlegt wurde. In der Begründung des Bescheides habe es geheißen, dass „der Genannte wegen Betätigung für die komm. Partei bereits von der Pol.Dion Wien mit 6 Monaten Arrest vorbestraft“ worden sei; Bescheid des Bundesministeriums für Inneres, betreffend Haftzeiten Klahrs in Wöllersdorf, 21.7.1953. DÖW 20000/K278. 62/ Vgl. Neugebauer, Wolfgang: Repressionsapparat und Maßnahmen 1933–1938. In: Tálos, Emmerich/Neugebauer Wolfgang (Hg.): Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur. 1933–1938. Wien 2005, S. 298–319, hier S. 311f. 63/ Ausführlich zur Geschichte des KWEG Huemer, Peter: Sektionschef Robert Hecht und die Zerstörung der Demokratie in Österreich. Eine historisch-politische Studie. Wien 1975, S. 138–156 und passim. 64/ Verordnung der Bundesregierung vom 19. Mai 1933 zur Hintanhaltung politischer Demonstrationen (BGBl. 185/1933). 65/ Vgl. Jagschitz, Gerhard: Die Anhaltelager in Österreich. In: Jedlicka, Ludwig/Neck, Rudolf (Hg.): Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentationen 1927–1938. (Festgabe der Wissenschaftlichen Kommission des Theodor Körner-Stiftungsfonds und des Leopold Kunschak-Preises zur Erforschung der Österreichischen Geschichte der Jahre 1927 bis 1938 anlässlich des dreißigjährigen Bestandes der Zweiten Republik Österreich und der zwanzigsten Wiederkehr des Jahrestages des Österreichischen Staatsvertrages). Wien 1975, S. 128–151, hier S. 131. 66/ Bericht von Rudolf Jakl, Mitglied der Opfer-

fürsorgekommission beim Bundesministerium für soziale Verwaltung, 6.11.1953. DÖW 20000/K278. 67/ Zeugnenniederschriften betreffend die Widerstandstätigkeit Alfred Klahrs 1934, aufgenommen mit Josef Pirker, Erna Hedrich, Franz Weintraub, 12.2.1954. DÖW 20000/K278. 68/ Vgl. Bestätigung der Stadtleitung der KPÖ Wien über Widerstandstätigkeit Klahrs, 26.4.1950. DÖW 20000/K278. 69/ Vgl. Klahr: Lebenslauf (DÖW 22865/61). 70/ So zumindest die Information aus dem Bundesministerium für Inneres 1953; vgl. Bescheid des Bundesministeriums für Inneres (DÖW 20000/278). Unklar ist, ob Klahr überhaupt aus dem Polizeigefängnis Roßauer Lände entlassen wurde oder gleich unmittelbar nach Verbüßung seiner sechsmonatigen Arreststrafe, die ja, vom Tag seiner Verhaftung am 12. Mai 1934 gerechnet, bereits Mitte November 1934 geendet hatte, weiter im Polizeigefängnis festgehalten wurde, ehe ihm am 13. Dezember der so genannte „Anhaltebescheid“ ausgestellt wurde. Möglich erscheint es auch, dass der „Anhaltebescheid“ Klahrs eigentlich vom November datiert und sich 1953 ein Irrtum über den Monat (Dezember statt November) eingeschlichen hat. 71/ Vgl. Bauer, Kurt: Die österreichischen Anhaltelager 1933–1938. Auszug aus einem unveröffentlichten Forschungsbericht, S. 22. In: http://www.kurt-bauer-geschichte.at/PDF_Forschung_Material/Anhaltelager.pdf (10.5.2012). 72/ Vgl. ebd. 73/ Vgl. Bestätigung der Stadtleitung der KPÖ Wien (DÖW 20000/K278). 74/ Vgl. Koplenig: Alfred Klahr, S. 99; vgl. auch Grabner: Biographie, S. 192. 75/ Klahr: Lebenslauf (DÖW 22865/61). 76/ Vgl. Koplenig: Alfred Klahr, S. 99; Grabner: Biographie, S. 193.

- 77/ Klahr: Lebenslauf (DÖW 22865/61).
 78/ Ebd.
 79/ Liste der festangestellten Lehrer an der Leninschule, Stand 1.6.1937, 4.6.1937. DÖW 23127. In der Datenbank des „Biographischen Handbuchs“ ist der 1. Mai 1935 als Beginn von Klahrs Tätigkeit als Lehrer angegeben; vgl. Buckmiller/Meschkat: Handbuch, Biographie Klahr.
 80/ Vgl. Koplenig: Alfred Klahr, S. 99f; Grabner: Biographie, S. 193.
 81/ Als ehemaliger Schutzbundkämpfer flüchtete Strecha nach den Februarkämpfen 1934 über die Tschechoslowakei in die Sowjetunion und verbrachte eindreiviertel Jahre als Schüler an der Lenin-Schule.
 82/ Strecha: Widerstand, S. 52.
 83/ Vgl. Buckmiller/Meschkat: Handbuch, Biographie Klahr. Reisberg wurde seiner Funktion unter dem Vorwurf diverser Verfehlungen und Abweichungen enthoben. Am 11. März 1937 folgte die Entlassung aus der Lenin-Schule und wenig später auch der Parteiausschluss. Am 22. April 1937 wurde er verhaftet und wegen „konterrevolutionärer trotzkistischer Tätigkeit“ angeklagt. Eigentlich zu fünfjähriger Lagerhaft verurteilt, zögerte sich seine Entlassung aufgrund des Krieges bis 1946 hinaus. Eine 1949 nach erneuter Verhaftung ausgesprochene Verbannung wurde 1954 aufgehoben. Da Österreich sich weigerte, Reisberg ein Visum auszustellen, übersiedelte er 1959 in die DDR, wo er in Berlin am Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED arbeitete und 1980 verstarb. Zum so genannten „Fall Reisberg“ vgl. Schafranek, Hans: Die Internationale Lenin-Schule und der „Fall Reisberg“ (1937). In: Neugebauer, Wolfgang (Hg.): Von der Utopie zum Terror. Stalinismus-Analysen. Wien 1994, S. 135–156. Ebenfalls abgedruckt in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) (Hg.): Jahrbuch 1994. Wien 1994, S. 75–96. Vgl. weiters: Köstenberger: Leninschule, S. 295–300. Zum Leben Reisbergs vgl. außerdem die Kurzbiographie in: Rizy, Lisl/Weinert, Willi: Österreichische Remigration aus der Sowjetunion. Ein Beitrag zur Opferdiskussion. Wien 2009, S. 63f.
- 84/ Vgl. Köstenberger: Leninschule, S. 295.
 85/ Vgl. ebd., S. 299f.
 86/ Vgl. ebd., S. 300–304.
 87/ Bericht „Pohl“ (= Alfred Klahr) an die Studienabteilung der Internationalen Lenin-Schule, betreffend die wichtigsten Ergebnisse des Schuljahres 1936/37 im österreichischen Sektor. DÖW 23127.
 88/ Charakteristiken der Lehrer im österreichischen Sektor der Internationalen Lenin-Schule, 28.1.1937. DÖW 23127.
 89/ Resolution der Parteiversammlung des österreichischen Sektors der Internationalen Lenin-Schule, 27.2.1937. DÖW E 22575. Zit. in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Österreicher im Exil. Sowjetunion 1934–1945. Eine Dokumentation. Wien 1999, Dok. 496, S. 576.
 90/ Schreiben von Ernst Fischer an Kirsanova, 16.10.1937. DÖW 23127.
 91/ Die Schulleiterin meinte Fischer zufolge bloß, dass die Maßnahme „nötig und unaufschiebbar“ gewesen sei.
 92/ Schreiben von Ernst Fischer an Dimitrow, Manuiskij, Gottwald, 26.10.1937. DÖW 23127.
 93/ Vgl. Köstenberger: Leninschule, S. 304. Für eine detaillierte Aufarbeitung des „Fall Kirsanova“ siehe S. 304–315.
 94/ Liste der Lehrer, die von der Arbeit in der Schule zu entfernen sind. Lehrer-Mitglieder der kommunistischen Bruderparteien, 8.12.1937. DÖW 23127.
 95/ Vgl. Buckmiller/Meschkat: Handbuch, Biographie Klahr.
 96/ Liste zu entfernender Lehrer (DÖW 23127).
 97/ Liste der gekündigten Mitarbeiter der Leninschule, 9.12.1937. DÖW 23127. Schreiben von Bogomolow, Leiter der Kaderabteilung der ILS, an Schwarzmann, betreffend die Entlassung von Personal, 11.12.1937. DÖW 23127. Die „Entlassungswelle“, von der bis zum 19. Dezember 1937 29 Mitarbeiter der Schule betroffen waren, war das Ergebnis der Aufarbeitung des „Fall Kirsanova“; vgl. Köstenberger: Leninschule, S. 314.
 98/ Schreiben von Bogomolow, Leiter der Kaderabteilung der ILS, an Schwarzmann, betreffend die Entlassung von Personal, 20.12.1937. DÖW 23127. In dem Schreiben wird diese Situation im Übrigen als „unhaltbar“ bezeichnet, „weil alle Gekündigten deutlich ihren Unmut über ihre Kündigung äußern, und das wirkt sich folglich ungünstig auf die Studenten aus.“ Vgl. auch Köstenberger: Leninschule, S. 315.
 99/ Koplenig: Alfred Klahr, S. 100.
 100/ Vgl. KPÖ: Beiträge, S. 318.
 101/ Vgl. Grabner: Biographie, S. 195.
 102/ Vgl. Fritz: Stationen, S. 26.
 103/ Meisel, Josef: „Jetzt haben wir Ihnen, Meisel“ Kampf, Widerstand und Verfolgung des österreichischen Antifaschisten Josef Meisel (1911–1945). Wien 1985, S. 78.
 104/ Vgl. Fritz: Stationen, S. 22–26.
- 105/ Vgl. ebd., S. 49.
 106/ Meisel: Kampf, Widerstand und Verfolgung, S. 89.
 107/ Vgl. die Schilderung bei Grabner: Biographie, S. 198 sowie bei Fritz: Stationen, S. 52f. und Stern, Max: Geschichte wird gemacht. Vom Lehrlingsstreik 1919 zum Freiheitsbataillon 1945. Wien 1988, S. 148ff. Klahrs mit „Lokmanis“ gezeichnete Briefe aus Le Vernet an Ilse Huk-Benedikt (1918–1969) werden bereits von Koplenig (S. 101) zitiert; einer der insgesamt vier Briefe wurde in einer Dokumentation des DÖW veröffentlicht; vgl. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) (Hg.): Österreicher im Exil. Frankreich 1938–1945. Wien 1984, S. 75f.
 108/ Laut der nach Klahrs Flucht aus dem Konzentrationslager Auschwitz ausgeschriebenen Fahndung wurde er am 14. August 1942 in selbiges eingeliefert; vgl. SS-Fahndung nach dem aus dem KZ Auschwitz entflohenen Dr. A. Klahr, 17.6.1944. DÖW 11068. Demnach muss er Anfang August 1942 aus Le Vernet abtransportiert worden sein. Klahrs Häftlingsnummer 58933 und ein Vermerk im „Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1939–1945“ lassen darauf schließen, dass der Transport über das Sammellager Drancy in der Nähe von Paris geführt wurde: 233 am 14. August aus Drancy eingetroffene Männer haben dem Kalendarium zufolge „die Nummern 58785 bis 59017“ erhalten; Czech, Danuta: Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1939–1945. Reinbek bei Hamburg 1989, S. 273.
 109/ Vgl. Koplenig: Alfred Klahr, S. 101 sowie Strzelecki, Andrzej: Das Nebenlager Jawischowitz. In: Hefte von Auschwitz Bd. 15. Auschwitz 1975, S. 183–250, hier S. 242.
 110/ Vgl. Grabner: Biographie, S. 199–203.
 111/ Meisel: Kampf, Widerstand und Verfolgung, S. 141; vgl. auch Langbein, Hermann: ... nicht wie die Schafe zur Schlachtbank. Widerstand in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern 1938–1945. Frankfurt/M. 1980, S. 65–67, 117.
 112/ Langbein: Widerstand, S. 290.
 113/ Strzelecki: Jawischowitz, S. 242, Anm. 139.
 114/ Czech: Kalendarium, S. 799. Zur Flucht siehe auch Meisel: Kampf, Widerstand und Verfolgung, S. 145–147 und Langbein: Widerstand, S. 228f., 233.
 115/ Vgl. Langbein: Widerstand, S. 229; Koplenig: Alfred Klahr, S. 102.
 116/ Meisel: Kampf, Widerstand und Verfolgung, S. 146.
 117/ Koplenig: Alfred Klahr, S. 102.
 118/ Langbein: Widerstand, S. 234.
 119/ Koplenig: Alfred Klahr, S. 102.
 120/ Langbein: Widerstand, S. 241.
 121/ Vgl. die entsprechenden Berichte in den *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, H. 2 und H. 3 des Jahrgangs 2003.

www.klahrgesellschaft.at

- Informationen über Ziele und Aktivitäten der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT.
- Sämtliche Beiträge aus den *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* der Jahrgänge 1994–2012 im Volltext.
- Übersicht über aktuelle und bisherige Veranstaltungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT seit 1993.
- Bibliographie zur Geschichte der KPÖ.
- Publikationen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT und Bestellmöglichkeit.

Kommunisten und Kommunistinnen in der Wiener Polizei

HANS HAUTMANN

Das Wirken von KPÖ-Angehörigen in der Wiener Polizei ist ein wenig bekanntes Kapitel der Geschichte der Zweiten Republik. Dabei wäre für eine Aufarbeitung Anlass genug vorhanden, war doch die starke Präsenz von KommunistInnen im Beamtenapparat der exekutiven Staatsgewalt ein für westliche Verhältnisse ganz ungewöhnliches, ja weltweit einzig dastehendes Phänomen. Nirgendwo anders konnte man es in einer Hauptstadt außerhalb des kommunistischen Machtblocks erleben, dass Mitglieder einer „Parteiorganisation Polizei“ zu Hunderten bei der 1. Maidemonstration der KPÖ auf der Wiener Ringstraße mitmarschierten, und das bis in die 1960er Jahre hinein.

Die Vernachlässigung dieses Teils der österreichischen Nachkriegsgeschichte ist eine Erscheinung der Gegenwart, die in scharfem Gegensatz zur geradezu hysterischen Aufgeregtheit steht, mit der das Thema früher behandelt wurde. Blättert man die Jahrgänge der österreichischen Zeitungen zwischen 1945 und 1955 durch, so springen einem fast massenhaft Meldungen, Berichte, Artikel über die Polizeikommunisten ins Auge. Ähnlich verhält es sich mit den Erinnerungen von Oskar Helmer¹ und Adolf Schärff² sowie älteren Darstellungen der Geschichte der Zweiten Republik aus der Feder meist angloamerikanischer Historiker,³ die den Vorgängen in der Wiener Polizei breiten Raum widmen. Der Tenor ist überall gleich und läuft auf die Behauptung hinaus, dass die sowjetische Besatzungsmacht über die Position des kommunistischen Staatssekretärs des Inneren und die Aufnahme möglichst vieler Kommunisten in den Polizeidienst von Anfang an das Ziel verfolgte, Österreich in eine „Volksdemokratie“ östlichen Musters zu verwandeln.

Diese Tendenz ist auch bei zwei späteren wissenschaftlichen Arbeiten zu beobachten, den Dissertationen von Wetz und Theimer.⁴ Dem gegenüber stehen Untersuchungen, die an den Sachverhalt aus anderer Sicht herangehen⁵ und an die hier auf der Basis neuen, umfangreichen Quellenmaterials angeknüpft wird.

Die reale Zahl

Wie stark waren KommunistInnen in der Wiener Polizei wirklich vertreten? Anwürfen des ÖVP-Politikers Ferdinand

Graf belegend, gab Staatssekretär Franz Honner im November 1945 bekannt, dass sich die 127 leitenden Beamten der Polizeidirektion Wien aus 71 Personen von der ÖVP, 29 von der SPÖ und 27 von der KPÖ zusammensetzten und von den „9200 Unterbeamten und Polizisten 3.000 Sozialisten, 1.500 Kommunisten und die übrigen Volksparteiler“ bzw. Parteioseien.⁶ Addiert sind das 1.527 Personen. Eine fast identische Zahl findet sich im Berichtsmaterial zum 13. Parteitag der KPÖ im April 1946 mit 1.522.⁷ Da man ausschließen kann, dass diese Größenordnung in der Folgezeit nennenswert überschritten wurde, muss das in Relation zu den Angaben gesetzt werden, die Polizeipräsident Holaubek für das Jahr 1953 machte. Danach hatte die Polizeidirektion Wien einen Personalstand von 11.685 Personen (2.367 in der Verwaltung, 8.302 bei der Sicherheitswache, 1.016 bei den Kriminalbeamten).⁸ Großzügigerweise für 1953 mit 1.600 KPÖ-Angehörigen angesetzt, ergibt das einen Anteil von 13,7 Prozent.

Das war wenig und viel zugleich. Wenig, wenn man die Darstellungen von Helmer und Schärff für bare Münze nimmt, denen zufolge die Wiener Polizei völlig von Kommunisten durchsetzt gewesen sei; viel, ja sehr viel, wenn man berücksichtigt, dass sich im österreichischen Polizeidienst der Jahrzehnte vor 1945 nie auch nur ein einziger Kommunist befand.

In der Zeit der provisorischen Renner-Regierung erfolgten Postenbesetzungen zum Großteil aufgrund von Parteienvereinbarungen. Konsequenterweise hätte jede der drei Regierungsparteien, mithin auch die KPÖ, einen Anspruch auf bis zu 33 Prozent stellen können. Der Prozentsatz von 13,7 lag weit darunter, jedoch höher als der Anteil bei den Wahlen am 25. November 1945, als die KPÖ in Wien 7,9 Prozent der Stimmen erreichte. Gestört haben die ÖVP und SPÖ die 1.500 bis 1.600 Polizeikommunisten nicht an sich, von denen ja die überwiegende Mehrheit einfache Konzeptsbeamte, Sicherheitswachleute und Kriminalbeamte waren, sondern die Tatsache, dass einige von ihnen leitende Positionen innehatten, darunter im sensibelsten Bereich, in der Staatspolizei.

Zu den anderthalbtausend KPÖ-Mitgliedern zählten auch Frauen, und zwar mehr, als man annehmen könnte. Ihren

Dienst versahen sie nicht bei der Sicherheitswache und im Kriminalbeamtenkorps, die damals noch reine Männerdomänen waren, wohl aber in der Verwaltung, als Konzeptsbeamtinnen, Sekretärinnen, Stenotypistinnen, Sachbearbeiterinnen usw. Schätzungsweise lag ihr Anteil bei 20 Prozent. Nicht wenige von ihnen lernten auf ihren Dienststellen ihre späteren Ehemänner kennen und stießen so zur Kommunistischen Partei.

Der Autor hat sich die Mühe gemacht, möglichst viele der 1.500 KPÖ-Angehörigen zu identifizieren. Ein Teil der Personen ist ihm noch aus seiner Kindheit und Jugend in Erinnerung, andere wurden ihm von Manfred Mugrauer und den ZeitzeugInnen Walter Winterberg, Elfriede Stern und Gertrude Hacker genannt, weitere fanden sich in Personalakten und in den Erinnerungen des Polizeirats Valentin Strecha.⁹ Die Überprüfung und Verifizierung geschah anhand der Personal-Standesverzeichnisse, die im Archiv der Bundespolizeidirektion Wien aufliegen.¹⁰ Auf diese Weise gelang es, eine Liste von 212 Namen zu erstellen, die im Anhang abgedruckt ist. Nähere Angaben zu den Personen, die, soweit eruierbar, Geburts- und Todesjahr, Stichtag des Eintritts in den Polizeidienst, Dienststränge, Dienststellen und anderes mehr enthalten, werden aus Platzgründen auf der Website der *Alfred Klahr Gesellschaft* (<http://www.klahr-gesellschaft.at>) wiedergegeben.

Historisch-politische Prämissen

Nur eine ganz spezifische Konstellation machte es möglich, dass so viele Kommunisten in der Wiener Polizei Aufnahme fanden. Die erste – und überhaupt fundamentale – Voraussetzung bestand darin, dass die Streitkräfte der Sowjetunion, und nicht die der USA oder Großbritanniens, in den Tagen vom 5. bis 13. April 1945 Österreichs Hauptstadt befreiten. Wären die Westmächte vor den Russen in Wien gewesen, hätte es das nicht und z.B. gewiss auch keine Renner-Regierung gegeben. Österreichs Nachkriegsentwicklung hätte dann zwar nicht zur Gänze (die Viermächtebesatzung war bereits Ende 1944 vereinbart worden), aber in wesentlichen Punkten einen anderen Verlauf genommen – ob für unser Land mit besseren Resultaten, ist mehr als fraglich.

ИМЯ <u>Гайтманн Рудольф</u>	Name: <u>HAUTMANN Rudolf</u>
РОДИЛСЯ <u>20. I. 1907 в Вене</u>	geboren: <u>20.1.1907 in Wien</u>
АДРЕС <u>Вена III.</u> <u>Кейнергассе 8/11</u>	Anschrift: <u>Wien III.,</u> <u>Keinergasse 8/11</u>
СЛУЖЕБНЫЙ ОТДЕЛ <u>Вена I. Герренг. 13</u>	Dienststelle: <u>Wien I., Herreng. 13</u>
<u>Нач. упр.т. следств. Комм.наб. упр.</u>	als <u>Polizeichef</u>




Dienstausweis von Rudolf Hautmann als Chef des Polizeilichen Hilfsdienstes.

In den Apriltagen 1945 herrschte auf dem Gebiet der polizeilichen Verwaltung in Wien ein völliges Vakuum. Die Polizeiangehörigen hatten sich schon vorher entweder nach dem Westen abgesetzt oder ihr Heil im Wegwerfen der Uniform und Untertauchen in der Anonymität gesucht, sodass beim Einmarsch der Sowjettruppen in Wien keinerlei Polizeidienst mehr existierte.¹¹ Und selbst wenn es einen solchen gegeben hätte, konnte man „Schupos“, die dem NS-Regime treu gedient hatten, geschweige denn Polizeibeamte, die bei der Verfolgung der österreichischen WiderstandskämpferInnen und der Vernichtung der Wiener jüdischen Bevölkerung schwere Verbrechen begangen hatten, unmöglich weiter im Dienst belassen.

In dieser Situation des totalen Zusammenbruchs der polizeilichen und aller anderen Verwaltungsstrukturen errichtete die Rote Armee als vorerst einzige Autorität im Bereich der Stadt Wien örtliche Kommandanturen in den Gemeindebezirken. Diese wiederum setzten neben Verwaltungsorganen (Bezirksvorstehern, Wirtschaftsleitern, Wohnungsbeauftragten usw.) auch Polizeiorgane ein, an deren Spitze Bezirkspolizeichefs standen. Es war Usus beim sowjetischen Militär, den Wiederaufbau der örtlichen Verwaltung sogleich in die Hände einheimischer Antifaschisten zu legen, um die kämpfende Truppe nicht auch noch mit solchen Aufgaben zu belasten, solange der Krieg andauerte.¹² Die Praxis der Delegierung war die zweite wichtige Voraussetzung für die Aufnahme von

Kommunisten in die Wiener Polizei, denn sie, die aus dem Untergrund nun hervortreten konnten, bildeten unter den antifaschistischen Kräften auf allen Ebenen der Wiederherstellung geordneter Verhältnisse das aktivste Element.

Zwei Wochen nach der Einnahme Wiens, am 27. April 1945, konstituierte sich die Renner-Regierung, in der der Kommunist Franz Honner das Amt des Staatssekretärs des Inneren übernahm. Honner, der mit dem vom russischen Stadtkommandanten Generalleutnant Blagodatow am 17. April installierten „Polizeilichen Hilfsdienst“, als dessen Chef der Kommunist Rudolf Hautmann fungierte, bereits den ersten Ansatz einer neuen Polizeiorganisation vorfand, forcierte selbstverständlich den Einbau von Kommunisten, achtete aber auch darauf, dass im Sinne der Parteienvereinbarungen auch ÖVP- und SPÖ-Angehörige sowie unbelastete parteilose Polizeifachleute zum Zuge kamen. So wies er am 8. Mai 1945 die Oberpolizeiräte Dr. Otto Fürnkranz und Dr. Karl Penn und den Polizeirat Dr. Heinrich Hüttl an, sich bei Polizeichef Hautmann zu melden, um ihm als fachliche Berater zur Verfügung zu stehen.¹³ Solcherart gelangten auch einstige hohe Polizeibeamte wie Leopold Buchsbaum, Anton Walitschek, Ferdinand Thaller und Karl Springer, die sich in der Ständestaatszeit bei der Bekämpfung der illegalen NSDAP hervorgetan hatten, erneut in den Polizeidienst.¹⁴ Zu glauben also, dass Honner ausschließlich Kommunisten heranzog, ist falsch. Wahr ist hingegen, dass die KPÖ ihre Mitglie-

der aufforderte, möglichst zahlreich in die Wiener Polizei einzutreten.

Die nächste Voraussetzung erfüllte das Beamten-Überleitungsgesetz vom 22. August 1945,¹⁵ denn von einer „Erneuerung“ Österreichs konnte solange keine Rede sein, solange die staatliche Bürokratie der zwölf Jahre einer grünen und braunen Diktatur nicht von faschistischen Elementen gesäubert war und durch Einbeziehung neuer Kräfte eine Demokratisierung erfuhr. Die Schaffung einer „nach Gesinnung und Haltung einwandfreien österreichischen Beamenschaft“ sollte laut Gesetzestext einerseits durch Berücksichtigung der seit 1933 gemäßigten Beamten erfolgen, andererseits durch die Aufnahme derer, die „mit der Waffe für ein unabhängiges, demokratisches Österreich gekämpft“ oder wegen ihres Kampfes „lang andauernde Haft erlitten“ bzw. „während der ganzen Zeit der Terrorherrschaft standhaft ihre Treue zu Österreich bewiesen haben.“¹⁶

Deshalb legte der Paragraph 7, Absatz 2 des Gesetzes fest, die Anstellungserfordernisse für neu in den Staatsdienst tretende Beamte zu reduzieren, indem man ihnen entweder gewisse Dienstprüfungen nachsah oder sie diese in einer angemessenen Zeitspanne nachholen konnten. Für die Polizeikommunisten, durchwegs vom Fach her unerfahren und, ausgenommen Dürmayer, keine Akademiker, bildete das die Legitimierung ihres Beamtenstatus mit allen damit verbundenen Rechten und Pflichten.

Die letzte Voraussetzung war, dass Staatssekretär Honner, die Bestimmungen des Beamten-Überleitungsgesetzes nur konsequent anwendend, im Herbst 1945 den Großteil der in die Wiener Polizei eingetretenen Kommunisten und Kommunistinnen pragmatisierte. Damit schuf er die Basis dafür, dass sie auch unter geänderten politischen Gegebenheiten abgesichert waren und über die Besatzungszeit und weit über den Staatsvertrag von 1955 hinaus in der Polizei vertreten blieben. In die diversen Dienststränge wurden sie dann ab 1946 (zu einer Zeit, als – nicht zu vergessen – die KPÖ nach wie vor der Regierung angehörte) vom SPÖ-Innenminister Helmer eingestuft.

Gruppen der Polizeikommunisten

Der Herkunft nach setzten sich die KommunistInnen in der Wiener Polizei aus vier Kategorien zusammen. Die erste Gruppe bestand aus jenen, die bei der Befreiung Wiens in den Apriltagen 1945 im Untergrund anwesend waren und die

sowjetische Offiziere mit Verwaltungs- und Polizeiagenden betrauten. Zu ihnen zählten Rudolf Hautmann, Alois Hladeczek, Johann Neumayr, Heinrich Tutsch u.a. sowie alle Bezirkspolizeichefs, von denen aber der größte Teil schon bald abgelöst und durch andere Personen ersetzt wurde.

Die zweite Gruppe waren Angehörige der Österreichischen Freiheitsbataillone, die, aus Jugoslawien kommend, im Mai und Juni 1945 in Wien eintrafen.¹⁷ Zu ihnen gehörten (neben Franz Honner, der Mitglied des leitenden Komitees der Österreichischen Freiheitsfront im Rahmen der jugoslawischen Volksbefreiungsarmee war und schon vorher Wien erreichte) Othmar Strobel, Moritz Fels-Margulies, Zalel Schwager, Peter Hofer, Gerhard Paul Herrnstadt, Emanuel Edel, Max Goldberger, Herbert Kandel, Jakob Zanger u.a.

Die dritte Gruppe stellten die Befreiten aus den Konzentrationslagern und Gefängnissen des NS-Regimes, die ebenfalls im Laufe des Mai 1945 nach Wien kamen: Heinrich Dürmayer, Hans Marsalek, Max Umschweif, Kurt Hacker, Ferdinand Berger, Leo Jansa, Johann Hertl, Walter Ullmann, Johann Höllisch, Vinzenz Seiser, Josef Csarman, Walter Winterberg, Georg Winterer u.a.

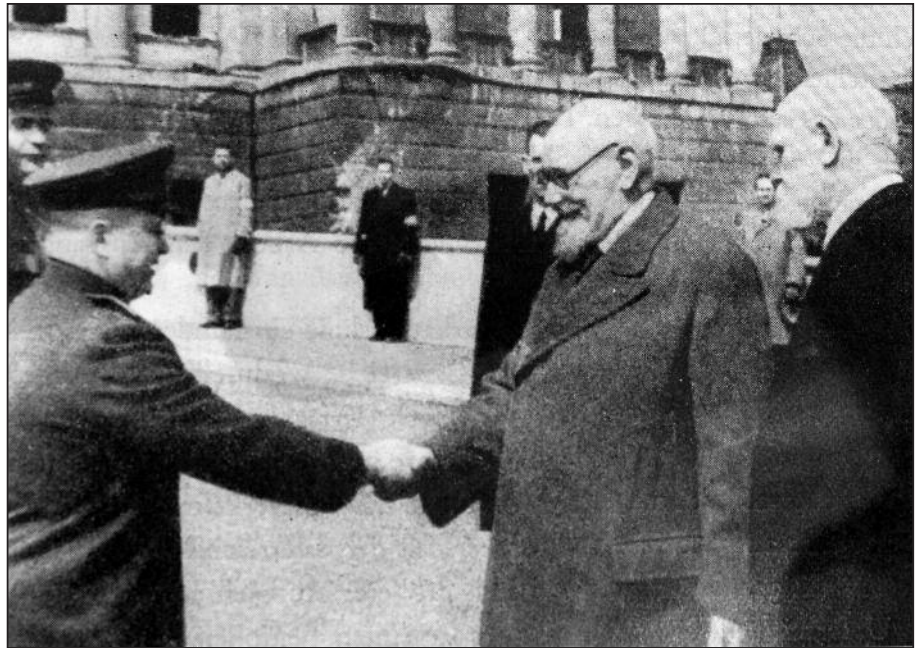
Aus der zweiten und dritten Gruppe rekrutierten sich hauptsächlich jene, die in der Folge an leitenden Stellen in der Polizeidirektion Wien standen.

Die vierte Gruppe schließlich bildeten die der KPÖ ab April/Mai 1945 und in den Jahren danach Beigetretenen. Ihre Zahl war bedeutend und verteilte sich vor allem auf die unteren Ränge der Wachleute, Kriminalbeamten und Angestellten in der Verwaltung. Dazu gehörte auch das Gros der kommunistischen Frauen in der Wiener Polizei.

Die Periode des Polizeilichen Hilfsdienstes

Am 17. April 1945 setzte der sowjetische Stadtkommandant von Wien, Generalleutnant Blagodatow, Theodor Körner (SPÖ) als provisorischen Wiener Bürgermeister und Leopold Kunschak (ÖVP) sowie Karl Steinhardt (KPÖ) als dessen Stellvertreter ein. Am gleichen Tag ernannte er Rudolf Hautmann zum Chef des neu gegründeten „Polizeilichen Hilfsdienstes für die Kommandantur der Stadt Wien“.¹⁸

Rudolf Hautmann, geboren 1907, war seit 1926 Mitglied der KPÖ, gelernter Autoschlosser und 1944/45 der führende Mann der in tiefster Illegalität agieren-



Generalleutnant Alexej Blagodatow (li.), sowjetischer Stadtkommandant von Wien, begrüßt nach der offiziellen Konstituierung der Provisorischen Regierung Staatskanzler Karl Renner und Theodor Körner (re.) vor dem Parlament. Im Hintergrund (mit Armbinden) Angehörige des Polizeilichen Hilfsdienstes.

den Gruppe der Simmeringer Kommunisten.¹⁹ Am 10. April 1945 übernahm er im eben befreiten 11. Bezirk das Amt des Leiters für die Wirtschafts- und Ernährungsagenden. Weil er hier große Tatkraft und Organisationstalent zeigte, schlugen ihn der KPÖ-Vorsitzende Johann Koplenig und der Wiener Parteiohmann Josef Lauscher bei einer Besprechung mit Blagodatow für den Posten des Wiener Polizeichefs vor.

Der Polizeiliche Hilfsdienst war ein aus Österreichern bestehendes Organ der sowjetischen Besatzungsmacht. Als Verbindungsoffizier des Polizeichefs zur Stadtkommandantur fungierte Hauptmann Komarow von der 4. Gardearmee. Mit der Zentralisierung des Polizeidienstes in den Händen Rudolf Hautmanns zielten sowohl das russische Militär als auch die KPÖ darauf ab, das Wirrsal zu beenden, das auf der Ebene der Gemeindebezirke bestand. Die Bezirkspolizeichefs, von irgendwelchen sowjetischen Truppenoffizieren unter oft zufälligen Umständen ernannt, waren zwar zumeist Kommunisten, nicht immer aber Leute, die sich der Situation gewachsen zeigten. Sie hatten sehr unbürokratisch freiwillig sich meldende Personen aus allen Berufsschichten aufgenommen, wenn sie ihnen politisch tragbar erschienen. Neben vielen ehrlichen und aufrechten Antifaschisten befanden sich aber unter diesen auch solche, die das Chaos der Apriltage für persönliche Vorteile zu nutzen suchten, zwielichtige Figuren, die sich als Kommunisten ausgaben, um in den Poli-

zeidienst aufgenommen zu werden und die sich an Plünderungen beteiligten.²⁰ Die Notwendigkeit, „unlautere Elemente auszustoßen“ und die Zuverlässigkeit der Angehörigen des Polizeilichen Hilfsdienstes, ihr Vorleben und ihre politische Einstellung zu überprüfen, begegnet einem in den Schriftstücken aus dem Nachlass Rudolf Hautmanns immer wieder.²¹

Ein weiterer Reibungspunkt war die oft mangelnde Bereitschaft der Bezirkspolizeichefs, die Autorität der seit 17. April 1945 eingerichteten zentralen Leitung des Polizeilichen Hilfsdienstes anzuerkennen. Es kostete Hautmann einige Mühe, hier selbstherrliche Eigenmächtigkeiten abzustellen, den Informationsfluss von unten nach oben in Gang zu bringen und den Polizeiverantwortlichen in den Bezirken die Notwendigkeit der Übermittlung täglicher genauer Berichte klar zu machen.²²

Am 19. April 1945 wies Bürgermeister Körner Polizeichef Hautmann das Gebäude des niederösterreichischen Landhauses in der Herrngasse 13 als Dienstszitz zu. Dort fand am Tag darauf eine Besprechung zwischen ihm und Hauptmann Komarow statt, bei der man folgende Richtlinien festlegte: 1) Schaffung eines zentralen Kaders für den Polizeilichen Hilfsdienst; 2) Maßnahmen zur Gewährung von Ruhe und Ordnung, Schutz vor Plünderungen; 3) Eruierung, Namhaftmachung und Festsetzung der aktiven Nationalsozialisten im Einvernehmen mit den sowjetischen Bezirkskommandanturen; 4) Überprüfung des



„Tag der Volkssolidarität“ am 17. Juni 1945 in Wien: Aufmarsch des Österreichischen Freiheitsbataillons vor dem Parlament. 1. Reihe (von l.n.r.): Peter Hofer, Leopold Stancl, 2. Reihe (von l.n.r.): Ernst Wexberg, Zalel Schwager, Emanuel Edel.

politischen und moralischen Vorlebens der Bezirkspolizeichefs und ihrer Mitarbeiter, Entfernung Untauglicher und nicht Einwandfreier, 5) Inangriffnahme der Bewaffnung, Uniformierung und Löhnung aller aktiven Polizisten.²³

Ferner wurde beschlossen, Betriebe und wichtige Wirtschaftsobjekte durch einen betriebspolizeilichen Hilfsdienst zu schützen. Die Bezirkspolizeichefs wurden von Hautmann aufgefordert, „nicht zu schematisieren und zu bürokratisieren, sondern stets mit ihren Aufgaben nach außen zu treten und mit der Bevölkerung in guter Fühlung zu bleiben“.²⁴

Alle Hilfspolizisten erhielten Dienstlegitimationen und in vorläufiger Ermangelung einer Uniform eine Armbinde mit der Aufschrift „Polizeilicher Hilfsdienst für die Kommandantur der Stadt Wien“ in deutscher und russischer Sprache.²⁵

In rascher Folge wurden verschiedene polizeiliche Abteilungen gebildet, so am 23. April 1945 eine „Alarmabteilung“ mit ständiger Einsatzbereitschaft in der Stärke von 400 Mann. Sie hatte ihren Standort in der Hofburg.²⁶

Der am 25. April 1945 gegründete „Fahndungsdienst“ als Vorläufer der Staatspolizei²⁷ begann mit der Erfassung, Registrierung und Ausforschung der in Wien verbliebenen Nationalsozialisten, um eine „schlagkräftige Verhaftungswelle“ zu ermöglichen. Zu verhaften waren gemäß der Anweisung Hautmanns „öffentliche NS-Mandatare, führende Nazis, SS-Leute, SA-Leute, Angehörige der Gestapo und Leute, die als Denunzianten tätig gewesen sind. Einfache Mit-

glieder, die sich loyal verhalten, bleiben unangetastet.“²⁸ Insgesamt verhaftete der Polizeiliche Hilfsdienst bis 21. Mai 1945 an die 2.000 Nationalsozialisten, von denen 120 Fälle für ein Verfahren vor dem Volksgericht reif waren.²⁹

Der Polizeiliche Hilfsdienst der Monate April, Mai und Juni 1945 konnte unter den damals waltenden Umständen kein bloßes Organ exekutiver Gewalt im traditionellen Sinne sein. Die Bevölkerung erwartete von ihm auch Hilfe und Unterstützung bei der Lösung der brennenden Fragen des täglichen Lebens. Der Nachlass Hautmann ist voll von Schreiben mit Bitten um Zuweisung von Leibwäsche, Schuhen, Lebensmitteln, Geschirr und Möbeln, um Auszahlung von Überbrückungsgeldern und Gehaltsvorschüssen, um Beistand bei Wohnungsansuchen usw. Diese Kleinarbeit für die Notleidenden war in der unmittelbaren Nachkriegssituation mindestens ebenso wichtig wie die eigentliche polizeiliche Tätigkeit. So erließ Hautmann aufgrund eines Übereinkommens mit den Vertretern der *Volkssolidarität* und der *Zentralregistratur für die Opfer des Naziterrors* die Anweisung Nr. 27 vom 5. Juni 1945, nach der die Bezirkspolizeileiter für eine Soforthilfe für die aus den Konzentrationslagern und Gefängnissen Entlassenen durch Verabreichen einer Mahlzeit in den Bezirksküchen der Polizei zu sorgen hatten.³⁰

Mitte Mai 1945 belief sich der Personalstand des Polizeilichen Hilfsdienstes in den 26 Wiener Gemeindebezirken auf etwa 7.200.³¹ Zum Zweck der Unifor-

mierung wurden ihm von der Roten Armee 5.000 Hosen und 3.000 Blusen zur Verfügung gestellt, die aus beschlagnahmten deutschen Militär- und Polizeibeständen stammten.³² Nach Vereinbarung zwischen Polizeichef Hautmann und der Wiener Ankerbrotfabrik erhielten die Hilfspolizisten eine tägliche Brotration von 25 bis 50 Dekagramm zugeteilt. Weiters wurden für sie Gemeinschaftsküchen eingerichtet. Schließlich gelang es auch, die Gehaltsfrage zu regeln. Jeder Angehörige des Polizeilichen Hilfsdienstes, vom Chef bis zum einfachen Wachmann, bekam für die Monate April und Mai einen Gehaltsvorschuss in der Höhe von jeweils 150 Reichsmark ausbezahlt.³³

Die Etappe des Polizeilichen Hilfsdienstes, in die ja auch die Bildung der Renner-Regierung, die Betrauung Honners mit dem Innenressort und die Rückkehr österreichischer Kommunisten aus Jugoslawien, den Konzentrationslagern und Gefängnissen fiel, war ein entscheidender Abschnitt bei der Wiederherstellung geordneter polizeilicher Verhältnisse in Wien. Das Verdienst Rudolf Hautmanns, eines einfachen Arbeiters, dem der historische Sieg des Jahres 1945 über den Faschismus dazu verhalf, jählings in eine hohe Staatsfunktion aufsteigen zu können, bestand darin, buchstäblich aus dem Nichts das Grundgerüst für den einheitlichen Polizeidienst in Wien geschaffen zu haben. Deshalb blieb er auch in der Folgezeit an leitender Stelle tätig und war bis zu seinem Tod im Jahr 1970 einer der führenden Repräsentanten der Kommunisten in der Wiener Polizei.

Die Wiedererrichtung der Polizeidirektion Wien

Mit der von der sowjetischen Besatzungsmacht nachdrücklich betriebenen Konstituierung der Dreiparteienregierung unter Staatskanzler Karl Renner, die es als Aufgabe ansah, „die demokratische Republik Österreich wiederherzustellen und im Geiste der Verfassung von 1920 einzurichten“,³⁴ wurde auch der Rückgriff auf die polizeilichen Verwaltungsstrukturen festgelegt, wie sie vor 1933 bestanden. Das Provisorium des Polizeilichen Hilfsdienstes fand de jure sein Ende, als am 13. Mai 1945 das Verfassungs-Überleitungsgesetz in Kraft trat, nach dem die Bundesverfassung in der Fassung von 1929 neuerlich wirksam wurde.³⁵ De facto existierte der Polizeiliche Hilfsdienst bis 13. Juni 1945 weiter, als man die Wiedererrichtung der Bundespolizeidirektion Wien kund-

machte.³⁶ Zuvor war er noch am 29. April 1945 ganz im Rampenlicht der Öffentlichkeit gestanden, als Hilfspolizisten in Zivilkleidung mit Armbinden beim feierlichen Staatsakt der Amtsübernahme der Renner-Regierung den Dienst vor dem Parlamentsgebäude versahen.

Im Kabinettsrat wurde nun die Frage akut, wer der neue Polizeipräsident sein sollte. Honner schlug zunächst Hautmann, dann Dürmayer vor.³⁷ Das scheiterte am Widerstand der SPÖ- und ÖVP-Regierungsmitglieder, nicht zuletzt auch an Renner selbst, dem als eingefleischten Verfechter des staatsstreuen Berufsbeamtentums Experimente mit „Unerfahrenen“ suspekt waren. Honner einigte sich dann mit den anderen Parteien auf die Person Pamers und brachte diesen Vorschlag in der 8. Sitzung des Kabinettsrats am 22. Mai 1945 ein, in der er zum Beschluss erhoben wurde.³⁸

Dr. Ignaz Pamer, bereits 79 Jahre alt, war von 1911 bis 1923 Zentralinspektor der Wiener Sicherheitswache und von 1923 bis 1930 Polizeivizepräsident gewesen. Seither im Ruhestand, wurde er nun als Verkörperung des Typus des altösterreichischen Beamten und fachkundigen loyalen Staatsdieners reaktiviert. Honner bedang sich aber gleichzeitig eine Paketlösung bei der Besetzung der anderen höheren Posten in der Wiener Polizeidirektion aus, die auch von allen akzeptiert wurde.

Sie sah so aus, dass folgende Mitglieder der KPÖ ab 13. Juni 1945 in der Wiener Polizei an leitender Stelle tätig waren: Othmar Strobel als Polizeivizepräsident; Dr. Heinrich Dürmayer als Leiter der Staatspolizeilichen Abteilung; Rudolf Hautmann als Leiter der Administrativ-Polizeilichen Abteilung; Zalel Schwager als stellvertretender Vorstand der Präsidialabteilung; Moritz Fels-Margulies als Vorstand des Kulturreferats und Vorsitzender der Fachgruppe „Polizeiverwaltung“ im Österreichischen Gewerkschaftsbund; Dr. Emanuel Edel als Polizeichefärzt; Major Peter Hofer als 1. Stellvertreter des Generalinspektors der Sicherheitswache; und Anna Grün als Leiterin des Amtes für Polizeifürsorge.³⁹ Um kein verzerrtes Bild zu vermitteln, sei hier festgehalten, dass es in der Polizeidirektion Wien damals 33 zentrale Ämter gab, 25 davon also mit ÖVPlern, SPÖlern und Parteilosen besetzt waren.⁴⁰

Zur Kompromisslösung des Honner'schen Gesamtpakets gehörte auch, dass der Großteil der Angehörigen des ehemaligen Polizeilichen Hilfsdienstes – etwa 6.800 Personen – in den Personal-

stand der nunmehrigen Polizeidirektion übernommen und in den Exekutivapparat eingegliedert wurde.⁴¹ Diese Zahl steht scheinbar in Widerspruch zur Angabe von den 1.527 Polizeikommunisten, die Honner im November 1945 machte. Man muss aber berücksichtigen, dass keineswegs alle Hilfspolizisten Kommunisten waren und – noch in der Ära Honner – 4.000 Sicherheitswachleute und 800 im Kriminaldienst Beschäftigte wegen mangelnder Eignung ausgeschieden wurden. Dazu kamen, ebenfalls noch in der zweiten Hälfte des Jahres 1945, 3.700 Polizisten und 266 Kriminalbeamte, die den Polizeidienst freiwillig wieder verließen und sich anderen Berufsmöglichkeiten zuwandten. „Mit Rücksicht auf die rasch zusammenschmelzenden Personalstände wurden schon in der zweiten Hälfte 1945 fast 6.000 Beamte neu in den Dienst gestellt, darunter auch eine große Anzahl langgedienter Kräfte, die allmählich aus den westlichen Bundesländern zurückgekehrt waren.“⁴²

Dennoch war der Anteil der KommunistInnen in der wiedererrichteten Wiener Polizeidirektion des Jahres 1945 sehr hoch: Unter den Kriminalbeamten gehörten über die Hälfte der KPÖ an, und von den 27 Bezirkspolizeikommissariaten hatten, bevor die Westmächte am 1. September 1945 ihre Besatzungszonen in Wien übernahmen, 17 kommunistische Leiter.⁴³

Dürmayer und die Staatspolizei

Die wichtigste Machtdomäne der KPÖ in der Polizeidirektion Wien war jedoch die Abteilung I, die Staatspolizei. Ihr führender Mann, Dr. Heinrich Dürmayer, Häftling in Mauthausen, das am 5. Mai 1945 von US-Truppen befreit wurde, traf drei oder vier Tage später in Wien ein, wo ihn Honner sofort mit der Leitung des Fahndungsdienstes des Polizeilichen Hilfsdienstes betraute.⁴⁴ In dieser Eigenschaft saß er gemeinsam mit Hautmann in der Herrengasse 13, war aber Honner direkt unterstellt. Die Umorganisation des Fahndungsdienstes zur Staatspolizei erfolgte am 11. Juni 1945, die Eingliederung als Abteilung I in die Polizeidirektion Wien am 13. Juni.⁴⁵ Dienstsitz Dürmayers und der Staatspolizei war fortan das Gebäude in Wien I., Deutschmeisterplatz 3.

Der Personalstand der Abteilung I umfasste im Jahr 1946 679 Beamte und Angestellte, darunter 204 Frauen.⁴⁶ Gegliedert war die Staatspolizei 1945 in das Staatspolizeiliche Büro mit den Refera-



Othmar Strobel (1908–1963), Vizepräsident der Polizeidirektion Wien 1945–1953.

ten a) Kriegsverbrecher, b) Säuberung, c) Information, d) Abwehr; in das Pressebüro; das Vereinsbüro; das Passamt; und in die Fremdenpolizei.⁴⁷ Später kamen das Referat für Arbeitslager, das Personalbüro, das juristische Büro, die Zentralevidenz, die Bezirksgruppenzentrale mit Staatspolizeigruppen in allen Wiener Gemeindebezirken und die Staatspolizeiabteilung beim Volksgericht dazu.⁴⁸

Neben Dürmayer wirkten folgende Kommunisten in der Abteilung I als Referatsleiter: Dr. Max Umschweif als Leiter des Staatspolizeilichen Büros, später auch als Leiter der Referate „Wirtschaftsverbrechen“ und „Säuberung“ (Umschweif stand in der Hierarchie an zweiter Stelle nach Dürmayer); Valentin Strecha als (kurze Zeit) stellvertretender Leiter der Staatspolizei, später als Leiter des Referats „Überwachung“; Leo Jansa als Leiter des Referats „Kriegsverbrecher“; Hans Marsalek als Leiter des Referats „Abwehr“; Ferdinand Berger als Leiter des Referats „Information“; Heinrich Tutsch als Leiter der Bezirksgruppenzentrale, später als Leiter des Referats „Arbeitslager“; Karl Hinterlehner als Leiter des Personalbüros; Harry Oster als Leiter des Sekretariats; und Kurt Hacker als persönlicher Sekretär Dürmayers.⁴⁹

Alle Genannten waren entweder ehemalige Spanienkämpfer und/oder KZ-Häftlinge bzw. wegen ihrer Widerstandstätigkeit von NS-Gerichten zu Zuchthausstrafen Verurteilte. Das galt auch für viele andere Angehörige der Staatspolizei, was Dürmayer in seinen jährlichen Tätigkeitsberichten an den Polizeipräsidenten und an Innenminister Helmer



Legitimation der Polizeidirektion Wien für Anna Grün als Leiterin des Fürsorgereferats, unterzeichnet von Polizeipräsident Ignaz Pamer.

stets besonders herausstrich. Danach saßen, die verbüßten Haftzeiten zusammengezählt, 165 Personen, darunter neun Frauen, 498 Jahre im KZ oder im Gefängnis. Weitere 44 Staatspolizisten hatten in Spanien, Belgien, Frankreich, Jugoslawien und in den Reihen der Roten Armee mit der Waffe in der Hand gegen den Faschismus gekämpft.⁵⁰

Eine zentrale Aufgabe und eine der größten Leistungen der Dürmayer'schen Staatspolizei war die Fahndung nach NS-Verbrechern und die Sicherung von Beweismaterial (NS-Karteien, NS-Akten, Arisierungsakten usw.) Zu diesem Zweck schuf man, wie schon erwähnt, eine Staatspolizeiabteilung bei den Volksgerichten, die die Verbindung zur Staatsanwaltschaft herstellte.⁵¹ Im November 1945 befanden sich in den Arbeits- und Anhaltelagern der Staatspolizei (eines befand sich in der Geiselbergstraße, ein anderes auf der Simmeringer Haide im 11. Bezirk) 1.340 Nationalsozialisten, von denen aber ein Teil schon bald wegen Geringfügigkeit der Vergehen und mangels an Beweisen freigelassen, der andere Teil entweder den Alliierten oder den österreichischen Volksgerichten zur Aburteilung übergeben wurde. Der Stand sank dadurch Ende Dezember 1945 auf 590 und im Jänner 1946 auf 418.⁵² 1946 verhafteten die Staatspolizeiorgane weitere 1.371 NS-Verbrecher, von denen man 1.161 den Gerichten einlieferte.⁵³ Der Arrestantenstand fiel bis zum 31. Dezember 1946 auf 35 Personen, dann wurden die Ar-

beits- und Anhaltelager der Abteilung I der Polizeidirektion Wien aufgelöst.

Die Schwierigkeiten, die Dürmayer zu überwinden hatte, waren enorm, sowohl in materieller als auch in personeller Hinsicht. Es gab anfänglich in den Amtsräumen der Staatspolizei zu wenig Telefone, kaum Schreibmaschinen, ja nicht einmal genügend Schreibpapier, keine Büroeinrichtungen und kein geschultes Büropersonal. „Nur wenige wussten, wie Akten anzulegen sind, wie diese aussehen sollten, welche Erfordernisse für ein Protokoll notwendig sind, was ein Amtsvermerk ist, wie ein Haft- oder Hausdurchsuchungsbefehl aussehen soll, wie eine Hausdurchsuchung oder Verhaftung durchzuführen ist.“⁵⁴ Dürmayers Mitarbeiter waren zudem durch die Haftzeiten in den Konzentrationslagern und Gefängnissen gesundheitlich schwer angeschlagen. „Laut ärztlicher Atteste sind fast alle Beamten der Staatspolizei untergewichtig und unterernährt, einige Beamte sind sogar an Tuberkulose erkrankt. Trotzdem werden weiterhin freiwillig zehntausende Überstunden geleistet, jetzt im Winter, mangelhaft bekleidet und ernährt, wobei festgestellt werden muss, dass den Häftlingen in den verschiedenen Haftanstalten wärmere Zellen zur Verfügung stehen, als unseren Beamten Diensträume, denn letztere sind nur mangelhaft verglast und ungeheizt.“⁵⁵

Dürmayer, ein promovierter Jurist, fand sich in seinem neuen Wirkungskreis und der umfangreichen wie komplizierten Materie der polizeilichen Gesetzes-

bestimmungen und Dienstvorschriften schnell zurecht. 1946 ernannte ihn Helmer zum Oberpolizeirat, 1947 zum Wirklichen Hofrat. Aber auch die anderen, gänzlich unerfahrenen Referatsleiter wuchsen bald zu tüchtigen Beamten heran und spezialisierten sich auf bestimmte Bereiche. So gab es in dem von Umschweif geleiteten Referat für „Säuberung“ vier Mitarbeitergruppen, die sich mit Wirtschaftssäuberung, mit der Säuberung von Ämtern und Behörden, mit der Verfolgung von Großaristokraten und der Banken- und Safekontrolle beschäftigten.⁵⁶

Es ist leicht zu begreifen, dass solche Ermittlungen (z.B. zählte der Bestand der ehemaligen Vermögensverkehrsstelle, der die Arisierungen umfasste, fast 30.000 Akten)⁵⁷ bei den Betroffenen in Wirtschaft und Politik auf keine Gegenliebe stießen und der Druck dieser Kreise, das „Kommunistennest“ in der Staatspolizei auszuräuchern, stetig zunahm. Überhaupt war das Insiderwissen, zu dem die kommunistischen Staatspolizisten bei ihren Nachforschungen gelangten, etwas, was die Kollaborateure und Profiteure der NS-Herrschaft aus der etablierten „besseren“ Gesellschaft schwer störte. Das Vorgehen gegen Dürmayer ließ auch nicht mehr lange auf sich warten.

Das Revirement im September 1947

Dürmayer und der SPÖ-Innenminister Oskar Helmer standen sich in unüberwindlicher politischer und persönlicher Abneigung gegenüber. Dürmayer trachtete an Unterlagen heranzukommen, die das (tatsächlich zwielichtige) Verhalten Helmers in der NS-Zeit aufklären sollten,⁵⁸ während Helmer nur auf die erste Gelegenheit wartete, um Dürmayer ausschalten zu können. In diesen erbitterten verdeckten Kampf war noch – gegen ihren Willen – eine dritte Person einbezogen: der als Nachfolger Pamers seit 20. Juli 1946 amtierende Wiener Polizeipräsident Dr. Arthur Klausner.

Klausner, 60 Jahre alt und parteilos, war ebenso wie Pamer ein altgedienter Polizeibeamter aus der Ersten Republik und ein international anerkannter Experte auf dem Gebiet der Banknotenfälschung. Gegenüber den Kommunisten in der Wiener Polizei verhielt er sich indifferent und für den Geschmack Helmers zu vorsichtig.

Die Situation eskalierte, als Dürmayer am 24. Juni 1947 die Verhaftung von drei Personen durch die Staatspolizei bekannt gab, weil sie einen Bombenanschlag auf das sowjetische Siegesdenkmal auf dem Schwarzenbergplatz



Heinrich Dürmayer (1905–2000), Leiter der Abteilung I (Staatspolizei) 1945–1947.

(damals offiziell „Stalinplatz“) geplant hatten.⁵⁹ Helmer sah darin eine vom russischen Element gemeinsam mit Dürmayer eingefädelte Intrige zu dem Zweck, in der sowjetischen Zone Wiens eine eigene Polizeidirektion unter der Leitung Dürmayers einzurichten (was völlig aus der Luft hergeholt war). Die Verhaftung erfolgte aber tatsächlich begründet, denn zwei der drei Personen wurden am 6. Jänner 1948 in einem Volksgerichtsprozess zu fünf bzw. drei Jahren verschärften Kerkers verurteilt.⁶⁰

Das stellte sich allerdings erst heraus, nachdem Helmer den Schlag gegen Dürmayer geführt hatte. Als Anlass diente ihm die Weigerung Dürmayers, mit dem Sektionsrat Dr. Franz Mayer, den Helmer im März 1947 als seinen Vertrauensmann auf den Stellvertreterposten in die Staatspolizei eingeschleust hatte, weiter zusammenzuarbeiten und das von Dürmayer über Mayer verhängte Verbot, die Amtsräume künftig zu betreten.

Helmer verfügte mit sofortiger Wirkung die Versetzung Dürmayers zur Polizeidirektion Salzburg und erteilte – angeblich – Klausen den Auftrag, Dürmayer das Versetzungsdekret auszuhändigen. Dieser meldete sich jedoch – angeblich – krank, sprich: er sei zu feige gewesen, das zu tun.⁶¹ Klausen wurde daraufhin am 3. September 1947 seines Amtes enthoben und durch den Branddirektor von Wien, Josef Holaubek, ersetzt. An die Stelle Dürmayers, der den Posten in Salzburg nicht antrat und sofort von sich aus den Polizeidienst quittierte, berief Helmer den Ministerialrat Dr. Oswald Peterlunger.

Die Vorgänge erregten ungeheures Aufsehen, und die bürgerlichen Blätter

feierten im Verein mit der *Arbeiter-Zeitung* Helmer als großen, sich der sowjetischen Besatzungsmacht und dem übermäßigen kommunistischen Einfluss in der Wiener Polizei mutig widersetzenen Helden. Auch der äußere Ablauf der Affäre wird bis heute so dargestellt, wie er in den Erinnerungen von Helmer und Schärf beschrieben ist.

Völlig unbekannt ist aber, dass Klausen eine ganz andere Sicht der Dinge lieferte, als er am 22. Jänner 1953 beim Verwaltungsgerichtshof eine Beschwerde gegen das Innenministerium wegen seiner Versetzung in den endgültigen Ruhestand einbrachte. Er führte darin aus, dass er „der Koalitionspolitik zum Opfer gebracht wurde, die es verlangt, dass Ämter nach Parteizugehörigkeit besetzt werden“. Es sei 1947 „von der Regierung gewünscht worden“, dass Dürmayer „einem der ÖVP nahe stehenden Beamten weiche“, worauf die SPÖ „im Austausch den Posten des Polizeipräsidenten für sich verlangte“. Er sei zwar tatsächlich in einem vierwöchigen Krankenurlaub gewesen, als er aber „frisch und gesund zurückkehrte“, habe er am 3. September 1947 durch das Radio erfahren, dass er „wegen Krankheit in den Ruhestand versetzt und an seiner Stelle der Branddirektor Holaubek designiert“ worden sei.⁶²

Wir halten Klausens Behauptung, wonach das große Revirement des September 1947 in der Wiener Polizeidirektion auf einem schon Monate vorher vereinbarten, geheimen Deal zwischen ÖVP und SPÖ beruhte, für weit glaubwürdiger. Auffällig ist auch, dass Klausens Amtsführung völlig unbedankt blieb und über seine Person sofort ein dichter Mantel des Schweigens und Vergessens gebreitet wurde, ein Zustand, an dem sich bis dato nichts geändert hat. Klausen ist nach wie vor der unbekannteste aller Wiener Polizeipräsidenten.

Für die Kommunisten in der Wiener Polizei war die Enthebung Dürmayers zweifellos ein schwerer Verlust. Er war ein Mann mit großen Fähigkeiten und Verdiensten, den man längst schon jenseits ideologischer Ressentiments einmal biographisch würdigen sollte. Mit ihm verließen auch Referatsleiter wie Umschweif und Jansa die Staatspolizei, weitere (Marsalek, Strecha, Berger, Hinterlehner, Tutsch, Hacker) wurden in der Folgezeit auf andere Polizeidienststellen versetzt. Dennoch blieb die kommunistische Präsenz in der Staatspolizei weiter stark. Da sie sich aber nur mehr auf die mittleren und unteren Beamtenränge erstreckte, erschien sie fortan ungefährlich.

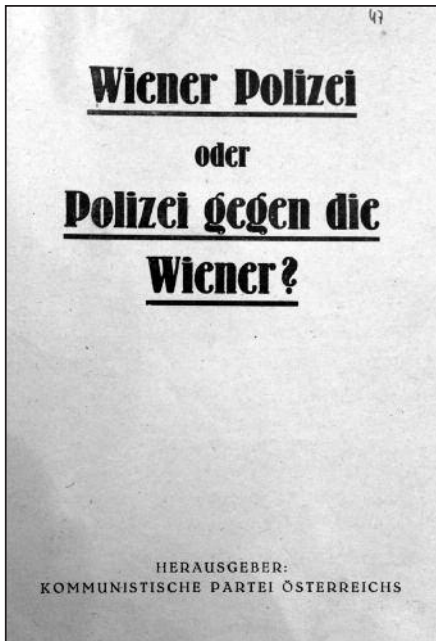
Selbstverständlich hat die sowjetische Besatzungsmacht gegen die Ausschaltung Dürmayers Protest eingelegt. Eine Möglichkeit auf der Basis des 2. Kontrollabkommens vom 28. Juni 1946, die Bundesregierung zur Rücknahme zu zwingen, besaß sie aber nicht. Die österreichische Regierung und alle untergeordneten österreichischen Behörden, ergo auch die Wiener Polizeidirektion, hatten Anweisungen auszuführen, die sie von der Alliierten Kommission insgesamt, d.h. einhellig von allen Vieren befürwortet, empfangen (Artikel 1 a). Nur dann, wenn es keinen entsprechenden Beschluss des Alliierten Rates gab, konnte jede Besatzungsmacht eigenständig handeln, jedoch nur in ihrer Besatzungszone (Artikel 2 d).⁶² Genau das sollte im Polizeibereich der sowjetischen Zonenbezirke in Wien wirksam werden.

Kommunistische Bezirkspolizeileiter

Am 1. September 1945 rückten Truppen der Westmächte in Wien ein und übernahmen vereinbarungsgemäß ihre Zonen. Für die Polizeidirektion Wien ergab das eine neue und durch die bestehenden Bezirks- und Außengrenzen der österreichischen Hauptstadt nicht gerade einfacher gewordene Lage. Das Stadtgebiet Wiens war nämlich das des von den NS-Machthabern 1938 geschaffenen „Reichsgaues“, mit dem man darauf abgezielt hatte, durch eine enorme Flächenvergrößerung Wien wieder zu einer Zwei-Millionen-Metropole zu machen. Andererseits waren die alliierten Siegermächte übereingekommen, Wien nur in den Grenzen vierfach zu besetzen, wie sie vor dem Anschluss bestanden.

Die Bundesregierung ebenso wie die Bundesländer Wien und Niederösterreich trachteten danach, die überzogene und ganz unorganische Stadterweiterung der NS-Zeit rückgängig zu machen. Der Nationalrat und die beiden Landtage beschlossen im Juni 1946 ein entsprechendes Gebietsänderungsgesetz, das aber infolge sowjetischen Vetos nicht in Kraft treten konnte. Erst 1954 stimmte das russische Element der Rückgliederung der eingemeindeten Gebiete an Niederösterreich zu.

Das bedeutete, dass bis 1954 neben den sowjetischen Zonenbezirken 2, 4, 10, 20, 21 und 22 auch die Bezirke 23 (Schwechat), 24 (Mödling), 25 (Liesing) und 26 (Klosterneuburg) russisch besetzt waren. Analog gab es 26 Bezirkspolizeikommissariate, in Wirklichkeit 27, weil der 2. Bezirk polizeimäßig traditionell



Wahlkampfbroschüre der KPÖ 1945

aus den Kommissariaten Leopoldstadt und Prater bestand.

Die Anwesenheit der Amerikaner, Briten und Franzosen seit September 1945 führte (nicht überall, aber großteils) dazu, dass kommunistische Kommissariatsleiter in deren Zonenbezirken abgelöst und durch politisch genehmere Polizeibeamte ersetzt wurden. Ein Sonderfall war der 1. Bezirk, die Innere Stadt, das politische Zentrum Wiens mit allen Regierungsgebäuden. Hier einigte man sich, den Bezirk vierfach zu verwalten und den Vorsitz monatlich rotieren zu lassen.

Die Situation im Polizeibereich auf Gemeindebezirksebene war also kompliziert, auch deshalb, weil die Alliierten die personelle Besetzung der Kommissariatsleitungen aus Gründen, die schwer durchschaubar sind, politisch nicht konsequent handhabten. Die Franzosen in ihrem 16. Bezirk ließen es ebenso wie die Amerikaner in ihrem 17. Bezirk zu, dass ein Kommunist mehrere Jahre als Kommissariatsleiter amtierte, während die Russen offenbar nichts dagegen hatten, dass im Kommissariat Prater niemals ein Kommunist und im 26. Bezirk die längste Zeit kein Parteigänger der KPÖ als Leiter saß. Im heiklen 1. Bezirk fanden sich die Westmächte gar damit ab, dass der Posten des Kommissariatsleiters zwei Jahre lang mit einem Kommunisten besetzt war.

Die Machtpositionen der Kommunisten in den zentralen Ämtern der Polizeidirektion Wien hatten durch die Enthebung Dürmayers eine empfindliche Einbuße erlitten und sich auf zwei reduziert: auf Othmar Strobel als einen der beiden Vizepräsidenten (neben dem

ÖVP-Mann Heinrich Hüttl) und auf Rudolf Hautmann als Leiter der Abteilung III, die als „Evidenzabteilung“ 1947 durch Abtrennung verschiedener Ämter aus der Administrativ-Polizeilichen Abteilung entstanden war. Der Polizeivizepräsident konnte jedoch nicht als einflussreicher Posten bezeichnet werden, und die Ämter, die dem 1946 zum Polizeirat ernannten Hautmann unterstanden (Zentralmeldungsamt, Strafreisregisteramt, Korrespondenzbüro und Fundamt), gehörten nicht zur politisch empfindlichen Sphäre.⁶⁴

Machtpositionen, und zwar erhebliche, weil aus dem Besatzungsstatut resultierend, blieben aber die Leitungen der Bezirkspolizeikommissariate. Alphabetisch gereiht bekleideten folgende KPÖ-Angehörige diese Posten: Ferdinand Berger als Leiter des Kommissariats (Koat) Brigittenau 1954/55; Josef Csarman als Leiter des Koat Leopoldstadt 1945–1955; Anton Dobritzhofer als Leiter des Koat Floridsdorf 1946–1950; Moritz Fels-Margulies als Stadthauptmann von Floridsdorf 1954/55;⁶⁵ Kurt Armand Frisch als Leiter des Koat Innere Stadt 1948–1950; Max Goldberger als Leiter des Koat Mödling 1946/47 und des Koat Wieden 1947–1953; Ludwig Gruber als Leiter des Koat Hernals 1945–1950 und des Koat Donaustadt 1950–1955; Rudolf Hautmann als Stadthauptmann von Favoriten 1954/55; Gerhard Paul Herrnstadt als Leiter des Koat Wieden 1954/55; Johann Hertl als Leiter des Koat Floridsdorf 1950–1954; Alois Hladecek als Leiter des Koat Ottakring 1945–1954; Peter Hofer als Leiter des Koat Liesing 1950–1955; Johann Neumayr als Leiter des Koat Mödling 1947–1954; Vinzenz Seiser als Leiter des Koat Favoriten 1945–1954; und Otto Spitz als Leiter des Koat Brigittenau 1945–1953.⁶⁶

Grundsätzlich war es so, dass sich der Polizeipräsident bei der Ernennung eines Bezirkspolizeileiters mit den alliierten Besatzungsinstanzen ins Einvernehmen setzen und deren Genehmigung einholen musste. Als 1954 die Nachfolge des Kommissariatsleiters von Favoriten, Vinzenz Seiser, anstand, berichtete Holaubek in einem Schreiben an Innenminister Helmer, dass er dafür wahlweise den Hofrat Walchshofer, die Oberpolizeiräte Sattler und Matzenauer sowie den Polizeirat Konhäuser (alle vier keine Kommunisten, H.H.) bei der Militärkommandantur des 10. Bezirks namhaft gemacht habe. Dies sei abgelehnt und erst sein Vorschlag, Rudolf Hautmann zu ernennen, akzeptiert worden.⁶⁷

Auch Neubestellungen, Versetzungen und Entlassungen von Wachleuten, Kriminal- und Konzeptsbeamten mussten vorher von den Besatzungsbehörden genehmigt werden. Dies wurde anfänglich von allen vier Mächten strikt verlangt, später nur mehr von sowjetischer Seite. Weisungen der Polizeidirektion an die Kommissariatsleiter wurden hinfällig, wenn z.B. das sowjetische Bezirkskommando diese anwies, sie wegen drohender Verletzung sowjetischer Interessen nicht zu befolgen. Polizeibeamte aus anderen Besatzungssektoren durften im fremden Bezirk ohne Genehmigung der Ortskommandantur keine Amtshandlungen vornehmen. Desgleichen untersagte die russische Seite, Polizeibeamte ihrer Zone in anderen als den sowjetisch kontrollierten Bezirken einzusetzen. Über alle Amtshandlungen und Vorkommnisse im Bezirk musste den Besatzungsorganen laufend Bericht erstattet werden, wobei die sowjetischen Stellen die Weitermeldung an die Polizeidirektion von ihrer Genehmigung abhängig machten und manchmal auch untersagten.⁶⁸

Wiewohl das alles vom Prinzip her mit den Bestimmungen des 2. Kontrollabkommens im Einklang stand und Helmer wie Holaubek stets betonten, dass österreichische Behörden und ihre Organe verpflichtet seien, Weisungen und Aufträge, die von den zuständigen alliierten Dienststellen aufgrund des Kontrollabkommens gegeben werden, gewissenhaft auszuführen, kollidierte das oft mit österreichischen Gesetzen und geltenden polizeilichen Vorschriften. Als sich das Klima unter den Besatzungsmächten im Schatten des Kalten Krieges zwischen 1947 und 1952 verschlechterte, sollte sich das auch auf das Verhältnis der Polizeidirektion zu den Bezirkskommissariaten in der sowjetischen Zone auswirken.

Gewerkschaftsarbeit

Die Polizeikommunisten waren von Anfang an in der Gewerkschaft der öffentlichen Angestellten (später umbenannt in „Gewerkschaft Öffentlicher Dienst“ – GÖD) sehr aktiv und setzten sich engagiert für die Gehalts- und Dienstrechtsinteressen ihrer Kollegen ein. Im Oktober 1946 prangerte eine Vollversammlung der gewerkschaftlich organisierten kommunistischen Polizeiangehörigen an, dass „die gegenwärtige Lage der Beamten und Angestellten unerträglich geworden ist“ und forderte „von den zuständigen Regierungsstellen sofortige Abhilfe“.⁶⁹ Beklagt wurden die niedrigen Monatsgehälter von 180 bis 250

Schilling, mit denen die einfachen Polizeibediensteten „ihre dringendsten Bedürfnisse wie Kleider, Wäsche und Schuhe für sich und ihre Familien nicht decken können“. Für weibliche Polizeiangestellte, die einen eigenen Haushalt führten, forderte man die Gewährung eines dienstfreien Tages im Monat und die Aushändigung einer Lebensmittelzusatzkarte.⁷⁰

Als die Lohn- und Preispakete der Jahre 1947 bis 1950 zu Preiserhöhungen der wichtigsten Bedarfsartikel führten, hinter denen die Anhebung der Löhne und Gehälter zurückblieb, setzten sich die in der „Gewerkschaftlichen Einheit“ organisierten Polizeikommunisten für ein gehaltliches Nachziehverfahren, die Verdoppelung der Haushalts- und Kinderzulagen, die Verdoppelung der Reisegebühren und die Auszahlung eines 13. Monatsgehalts ein.⁷¹ Gegen die ÖGB-Führung, „die jeden Auftrag der Parteivorstände der ÖVP und SPÖ in devotester Weise durchführt und keine [...] unabhängige Gewerkschaftspolitik betreibt“, wurde scharf polemisiert.⁷²

An dieser Stelle ist festzuhalten, dass die kommunistischen Polizeigewerkschafter es waren, von denen die Forderung nach dem – uns heute selbstverständlich erscheinenden – 13. und später auch 14. Monatsgehalt für die öffentlich Bediensteten ausging, ein Verlangen, das die Bundesregierung erst nach längerem Zögern erfüllte, dann aber von ihr als ihre eigene große Errungenschaft gefeiert wurde.

Zu den führenden KPÖ-Angehörigen in der Sektion Exekutive der Gewerkschaft der öffentlichen Angestellten zählten Moritz Fels-Margulies, Karl Ithaler, Ludwig Schuster, Rudolf Steiner, Johann Kouril und Karl Szukop. Sie drängten, wie die KPÖ generell, auf die Durchführung demokratischer Urwahlen in die Gewerkschaftsgremien. Diese fanden, als seltene Ausnahme innerhalb der Teilgewerkschaften des ÖGB, am 6. März 1951 bei den öffentlichen Angestellten tatsächlich statt und brachten ein Aufsehen erregendes Ergebnis.

Zur Erläuterung muss vorausgeschickt werden, dass es (noch) keine Personalvertretungswahl war, sondern eine Gewerkschaftswahl, bei der nur Gewerkschaftsmitgliedern die Wahlberechtigung und Wählbarkeit zukam. Das Resultat ist deshalb insofern für die KPÖ überproportional, weil der gewerkschaftliche Organisationsgrad der Polizeikommunisten faktisch bei 100 Prozent lag, damit über dem der SPÖ- und weit über dem der ÖVP-Bediensteten. Interessant

ist, dass die SPÖ-Gewerkschafter in der Exekutive sich dazu hergaben, mit den ÖVPlern eine gemeinsame Liste zu bilden, wohl aus dem Grund, um im Zeichen der koalitionären Regierungspartnerschaft ein Wahldesaster der schwach organisierten ÖVP zu vermeiden.

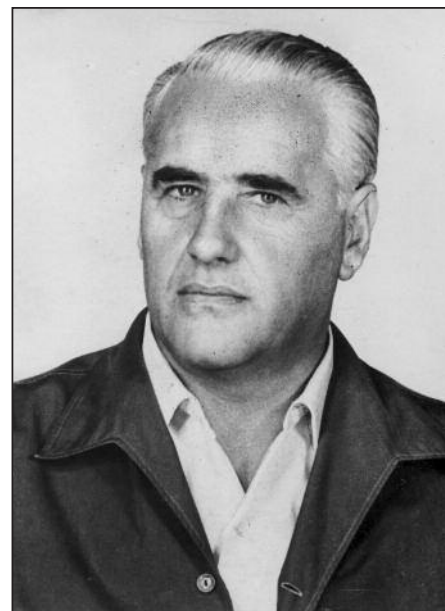
Es kandidierten somit zwei Listen, die *Liste der öffentlich Bediensteten* (SPÖ und ÖVP) und die *Liste der Gewerkschaftlichen Einheit* (KPÖ). Auf letzterer schienen auch 96 „fortschrittliche Gewerkschafter“ aus den Reihen der Sozialisten auf, was stolz vermerkt wurde.⁷³

Das Ergebnis der Gewerkschaftswahl in der Polizeidirektion Wien vom 6. März 1951 erbrachte für die Kommunisten in der Sektion „Sicherheitswache“ einen Anteil von 16,4 Prozent (1.124 Stimmen gegen 5.714 der anderen), in der Sektion „Kriminalbeamte“ einen von 34,9 Prozent (317 gegen 590), in der Sektion „Polizeipräsidium“ einen von 20,3 Prozent (23 gegen 90) und in der Untersektion „Staatspolizei“ gar einen von 46,2 Prozent (31 gegen 36).⁷⁴

Die bürgerliche Presse geriet darob in helle Empörung und griff vor allem Helmer heftig an. Tenor: Jetzt sei er seit sechs Jahren Innenminister, aber noch immer tummeln sich so viele Kommunisten in der Wiener Polizei herum. Sich rechtfertigend, verwies Helmer in einer Erklärung darauf, dass der größte Teil der 1945 in die Polizei aufgenommenen Kommunisten „bereits ausgeschieden werden konnte“⁷⁵ (was nur für frühere Angehörige des Polizeilichen Hilfsdienstes galt), aber ein „nicht unbedeutender Teil“ in ein festes Dienstverhältnis übernommen worden und daher durch das bestehende Dienstrecht geschützt sei. Zur Beschwichtigung der Kritiker fügte Helmer hinzu, dass sicherlich nicht alle, die für die *Gewerkschaftliche Einheit* stimmten, Kommunisten seien, und dass zum Wahlergebnis die „finanziell schlechte Stellung der Wachebeamten“ (!) beigetragen habe.⁷⁶

Das Wahlresultat kam – wohlgemerkt – ein halbes Jahr *nach* den Streikunruhen des September/Oktober 1950 zustande, in deren Gefolge man kommunistische Polizeigewerkschafter wie Fels-Margulies, Steiner, Kouril u.a. aus dem ÖGB ausschloss. (Später wurden sie wieder aufgenommen.)

Auch danach, bis weit in die 1970er Jahre hinein, blieb die Gewerkschaftsarbeit eines der Hauptbetätigungsfelder der Polizeikommunisten. Sie gaben dazu seit 1952 ein eigenes Organ mit dem Titel *Der demokratische Polizeibeamte* heraus,



Moritz Fels-Margulies (1910–1964), 1945/46 Leiter des Kulturreferats der Polizeidirektion Wien.

das bis zum 26. Jahrgang 1978 existierte.⁷⁷ Bei Personalvertretungswahlen bekamen wegen ihres großen Einsatzes für die Gehalts- und Dienstrechtsinteressen kommunistische Sicherheitswachebeamte wie Adolf Jarolim, Leopold Bud-schedl und Leopold Hauber, Kriminalbeamte wie Johann Kouril, Ludwig Schuster und Rudolf Steiner sowie die in der Verwaltung tätigen Kommunisten Johann Höllisch und Karl Szukop noch viele Jahre nach dem Staatsvertrag das Vertrauen ihrer Kollegen ausgesprochen.⁷⁸

Auf dem Höhepunkt der Konfrontation

Wir sind auf die Gewerkschaftsaktivitäten auch aus dem Grund eingegangen, weil sie beim Streik 1950 eine große Rolle spielten. Wie alle Beamten hatten auch die Polizeikommunisten bei ihrem Dienstantritt das Gelöbnis abzulegen gehabt, „der demokratischen Republik Österreich treu und gehorsam zu sein“, deren „Gesetze unverbrüchlich zu beobachten“ und den „dienstlichen Anordnungen der Vorgesetzten Gehorsam zu leisten“. Diese Treuepflicht geriet in den September-Oktober Tagen 1950 unvermeidlich in Widerspruch zur politischen Gesinnung und Parteinahme für die Ziele der streikenden Arbeiterschaft und oben-drein noch in Widerspruch zu dem von der ÖGB-Führung über die Ausstandsbewegung verhängten Verdikt als „gewerkschaftlich nicht gebilligt“ und „wild“.

Als eine Delegation kommunistischer Polizeigewerkschafter am 30. September 1950 bei der Betriebsrätekonferenz in Floridsdorf erschien, nahm das die Poli-



Rudolf Hautmann (1907–1970) in der Polizeiratsuniform (1968)

zeidirektion zum Anlass, gegen sie Disziplinarverfahren einzuleiten mit der Begründung, dass ihnen „bekannt sein musste, dass es sich bei dieser Konferenz um eine gegen die Regierung gerichtete Aktion handelte“.⁷⁹ Weiteres Öl ins Feuer goss der von der Betriebsrätekonferenz an die Beamten der Polizei und Gendarmerie gerichtete Aufruf, in dem es hieß: „Lasst euch unter keinen Umständen gegen die Arbeiter und Angestellten missbrauchen. In diesen Tagen kämpft die österreichische Arbeiterschaft und mit ihr das ganze werktätige Volk gegen den Preistreiberpakt, der auch euch eine Verschlechterung der Lebenslage bringen soll [...]. Lasst euch nicht gegen die Arbeiter und Angestellten missbrauchen; sie kämpfen gegen ein hinter dem Rücken des Volkes ausgehandeltes Abkommen, das auch euren Familien das Leben unerträglich machen würde. Wenn man euch gegen Streiks und Demonstrationen, die notwendig werden können, um den Pakt zu Fall zu bringen, einsetzen will, so antwortet, dass eure Aufgabe in einem demokratischen Staat darin besteht, die Sicherheit gegenüber dem kriminellen Verbrechertum zu schützen und nicht darin, das Volk niederzuknüppeln.“⁸⁰

An der Floridsdorfer Betriebsrätekonferenz hatten der Leiter des Kommissa-

riats Innere Stadt, Kurt Armand Frisch, der Polizeirat Moritz Fels-Margulies, die Polizeioberkommissäre der Staatspolizei Hans Marsalek und Kurt Hacker, die Kriminalbeamten Johann Kouril und Rudolf Steiner sowie weitere sechs kommunistische Kriminalbeamte teilgenommen.⁸¹ Gegen sie fanden Verfahren vor der Disziplinarkommission der Polizeidirektion Wien statt, die aber großteils und peinlicherweise nicht so endeten, wie man es erwartet hatte.

Im Erkenntnis gegen den Kriminalbeamten Franz Schuh wurde angeführt: „Es erscheint durchaus begreiflich, dass Krb. Schuh als Vertrauensmann der seiner Fraktion angehörigen Gewerkschaftsmitglieder der Abteilung I an der Betriebsrätekonferenz in der Floridsdorfer Lokomotivfabrik interessiert war und diese daher besuchen wollte, wozu ihm als Vertrauensmann *eine gewisse Berechtigung nicht abgesprochen werden kann*, zumal er an diesem Tage dienstfrei war und über seine Freizeit verfügen konnte.“⁸² Und im Erkenntnis gegen den Kriminalrevierinspektor Johann Kouril hieß es: „Da es sich hierbei (bei der Floridsdorfer Betriebsrätekonferenz, H.H.) jedoch um *eine von der Behörde nicht untersagte Versammlung gehandelt hat*, konnte der Senat in der Teilnahme an einer solchen kein den Bestimmungen der Dienstpragmatik zuwiderlaufendes Verhalten erblicken und dies im gegenständlichen Fall umso weniger, als der zur damaligen Zeit noch offiziell als Vorsitzender der Gewerkschaft der öffentlich Angestellten fungierende Beschuldigte *zugestandenmaßen berechtigterweise annehmen konnte*, durch die Teilnahme daran *gewerkschaftliche Pflichten, zu deren Erfüllung er vom Dienste freigestellt war, zu besorgen*.“⁸³

In beiden Fällen erfolgte ein *Freispruch*, was nur so erklärt werden kann, dass die geschulten Polizeijuristen der Disziplinarkommission die Propaganda-

behauptung von der „Illegalität“ der Betriebsrätekonferenz und generell vom „kommunistischen Putschversuch“ nicht teilten.

Man behalf sich deshalb mit Sanktionen anderer Art: Kurt Armand Frisch wurde seines Postens als Leiter des Kommissariats Innere Stadt enthoben (was hier unter den besonderen Bedingungen der gemeinsamen Viermächteverwaltung möglich war) und dem Verkehrsamt zugewiesen, Marsalek und Hacker von der Staatspolizei in die Bezirkskommissariate Alsergrund und Innere Stadt versetzt.⁸⁴

Am schärfsten spitzten sich aber in den Streiktagen 1950 die Gegensätze zwischen der Polizeidirektion und den kommunistischen Polizeileitern der sowjetischen Zonenbezirke zu. Anordnungen des Polizeipräsidenten wurde keine Folge geleistet, wenn man der Meinung war, dass sie Rechte der russischen Bezirkskommandanturen beeinträchtigten; nichtkommunistische Kriminalbeamte, die von der Polizeidirektion mit Erhebungen im Zusammenhang mit den Streikunruhen beauftragt worden waren, setzte man außer Dienst und nahm ihnen Amtszeichen und Waffen ab; für die Streikenden wurde in den Kommissariaten mit Wissen der Leiter Geld gesammelt und auf die nichtkommunistischen Polizeibeamten Druck ausgeübt, sich an den Spenden zu beteiligen.⁸⁵

Das Innenministerium verfügte daraufhin am 1. November 1950 „wegen fortgesetzter Gehorsamsverweigerung“ über die Bezirkspolizeileiter Josef Csarman (Leopoldstadt), Max Goldberger (Wieden), Otto Spitz (Brigittenau), Johann Hertl (Floridsdorf) und Peter Hofer (Liesing) die Außerdienststellung.⁸⁶ Merkwürdigerweise waren das nicht alle: Vinzenz Seiser (Favoriten), Alois Hladecek (Ottakring), Ludwig Gruber (Donaustadt) und Johann Neumayr (Mödling) blieben ausgenommen.

Nun schritt die sowjetische Besatzungsmacht ein. Der Stadtkommandant, Oberst Pankratow, erteilte Holaubek den Auftrag, die Dienstenthebungen der Polizeileiter nicht durchzuführen und die disziplinären Maßnahmen gegen sie sowie die in Untersuchung gezogenen Kriminalbeamten einzustellen.⁸⁷ Dem musste man sich beugen: die vom Dienst suspendierten kommunistischen Bezirkspolizeileiter und Kriminalbeamten blieben weiterhin im Amt, die Disziplinarverfahren wurden eingestellt. Als (real ganz wirkungslose) Trotzreaktion tat die Bundesregierung so, als ob die Kommissariatsleiter für sie nicht mehr vorhanden

wären und ließ ihre Namen aus den Österreichischen Amtskalendern der Jahrgänge 1951 und danach löschen.

Betrachtet man die Streikunruhen von 1950, soweit sie Wien betrafen, insgesamt, so muss festgestellt werden, dass die Besatzer, egal ob Russen oder Amerikaner, Briten und Franzosen, große Zurückhaltung übten, nicht eingriffen und die Vorgänge als „innerösterreichische Angelegenheit“ betrachteten. Offenbar waren sie der Ansicht, dass der von der Bundesregierung an die Wand gemalte drohende Umsturz nicht bevorstand. Erst als mit dem Vorgehen gegen die kommunistischen Kommissariatsleiter das russische Element die aus dem Kontrollabkommen resultierenden Befugnisse in seinen Zonenbezirken gefährdet und verletzt sah, wurde Klartext geredet und die Bundesregierung, Innenminister Helmer und Polizeipräsident Holaubek in die Schranken gewiesen.

An dieser Stelle ist es nötig, die Haltung Holaubeks zu charakterisieren. Bei aller Treue zur politischen Linie seiner Partei erkannte er nüchtern die Grenzen, die dem Handlungsspielraum der Wiener Polizeidirektion durch das Besatzungsstatut auferlegt waren, und trat, im Unterschied zu Helmer, gegenüber den Polizeikommunisten nicht als der große Scharfmacher hervor, weder vor, noch in, noch nach den Ereignissen von 1950. Dies fiel sofort auf, und der *ÖVP-Pressedienst* vom 10. Oktober 1950 attackierte ihn, dass er „die eindeutigen Befehle seiner Vorgesetzten, insbesondere des Innenministers Helmer, wohl nicht zu umgehen, aber immerhin zu verwässern versucht“ habe und „sichtlich bemüht sei, keine Auseinandersetzung mit den Kommunisten heraufzubeschwören“.⁸⁸

Der Vorwurf war zwar übertrieben, insofern aber die Realität widerspiegelnd, als Holaubek trotz der politischen Gegensätze die Gesprächsbasis mit den Polizeikommunisten nicht abreißen ließ und auf diese Weise, durch Kompromisse, die bis 1955 ohnehin absolut notwendig waren, unter außergewöhnlichen Zeitumständen sicherlich bessere Ergebnisse für das Funktionieren der Wiener Polizeiverwaltung erzielte als bei einem anderen Vorgehen. Es war eben nicht so, dass die kommunistischen Polizeiangehörigen andauernd nur an Ungehorsam dachten. Sie waren in ihrer überwiegenden Mehrheit loyale Beamte, erfüllten ihre Dienstpflichten, leiteten in der Regel sehr gut ihre Ämter und klärten z.B. als Kriminalbeamte viele Verbrechen auf, wofür sie Belobigungen und finanzielle



Kommunistische Polizeibeamte am Mai-Aufmarsch der KPÖ im Jahr 1955.

1. Reihe von links nach rechts: Josef Csarmann, Rudolf Hautmann, Ludwig Schuster, Peter Hofer und Moritz Fels-Margulies.

Gratifikationen erhielten.⁸⁹ Diese Seite ihrer Tätigkeit darf bei dem, was 1950 geschah und im Geschichtsbild über sie im Zeichen des Vorwurfs als „Mitmacher beim Putschversuch“ dominiert, nicht vergessen werden – und auch Holaubek hat sie in seinem Verhalten ihnen gegenüber immer mit in Rechnung gestellt.

Der Staatsvertrag und seine Folgen

Die Periode von 1950 bis 1955 war durch zwei widersprüchliche Entwicklungen gekennzeichnet: einerseits durch eine sichtliche Beruhigung des gespannten Verhältnisses zwischen Polizeidirektion und Polizeikommunisten, andererseits durch ämterorganisatorische Rationalisierungsmaßnahmen Holaubeks, mit deren Hilfe es gelang, die Beseitigung der beiden letzten kommunistischen Bastionen im Polizeipräsidium auf relativ geräuschlose Art über die Bühne zu bringen.

Im September 1953 trat der neue Organisationsplan in Kraft, der nur mehr einen Polizeivizepräsidentenposten statt bisher zwei festlegte.⁹⁰ Dem zum Opfer fiel Othmar Strobel, zu dem Zeitpunkt bereits ein schwer kranker Mann, der die Funktion nur mehr sporadisch ausüben konnte. Der Protest der KPÖ, dessen Zentralkomitee Strobel angehörte, hielt sich deshalb in Grenzen, und die sowjetische Seite reagierte darauf überhaupt nicht.

Mit der zweiten Maßnahme, der Verringerung der Abteilungen von vier auf drei durch erneute Zusammenlegung der Evidenz- mit der Administrativ-Polizeilichen Abteilung, deren Leitung der Wirkliche

Hofrat Dr. Johann Hornegg übernahm, musste Rudolf Hautmann das Feld räumen. Er fungierte seit 16. September 1953 nur mehr als Stellvertreter Horneggs – auch hier blieben Proteste aus.

Wie Holaubek dennoch seiner Wertschätzung für die Leistungen eines Polizeikommunisten Ausdruck geben konnte, verdeutlicht das Schreiben, das er aus diesem Anlass an „den sehr geehrten Herrn Polizeirat“ Hautmann richtete. Es hieß darin: „Sie haben seit Juli 1945 die Abteilung III der Bundes-Polizeidirektion Wien in vorbildlicher Weise geleitet und wesentlichen Anteil an ihrem Aufbau und ihrem klaglosen Funktionieren genommen. Anlässlich Ihres durch die Auflösung der Abteilung bedingten Scheidens von dieser Stelle spreche ich Ihnen für die geleistete Arbeit meine vollste Anerkennung und meinen aufrichtigsten Dank aus.“⁹¹

Auch bei den kommunistischen Bezirkspolizeileitern traten ab 1953 Veränderungen ein, die Ausdruck einer neuen, konzilianteren Haltung der sowjetischen Besatzungsmacht gegenüber der Polizeidirektion waren. Die Kommandantur willigte im Juni 1953 ein, dass Max Goldberger (Wieden) und Otto Spitz (Brigittenau) durch die Polizeioberkommissäre Dr. Gerhard Paul Herrnstadt und Ferdinand Berger ersetzt wurden, die „obwohl Kommunisten, als loyale Beamte gelten, die Weisungen ihrer vorgesetzten Dienststelle befolgen“.⁹² Die kommunistische *Volksstimme* strich die beiden Ernennungen mit Genugtuung heraus und bezeichnete sie, etwas über-



Kommunistische Polizeibeamte am Mai-Aufmarsch der KPÖ im Jahr 1958. Transparentträger links Benno Stier, rechts Hans Balogh; in der 1. Reihe von links: Rudolf Steiner, Ludwig Schuster, Rudolf Hautmann und Leopold Hauber, in der 2. Reihe von links: Gerhard Paul Herrnstadt, daneben Ferdinand Berger.

zogen, als Zeichen dafür, dass „nun auch fortschrittliche Polizeileiter von Helmer akzeptiert werden“.⁹³

Unter die Rubrik „Entspannung“ fiel weiters die Berufung von Polizeirat Dr. Moritz Fels-Margulies auf den Leitungsposten des Kommissariats Floridsdorf anstelle von Johann Hertl am 3. Februar 1954, denn seiner Person hatte man wegen des gewerkschaftlichen Engagements in den September-Oktober Tagen 1950 bis dahin starke Aversionen entgegengebracht.⁹⁴ Zuletzt bereitete Holoaupek Rudolf Hautmann, zu dem er stets ein gutes persönliches Verhältnis hatte, eine Art Wiedergutmachung, indem er ihn am 9. Dezember 1954 zum Stadthauptmann des Kommissariats Favoriten bestellte.⁹⁵

Mit der Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages am 15. Mai 1955, in dem der Abzug der Besatzungsmächte bis 25. Oktober festgelegt wurde, stand fest, dass die Polizeikommunisten nun auch ihre letzten Machtpositionen, die der Bezirkskommissariatsleiter, räumen mussten. Der Rundumschlag der Enthebungen erfolgte in den Augusttagen 1955. Ludwig Gruber (Donaustadt) wurde zum Verkehrsamt, Gerhard Paul Herrnstadt (Wieden) in das Sicherheitsbüro, Ferdinand Berger (Brigittenau) zum Kommissariat Innere Stadt, Peter Hofer (Liesing) zum Korrespondenzbüro, Moritz Fels-Margulies (Floridsdorf) zum Verkehrsamt und Rudolf Hautmann (Favoriten) zum Passamt versetzt.⁹⁶ Josef Csarman (Leopoldstadt), der kein Beamter, sondern Vertrags-

bediensteter war, schied freiwillig aus dem Polizeidienst aus, Alois Hladecek (Ottakring) war schon 1954 in das Sicherheitsbüro versetzt worden, und Johann Neumayr (Mödling) gehörte der Polizeidirektion Wien seit 1954, als die Rückgliederung dieses Bezirks an Niederösterreich vollzogen wurde, ohnehin nicht mehr an.

Die gewesenen Kommissariatsleiter Berger, Fels-Margulies, Gruber, Hautmann, Herrnstadt und Hofer ließen die Enthebung nicht stumm über sich ergehen, sondern legten, vertreten durch den kommunistischen Rechtsanwalt Dr. Kurt Regner, Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof ein. Die Begründung lautete, dass die Enthebung „ausschließlich deshalb getroffen worden sei, weil sie Mitglieder der Kommunistischen Partei Österreichs seien und irgendwelche sachlichen Gründe, die ihre Entfernung vom bisherigen Posten rechtfertigen würden, nicht vorliegen“. Damit seien sie „im dem Rechte der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz und in dem Rechte der öffentlichen Angestellten auf ungeschmälerte Ausübung ihrer politischen Rechte verletzt worden.“⁹⁷

Der Verfassungsgerichtshof unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Dr. Zigeuner wies die Beschwerde am 14. Oktober 1955 zurück und führte aus, dass ihnen, weil sie Beamte seien, „bloß ein Dienstbefehl erteilt wurde, dem sie sich, weil ihnen die Unversetzbarkeit durch keine gesetzliche Norm gewährleistet ist, kraft der mit der Anstellung übernommenen

Pflichten fügen müssen“. Die Versetzung bedeute außerdem keine dienststrangmäßige Veränderung, sondern „lediglich die Zuweisung eines anderen Arbeitsplatzes, die mit einer dienstrechtlichen Beeinträchtigung nicht verbunden ist“.⁹⁸

Das war eine formaljuristisch sicherlich richtige Interpretation. In der beruflichen Realität bestand aber zwischen der bisherigen Leitungsposition als Vorgesetzter von Polizeibeamten und der nunmehrigen untergeordneten Stellung ein großer Unterschied. Einige Amtsleiter, denen sie jetzt als Konzeptsbeamte zugeteilt waren, ließen ihren politischen Rachegefühlen freien Lauf und behandelten sie in bisweilen erniedrigender Weise, indem sie ihnen aus Bosheit schlechte Dienstbeurteilungen wie „befriedigend“ oder gar „minder entsprechend“ ausstellten. (Schon ein „gut“ galt im Beamtenleben als höchst unerfreuliche Abqualifikation.) Andere Vorgesetzte hingegen nahmen von Schikanen Abstand, verhielten sich korrekt und schätzten die polizeilichen Fähigkeiten, die sie sich im Lauf der Jahre erworben hatten.

Mit den Versetzungen, die auch bei den meisten anderen Polizeikommunisten im Sommer/Herbst 1955 einander förmlich jagten, war die Gefahr, die aus der Sicht Helmers – und der Herrschenden in Österreich überhaupt – wegen ihrer Präsenz in der Exekutive an leitenden Stellen bestand, endgültig gebannt. Der Umgang mit ihnen, die nun allesamt Untergebene ihrer Dienstleiter waren, normalisierte sich und nahm oft sogar kollegiale Formen an.

Im Sommer 1955 geschahen aber auch noch andere Dinge, die mit den Beziehungen zusammenhingen, die einige Polizeikommunisten zum Geheimdienst der sowjetischen Besatzungsmacht gepflogen hatten und die sich im fluchtartigen Verlassen Österreichs Richtung DDR äußerten. Das war bei den Gebrüdern Albert und Egon Schlesinger, bei Max Goldberger und bei dem Kriminalbeamten Georg Winterer der Fall. Darauf und auf die sehr wichtigen Aktivitäten der kommunistisch dominierten *Kulturvereinigung der Polizeibediensteten* kann hier mangels Platz nicht mehr eingegangen werden. Der Verfasser beabsichtigt aber, diese Themen in späteren Ausgaben der *Mitteilungen* zu behandeln.

Ende und Resümee

An der Gesamtzahl der Polizeikommunisten änderten die Enthebungen und Versetzungen im Gefolge des Staatsvertrages vorerst kaum etwas. Laut einer

Meldung der *Arbeiter-Zeitung* waren im Sommer 1955 noch etwa zehn Prozent der rechtskundigen Konzeptsbeamten, zehn Prozent der Sicherheitswachebeamten und 20 Prozent der Kriminalbeamten Mitglieder der KPÖ.⁹⁹ Den deutlichsten Beleg dafür lieferte Jahr für Jahr die Demonstration der KPÖ am 1. Mai auf der Wiener Ringstraße, bei der traditionell am Ende des Zuges ein starker Block hinter dem Transparent „Fort-schrittliche Polizeibeamte“ bzw. „Parteiorganisation Polizei“ aufmarschierte.

Erst in den 1960er und 1970er Jahren ging die Zahl durch Pensionierungen und Tod allmählich zurück. 1964 starb Moritz Fels-Margulies, 1970 Rudolf Hautmann, die beide die anerkannten Führungspersönlichkeiten der Polizeikommunisten gewesen waren. Während die Ungarn-Ereignisse 1956 nur zu einigen wenigen Parteiaustritten führten, vermehrte sich diese Form der Abkehr in Reaktion auf die Haltung der KPÖ zu den Ereignissen in der Tschechoslowakei 1968 und danach. Insgesamt aber zeigten die Polizeikommunisten eine bemerkenswerte Parteitreu.

Die Gewissheit der Polizeidirektion, dass die Unerbittlichkeit der Zeit und des Alterns die Zahl der Kommunisten, die fast alle 1945 in den Polizeidienst eingetreten waren, verringern musste, schlug sich in einem erträglichen und ruhigen Modus Vivendi der Beziehungen und in längst fälligen Beförderungen in höhere Dienstränge (zumeist kurz vor dem Eintritt in den Ruhestand) nieder. In den 1980er Jahren endete mit dem Ausscheiden der letzten kommunistischen Polizeibeamten ein Kapitel der Zweiten Republik, das eine einzigartige Besonderheit darstellt.

Österreich ist 1945 mit seiner Unabhängigkeitserklärung auf dem Boden des antifaschistischen Grundkonsenses wiedererstanden. Die Wiener Polizei war der *einzige* Bereich der gesamten staatlichen Verwaltung und des öffentlichen Dienstes, in dem nach 1945 in unserem Land der wirkliche Anteil der KommunistInnen am Kampf gegen die Hitlerdiktatur und für die Wiederherstellung eines unabhängigen, demokratischen Österreich angemessen zum Ausdruck kam. Die starke Vertretung von KPÖ-Angehörigen unter den Beamten der Wiener Polizeidirektion war daher in jeder Hinsicht gerechtfertigt.

Anmerkungen:

1/ Oskar Helmer, 50 Jahre erlebte Geschichte, Wien 1957.

2/ Adolf Schärf, April 1945 in Wien, Wien 1948; Zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Österreichs Einigung und Wiederaufrichtung im Jahre 1945, Wien 1950; Österreichs Erneuerung 1945–1955. Das erste Jahrzehnt der Zweiten Republik, Wien 1955; Erinnerungen aus meinem Leben, Wien 1963.

3/ Richard Hiscocks, The Rebirth of Austria, London 1953; deutsche Ausgabe: Österreichs Wiedergeburt, Wien 1954; William Lloyd Stearman, Die Sowjetunion und Österreich 1945–1955. Ein Beispiel für die Sowjetpolitik gegenüber dem Westen, Bonn–Wien–Zürich 1962; William B. Bader, Austria between East and West 1945–1955, Stanford 1966; ähnlich auch das Buch von Sven Allard, Diplomat in Wien. Erlebnisse, Begegnungen und Gedanken um den österreichischen Staatsvertrag, Köln 1965.

4/ Ulrike Wetz, Geschichte der Wiener Polizeidirektion vom Jahre 1945 bis zum Jahre 1955 mit Berücksichtigung der Zeit vor 1945, phil. Diss., Wien 1971; Gerald Theimer, Die Wiener Staatspolizei in den Jahren 1945–1947, phil. Diss., Wien 1995.

5/ Hans Hautmann, 30 Jahre nach der Befreiung – Der Wiederaufbau der Wiener Polizei, in: *Weg und Ziel*, Wien, Jg. 1975, Nr. 4; Hans Hautmann, Der Polizeiliche Hilfsdienst für die Kommandantur der Stadt Wien im Jahr 1945, in: *Quellen & Studien 2000. Die Alfred Klahr Gesellschaft und ihr Archiv. Beiträge zur österreichischen Geschichte des 20. Jahrhunderts*, Wien 2000; Manfred Mugrauer, Die Politik der KPÖ in der Provisorischen Regierung Renner, Innsbruck–Wien–Bozen 2006.

6/ *Österreichische Volksstimme*, 20.11.1945, S. 2.

7/ Statistiken für den 13. Parteitag der KPÖ 1946, Zentrales Parteiarhiv der KPÖ (ZPA).

8/ Josef Holabek, Der schwierige Personalaufbau in der Wiener Polizei, in: *Öffentliche Sicherheit*, Wien, 19. Jg., Nr. 4, April 1954, S. 2.

9/ Valentin Strecha, Widerstand für Österreich = Biographische Texte zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, Band 1, Wien 1988, S. 171.

10/ Folgende Jahrgänge der Personal-Standesverzeichnisse der Bundespolizeidirektion Wien wurden eingesehen: Für den Verwaltungsbereich 1949, 1950, 1952, 1954, 1958, 1959, 1961, 1962, 1963, 1965, 1970 und 1976; für die Kriminalbeamten 1950, 1951, 1954, 1955, 1958, 1959, 1961, 1965, 1969 und 1976; für die leitenden und dienstführenden Sicherheitswachebeamten 1955 und 1968. Personal-Standesverzeichnisse für die Jahre 1945 bis 1948 existieren nicht. Sie enthalten selbstverständlich keine Angaben über die Parteizugehörigkeit und nur in den ersten Jahrgängen Angaben zu den Dienststellen, denen die Beamten zugeteilt waren.

11/ 80 Jahre Wiener Sicherheitswache. Herausgegeben von der Bundespolizeidirektion Wien, Wien 1949, S. 122f. und 134.

12/ Wilfried Aichinger, Sowjetische Österreichpolitik 1943–1945, phil. Diss., Wien 1977, S. 136.

13/ Schreiben von Franz Honner an Polizeichef Rudolf Hautmann vom 7.5.1945, Nachlass Rudolf Hautmann, im Besitz des Verfassers.

14/ Liste der in Aussicht genommenen Fachkräfte und Ressortleiter der Polizei vom 26.4.1945, NL Hautmann.

15/ Gesetz vom 22. August 1945 zur Wiederherstellung des österreichischen Beamtentums (Beamten-Überleitungsgesetz), Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich (StGBI.), Jg. 1945, Nr. 134, verlaublich am 30. August 1945.

16/ Ebd. § 6, Absatz 1.

17/ Friedl Fűrberg, Österreichische Freiheitsbataillone – Österreichische Nation, Wien 1975, S. 29; Willibald Ingo Holzer, Die österreichischen Bataillone im Verbands der NOV i POJ. Die Kampfgruppe Avantgarde/Steiermark. Die Partisanengruppe Leoben-Donawitz, phil. Diss., Wien 1971.

18/ Hautmann, Der Polizeiliche Hilfsdienst, a.a.O., S. 281.

19/ Zu seiner Biographie siehe: ebd., S. 278f. und [http://de.wikipedia.org/wiki/Rudolf_Hautmann_\(senior\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Rudolf_Hautmann_(senior)) [1.4.2012].

20/ Zehn Jahre Bundes-Polizeidirektion Wien in der Zweiten Republik, in: *Öffentliche Sicherheit*, 20. Jg., Nr. 7, Juli 1955, S. 2.

21/ NL Hautmann, Dokumente 1, 6, 15.

22/ Anweisung Hautmanns Nr. 12 vom 7.5.1945 an die Bezirkspolizeichefs der Bezirke 1–26, NL Hautmann.

23/ Protokoll über die Sitzung vom 20.4.1945, NL Hautmann. Dieses Protokoll sowie weitere 25 Dokumente aus dem Nachlass sind abgedruckt bei: Hautmann, Der Polizeiliche Hilfsdienst, a.a.O., S. 299–346.

24/ Ebd.

25/ Anweisung Hautmanns Nr. 2 vom 25.4.1945 an die Polizeichefs der Bezirke 1–21, NL Hautmann.

26/ Bericht über die Arbeit der Polizeiabteilung Burg an Polizeichef Hautmann, o.D. [Anfang Mai 1945], NL Hautmann.

27/ Wetz, a.a.O., S. 188.

28/ Anweisung Hautmanns Nr. 3 vom 25.4.1945 an die Polizeichefs der Bezirke 1–21, NL Hautmann.

29/ Bericht „Bisherige Maßnahmen gegen Nationalsozialisten“ und Bericht des Polizeilichen Hilfsdienstes, Ende Mai 1945, NL Hautmann. Siehe dazu auch den Projektbericht „Die Rolle der österreichischen Sicherheitsverwaltung bei der Wiederherstellung eines demokratischen und unabhängigen Staates nach 1945“ von Winfried R. Garscha und Claudia Kuretsidis-Haider, Wien, Dezember 2000, darin die Ausführungen zum „Beitrag der Sicherheitsexekutive zur Ahndung von NS-Gewaltverbrechen in den Jahren 1945 bis 1948“. Der Projektbericht liegt im Dokumentationsarchiv des österreichi-

schen Widerstandes in Wien auf.

30/ Anweisung Hautmanns Nr. 27 vom 4.6.1945 an die Polizeichefs der Bezirke 1–26, NL Hautmann.

31/ Hautmann, Der Polizeiliche Hilfsdienst, a.a.O., S. 320.

32/ 80 Jahre Wiener Sicherheitswache, a.a.O., S. 148.

33/ Verordnung über die Zahlung von Gehaltsvorschüssen vom 16.5.1945, NL Hautmann.

34/ Unabhängigkeitserklärung („Proklamation über die Selbstständigkeit Österreichs“) vom 27. April 1945, StGBI. 1945, Nr. 1.

35/ StGBI. 1945, Nr. 4. Das Gesetz wurde auf den 1. Mai 1945 zurückdatiert, aber am 13. Mai von der Regierung beschlossen und verkündet.

36/ Siehe das Faksimile der Kundmachung in: Günther Bögl/Harald Seyrl, Die Wiener Polizei im Spiegel der Zeiten. Eine Chronik in Bildern, Wien 1993², S. 216.

37/ Schärff, Österreichs Erneuerung, a.a.O., S. 146.

38/ Protokolle des Kabinettsrates der Provisorischen Regierung Karl Renner 1945. Band 1 (29. April 1945 bis 10. Juli 1945), hg. von Gertrude Enderle-Burcel, Rudolf Jerabek und Leopold Kammerhofer, Horn-Wien 1995, S. 125f.

39/ Wetz, a.a.O., S. 359f.

40/ Ersichtlich ist die Zahl der Ämter aus einem Organisationsschema der Polizeidirektion Wien des Jahres 1946, das sich im ZPA der KPÖ befindet.

41/ Neues Österreich, 13.6.1945.

42/ Die Zahlenangaben finden sich bei: Holoubek, a.a.O., S. 1.

43/ Wetz, a.a.O., S. 360.

44/ Theimer, a.a.O., S. 47.

45/ Heinrich Dürmayer, Bericht über die Entstehung, Entwicklung und Tätigkeit der staatspolizeilichen Abteilung vom April bis 31. Dezember 1945 (Jahresbericht 1945), S. 2, ZPA. Der Bericht umfasst 20 maschineschriebene Seiten und ist in seinem Informationsgehalt von seltener Güte.

46/ Heinrich Dürmayer, Jahresbericht 1. Jänner 1946 – 31. Dezember 1946 (Jahresbericht 1946), S. 1, ZPA. Der Bericht umfasst 22 hektographierte Seiten.

47/ Amtsblatt der Polizeidirektion Wien. Nur für den inneren Dienstbetrieb, 1. Jg., Nr. 1, 21.8.1945, S. 4.

48/ Jahresbericht 1945, a.a.O., S. 7.

49/ Organisationsschema der Polizeidirektion Wien – Abteilung I, o.D. [1946], ZPA.

50/ Jahresbericht 1946, a.a.O., S. 6.

51/ Jahresbericht 1945, a.a.O., S. 16.

52/ Theimer, a.a.O., S. 85.

53/ Jahresbericht 1946, a.a.O., S. 7.

54/ Jahresbericht 1945, a.a.O., S. 3.

55/ Ebd., S. 6.

56/ Ebd., S. 7.

57/ Bericht Dürmayers an die Polizeidirektion Wien vom 29.11.1945, S. 1, ZPA.

58/ Siehe dazu: Wilhelm Svoboda, Die Partei, die Republik und der Mann mit den vielen Gesichtern. Oskar Helmer und Österreich II. Eine Korrektur, Wien 1993.

59/ Wetz, a.a.O., S. 381.

60/ Neues Österreich, Österreichische Volksstimme, Arbeiter-Zeitung und Wiener Tageszeitung, 7.1.1948.

61/ Helmer, a.a.O., S. 237.

62/ Anlage zu einem Schreiben Dürmayers an den Generalsekretär der kommunistischen Fraktion der Staatsangestellten Karl Ithaler vom 23. Jänner 1953 mit einem Bericht über die Ausführungen des Rechtsvertreters von Klausner, Dr. Rudolf Skrein, vor dem Verwaltungsgerichtshof, ZPA, Sammlung „Kulturvereinigung der Polizeibediensteten“.

63/ Abgedruckt ist das 2. Kontrollabkommen bei Manfred Rauchensteiner, Der Sonderfall. Die Besatzungszeit in Österreich 1945 bis 1955, Graz-Wien-Köln, S. 344–349.

64/ Zu den damaligen personellen Ämterbesetzungen der Polizeidirektion Wien siehe: Österreichische Behörden. Nach dem Stande vom 1. Jänner 1948, Wien 1948, S. 310ff.; Österreichischer Amtskalender, Jahrgänge 1949 bis 1955 unter Wien – Sicherheitswesen.

65/ Der Titel „Stadthauptmann“ kam nur jenen Kommissariatsleitern zu, die einen hohen Beamtenrang hatten, und zwar vom Polizeirat aufwärts.

66/ Die Daten sind den Personal-Standesverzeichnissen der Polizeidirektion Wien, den Österreichischen Amtskalendern und den Personenordnern des Schnittarchivs der „(Österreichischen) Volksstimme“ im ZPA der KPÖ entnommen. Für einige Personen können keine genauen, sondern nur vermutete Zeitangaben ihrer Amtstätigkeit gemacht werden, weil die beiden ersten Quellen für die Jahre 1945 bis 1948 fehlen.

67/ Schreiben Holoubeks vom 9.12.1954 an das Bundesministerium für Inneres, Personalakt Rudolf Hautmann, Archiv der Bundespolizeidirektion Wien.

68/ Wetz, a.a.O., Kapitel „Einmischung der Besatzungsmächte in den polizeilichen Dienstbetrieb und Beschränkung der polizeilichen Befugnisse“, S. 499ff.

69/ Resolution vom 15.10.1946, ZPA, Sammlung.

70/ Ebd.

71/ Flugblatt der Liste der Gewerkschaftlichen Einheit vom Februar 1951, ZPA, Sammlung.

72/ Ebd.

73/ Flugblatt „Kolleginnen und Kollegen“ der Gewerkschaftlichen Einheit, Anfang März 1951, ZPA, Sammlung.

74/ Der öffentliche Bedienstete, Wien, Jg. 1951, Nr. 4; Wiener Zeitung und Neue Wiener Tageszeitung, 9.3.1951.

75/ Arbeiter-Zeitung, 10.3.1951.

76/ Ebd.; ähnlich auch Die Presse, 10.3.1951 und Neues Österreich, 27.4.1951.



77/ Exemplare der Zeitschrift befinden sich im ZPA der KPÖ.

78/ Schnittarchiv der „Volksstimme“ im ZPA.

79/ Spruch des Verfassungsgerichtshofes vom 29.3.1952 in der Causa Johann Kouril, ZPA, Sammlung.

80/ Abgedruckt bei: Fritz Klenner, Putschversuch – oder nicht? Ein Tatsachenbericht über das 4. Preis- und Lohnabkommen, Wien o.J. [1951], S. 51.

81/ Wetz, a.a.O., S. 396 und 402.

82/ Erkenntnis der Disziplinarkommission der Bundes-Polizeidirektion Wien in der Causa Franz Schuh vom 28.11.1950, ZPA, Sammlung, Hervorhebung H.H.

83/ Erkenntnis der Disziplinarkommission der Bundes-Polizeidirektion Wien in der Causa Johann Kouril vom 29.11.1950, ZPA, Sammlung, Hervorhebungen H.H.

84/ Wetz, a.a.O., S. 401 und 403.

85/ Ebd., S. 398.

86/ Ebd., S. 401.

87/ Wiener Zeitung, 12.11.1950; Wiener Kurier, 20.11.1950; Die Presse, 24.11.1950.

88/ ÖVP-Pressedienst, 10.10.1950, S. 3, ZPA, Sammlung.

89/ Beispiele dafür enthält der Personalakt Walter Winterberg im Archiv der Bundespolizeidirektion Wien, in dem es von „sehr guten“ Dienstbeurteilungen, Anerkennungsschreiben Holoubeks und Remunerationen für die Dingfestmachung von Verbrechen nur so wimmelt.

90/ Wetz, a.a.O., S. 418.

91/ Schreiben Holoubeks an Hautmann vom 16.9.1953, NL Hautmann.

92/ Die Presse und Wiener Kurier, 10.6.1953.

93/ Österreichische Volksstimme, 10.6.1953.

94/ Amtsblatt der Bundes-Polizeidirektion Wien, 10. Jg. 1954, Nr. 3, S. 1.

95/ Ebd., 11. Jg. 1955, Nr. 1, S. 1.

96/ Ebd., 11. Jg. 1955, Nr. 22, S. 1; Nr. 23, S. 2; Nr. 24, S. 1.

97/ Beschluss des Verfassungsgerichtshofes über die Beschwerde des Polizeirates Rudolf Hautmann vom 14.10.1955, Personalakt Hautmann, Archiv der Bundespolizeidirektion Wien.

98/ Ebd.

99/ Arbeiter-Zeitung, 30.7.1955.

Namensliste von KPÖ–Angehörigen in der Wiener Polizei

Abkürzungen:

K = Kriminalpolizei

S = Sicherheitswache

V = Verwaltungsdienst

Ackermann, Georg (V)	Gradl, Josef (V)	Kvasnicka, Rudolf (S)	Sebesta, Martha (V)
Altmann, Egon (K)	Graf, Franz (V)	Landauer, Hans (K)	Seiser, Vinzenz (V)
Balogh, Johann (V)	Greiner, Johann (K)	Landsmann, Karl (K)	Siegert, Raffael (V)
Baumann, Erika (V)	Gruber, Alexander (K)	Langenecker, Otto (V)	Somer, Leon (S)
Baumann, Rudolf (K)	Gruber, Karl (K)	Lavicka, Rudolf (S)	Sommer, Karl (V)
Bednar, Emil (V)	Gruber, Ludwig (V)	Lavicky, Ernst (V)	Spitz, Otto (V)
Benc, Alois (V)	Grün, Anna (V)	Leihser, Franz (V)	Spitzer, Erich (V)
Berger, Ferdinand (V)	Hacker, Gertrude (V)	Leitner, Johann (S)	Spitzer, Herbert (V)
Bettelheim, Wilhelm (V)	Hacker, Kurt (V)	Leitner, Hermann (V)	Stagl, Otto (K)
Bezdicek, Wilhelm (V)	Had, Rudolf (V)	Leutgeb, Karl (K)	Stecher, Franz (K)
Bienstock, Adolf (K)	Haderer, Johann (V)	Linner, Raimund (V)	Steibl, Erwin (K)
Bienstock, Anna (V)	Hansal, Leopold (K)	Lupert, Karl (K)	Stein, Johann (S)
Blaukopf, Hilda (V)	Hauber, Leopold (S)	Malina, Leopold (V)	Steiner, Egon (V)
Blaukopf, Kurt (K)	Hauser, Johann (V)	Markovics, Ivan (V)	Steiner, Rudolf (K)
Bogner, Ludwig (V)	Hautmann, Rudolf (V)	Marsalek, Johann (V)	Steppat, Georg (V)
Brtna, Rudolf (K)	Hawla, Wilhelm (K)	Mitterecker, Johann (V)	Stern, Siegmund (V)
Buchholz, Inge (V)	Helleparth, Anton (V)	Monz, Richard (K)	Stickler, Otto (V)
Budschedl, Leopold (S)	Herrnstadt, Gerhard Paul (V)	Moritz, Anna (V)	Stier, Benno (K)
Bumbalek, Josef (S)	Hertl, Johann (V)	Moritz, Franz (K)	Stimpfl, Gustav (V)
Calamé, Eugenie (V)	Heyduk, Leopold (V)	Nakowitz, Johann (K)	Stipcak, Maria (V)
Charamza, Josef (K)	Hilmer, Karl (K)	Nemec, Richard (K)	Strecha, Valentin (V)
Cmejrek, Miroslav (K)	Hinterlehner, Karl (V)	Neumayr, Johann (V)	Strobel, Othmar (V)
Csarmann, Josef (V)	Hirth, Friedrich (V)	Neumeier, Johann (K)	Swaton, Leopold (V)
Csarmann, Wilhelm (K)	Hladecek, Alois (V)	Nittmann, Johann (S)	Szukop, Karl (V)
Csernak, Koloman (K)	Hochauer, Josef (V)	Novak, Kurt (K)	Tatar, Valerie (V)
Danemann, Rudolf (K)	Höcker, Konrad (K)	Nulicek, Johann (K)	Teichert, Rudolf (V)
Danimann, Franz (V)	Hofer, Peter (V)	Oberegger, Maximilian (S)	Thun, Adolf (V)
Dlabaja, Erich (V)	Holl, Othmar (V)	Olbort, Ernst (S)	Travnicek, Josef (V)
Dobritzhofer, Anton (S)	Höllisch, Johann (V)	Oster, Harry (V)	Tutsch, Heinrich (V)
Docekal, Theresia (V)	Holzer, Gottfried (V)	Pacher, Franz (V)	Tyra, Robert (K)
Dürmayer, Heinrich (V)	Horvath, Franz (V)	Pfeiffer, Rudolf (K)	Ultmann, Walter (V)
Edel, Emanuel (V)	Howanietz, Friedrich (V)	Plotnarek, Anna (V)	Umschweif, Max (V)
Etz, Franz (V)	Ithaler, Karl (V)	Prager, Paul (S)	Vitek, Jutta (V)
Fels-Margulies, Moritz (V)	Jansa, Leo (V)	Prem, Eduard (V)	Wagner, Franz (K)
Fesl, Rudolf (K)	Jarolim, Adolf (S)	Prethaler, Johann (K)	Walisch, Elfriede (V)
Fessl, Maria (V)	Joss, Karl (V)	Rabofsky, Eduard (V)	Walzhofer, Rudolf (K)
Fink, August (V)	Kalteis, Franz (V)	Ramskogler, Leopold (V)	Weber, Heribert (V)
Fixel, Hella (V)	Kampel, Josef (K)	Rechthaler, Helene (V)	Weber, Josef (S)
Fragner, Josef (V)	Kandel, Herbert (V)	Rechthaler, Leopold (V)	Weidner, Richard (V)
Freisl, Franz (K)	Kapek, Anton (V)	Reichel, Karl (V)	Wiedner, Maximilian (V)
Friedenreich, Gustav (K)	Karl, Jakob (S)	Reinelt, Margarete (V)	Winterberg, Walter (K)
Frisch, Kurt Armand (V)	Karlik, Josef (V)	Reisner, Josef (V)	Winterer, Georg (K)
Fritz, Wilhelm (V)	Kässmaier, Friedrich (S)	Reicha, Rudolf (S)	Winterstein, Josef (V)
Fröhlich, Margarete (V)	Kazda, Jaroslav (V)	Richter, Anton (V)	Wollner, Alfred (V)
Fürst, Alexander (K)	Kislinger, Ladislaus (K)	Riesner, Ladislaus (K)	Zanger, Jakob (K)
Gal, Nikolaus (K)	Klein, Otto (K)	Rotter, Johannes (V)	Zimmermann, Heinrich (V)
Gegenbauer, Ferdinand (V)	Kment, Josef (V)	Safr, Jaroslav (V)	Zink, Adolf (S)
Geiler, Wilhelm (S)	Kolm, Heinz (V)	Sainz, Johann (S)	
Geiringer, Friedrich (V)	Korntheuer, Josef (K)	Schima, Ludwig (K)	Nähere biographische Anga- ben zu den genannten Perso- nen sind zu finden unter: http://www.klahrgesellschaft.at/KommunistInnen_Polizei.pdf
Gelb, Alexander (K)	Korzinek, Franz (K)	Schimmer, Josef (V)	
Glüxmann, Alfred (K)	Koscher, Andreas (V)	Schindler, Julius (V)	Ergänzungen und weitere Hinweise richten Sie bitte an: klahr.gesellschaft@aon.at
Glüxmann, Hermine (V)	Kouril, Johann (K)	Schlesinger, Egon (V)	
Goldberger, Max (V)	Kratochwill, Bernhard (K)	Schmauz, Johann (K)	
	Krischker, Rudolf (V)	Schmid, Ferdinand (V)	
	Krones, Emil (V)	Schrott, Josef (K)	
	Krupa, Karl (S)	Schuh, Franz (K)	
	Kubecka, Ernst (S)	Schuster, Ludwig (K)	
	Kuhn, Kurt (K)	Schwager, Zalel (S)	

Erinnern an Henriette Haill

HELMUT RIZY

Der Schriftsteller Erich Hackl hat 1996 im ‚Nachruf auf einen vergessenen Engel‘ über sie geschrieben: „Henriette Haill war in fünffacher Weise dazu bestimmt, von der literarischen Öffentlichkeit übersehen zu werden: aufgrund ihrer ärmlichen Herkunft; aufgrund ihrer kommunistischen Gesinnung; aufgrund ihrer Zuwendung zur geographischen wie sozialen Peripherie; aufgrund ihres Geschlechts; aufgrund ihrer Bescheidenheit.“ Während die beiden anderen aus Oberösterreich stammenden kommunistischen Schriftsteller ihrer Generation, Franz Kain und Karl Wiesinger, mittlerweile – wenn auch noch immer zu geringe – Anerkennung gefunden haben, blieb Henriette Haill nur einem ganz kleinen Kreis bekannt.

Als sich Ende 2010 die Frage stellte, wessen Namen eine neugestaltete Parkanlage im Zentrum von Linz erhalten solle, ergriff die Linzer KPÖ-Gemeinderätin Gerlinde Grün die Initiative, diese nach Henriette Haill zu benennen, wobei sie nicht nur von Kunstschaffenden breite Unterstützung fand, sondern auch von der Linzer Frauenstadträtin Eva Schobesberger und dem ehemaligen Linzer Bürgermeister Hugo Schanovsky. Dem gegenwärtigen Linzer Bürgermeister Franz Dobusch ging diese Initiative allerdings zu weit, und er eröffnete im Mai vergangenen Jahres die als japanischer Garten gestaltete Anlage als „City-Park“. Er versprach jedoch, eine der nächsten Straßenbenennungen sollte nach Henriette Haill erfolgen. Und tatsächlich gibt es inzwischen im Linzer Bezirk Ebelsberg einen rund 300 Meter langen Henriette-Haill-Weg, der an der Westbahntrasse endet. – Gut möglich, dass die Dichterin und Schriftstellerin in ihrer Bescheidenheit sogar das Wegerl an der Peripherie für sich angemessener gefunden hätte als den innerstädtischen Park; womit aber das Versäumnis der Stadt, einer bedeutenden Tochter gerecht zu werden, nicht entschuldigt werden kann.

Im Zusammenhang mit der Initiative um die Benennung des Parks hat die Linzer KPÖ auch eine umfangreiche Broschüre

zu Henriette Haill unter dem Titel „Immer bist du auf der Wanderschaft...“ – eine Verszeile aus dem Gedicht „Straßenballade“ – veröffentlicht. Diese enthält vor allem die Niederschrift von Gesprächen, die



Henriette Haill (1904–1996)

der Historiker Peter Kammerstätter mit der Dichterin geführt hat.

Oral History

Es gibt zwar inzwischen eine Biographie Henriette Haills von Christine Roiter (Henriette Haill – Annäherung an einen vergessenen Engel, Der Andere Verlag, Tönning, 2006), in der auch aus ihnen zitiert wird, dennoch sind die Gespräche, die Peter Kammerstätter mit ihr führte und 1984 zu ihrem 80. Geburtstag im Eigenverlag veröffentlichte, in ihrer Gesamtheit heute eine wichtige Ergänzung. Kammerstätter – einer der Pioniere der Oral History in Österreich, der tausende Stunden seiner Freizeit der Erforschung der so genannten „Mühlviertler Hasenjagd“, des antifaschistischen Widerstands im Salzkammergut oder der Kämpfe im Februar 1934 in Oberösterreich widmete, indem er in hunderten

Gesprächen mit Beteiligten und Augenzeugen deren Erinnerungen auf Tonband aufzeichnete – hat in den Gesprächen mit Henriette Haill einerseits dieser detailreich Erinnerungen an ihre Kindheit und

Jugend, an ihr Arbeitsleben und ihr Wirken als engagierte Kommunistin entlockt, andererseits – und das ist das Bedeutende daran – diese in den Niederschriften auch so belassen, wie sie erzählt worden sind, ungeschönt, ungeordnet, wodurch dem Lesenden von heute die Erzählerin ganz unmittelbar begegnet.

Da ist das siebenjährige Mädchen, das die 1. Klasse Volksschule besucht und, um der Mutter zu helfen, den Gang in ihrem Wohnhaus mit Bürste und Seife putzt, so sauber, dass sie dies in der Folge bis zu ihrem 14. Lebensjahr tun muss. Ab dann hat sie nämlich selbst für ihren Unterhalt zu sorgen, als Dienstmädchen, als Arbeiterin in der Fabrik.

Es sind aber nicht nur die Mühen des Arbeitslebens, sondern auch die Enge der Wohnverhältnisse, die sie ein Leben lang begleiten, wenn sie erzählt: „Ein Traum, der mich von Kindheit an verfolgt hat, bis vor ein paar Jahren. Immer derselbe Traum. Ich habe in der Wohnung plötzlich

eine Tür gefunden und bin in eine herrliche Wohnung hinausgetreten. Und wenn mir das geträumt hat, bin ich so glücklich aufgewacht. Noch vor ein paar Jahren habe ich im Haus hier im Traum eine Tür gefunden, bin frei gewesen, bin in einer neuen weiten Wohnung gewesen. Obwohl ich hier eine große Wohnung habe, die Enge hat mich belastet.“

Wohl auch daraus folgt ihr Bedürfnis zu wandern. „Ich bin fortgestürmt in die Weite, wie man sagt.“ Da waren einerseits die Wanderungen am Wochenende. „Gebirge hat mir nichts bedeutet, es war schön, es regte mich nicht an. Aber im Mühlviertel bin ich aufgegangen, als wenn ich es selbst gewesen wäre. Das Hohe, das Gigantische ist mir nichts, mir ist nur das Kleine, wie ich selbst bin, etwas. Die Hügel, die kleinen Erhebungen, das Herbe. Das Mühlviertel ist ja herb im Winter. Mich hat das Herbe vom Mühlviertel so angezogen.“

Das Sonderpostwertzeichen der Deutschen Demokratischen Republik für Julius Fučík

GERHARD OBERKOFER

Das Gedenken an Menschen wie an den am 23. Februar 1903 im Prager Arbeiterbezirk Smichov geborenen Julius Fučík hält die Flamme der kommunistischen Bewegung im Kampf um Frieden und Freiheit am Brennen. Deshalb wird in der imperialistischen Gegenwart von willigen Historikergehilfen behauptet, nach 1945 hätten *kommunistische Diktaturen* die Erinnerung an Menschen wie Fučík für ihre Zwecke missbraucht.¹ Das gilt insbesondere für das wieder Krieg führende Deutschland, in dessen Hauptstadt Julius Fučík am 8. September 1943 als Mitglied einer Prager kommunistischen Widerstandsgruppe ermordet worden ist. Ob schon Fučík Altösterreicher ist, tut sich das offizielle Österreich mit dem Gedenken an ihn leicht, es findet nicht statt und es wird, weil die neutrale Republik eben stolz auf ihren Anteil bei der Missionie-

rung der Tschechoslowakei ist, bei passenden Gelegenheiten lieber der begnadete Selbstdarsteller Václav Havel (1936–2011) zur politischen Ikone herausgeputzt. Dagegen wird im Buch von Willi Weinert »*Mich könnt ihr löschen, aber nicht das Feuer*« Fučík mit einer Passage aus seinem nach 1945 in vielen Auflagen publizierten und in etwa 80 Sprachen übersetzten Buch »*Reportage unter dem Strang geschrieben*« zitiert: »Eines Tages wird das Heute Vergangenheit sein, wird man von der großen Zeit und von den namenlosen Helden sprechen, die Geschichte gemacht haben. Ich möchte, dass man weiß, dass es keine namenlosen Helden gegeben hat.«²

Konnte die Deutsche Demokratische Republik als *kommunistische Diktatur* mit dem Kämpfer für Frieden und Freiheit Fučík überhaupt etwas anfangen? Fučík war den Bürgern der Deutschen

Demokratischen Republik vor allem durch seine von Günther Jarosch (1914–1995), der ein Mitarbeiter von Eduard Winter (1896–1982) war, übersetzte Reportage »*Eine Welt, in der das Morgen schon Geschichte ist. Buch einer Reise*« bekannt. Fučík, Mitglied einer tschechischen Arbeiterdelegation in die Sowjetunion im Jahre 1930, sieht Anzeichen, wie sich unter sozialistischen Arbeitsbedingungen der Mensch verändern kann, weil für ihn die humanistische Zukunft ohne Versklavung und Ausbeutung am Horizont erkennbar ist. Die Veränderung des Menschen in vom Imperialismus befreiten Ländern ist auch Peter Weiss (1916–1982) in Filmen aus Kuba und Vietnam aufgefallen. »Die ungeheure Veränderung im Gesichtsausdruck befreiter Völker« – schreibt Weiss in seine *Notizbücher*.³ Für Erich Honecker (1912–1994), der zur selben Zeit wie Fučík in Moskau war, ist der etwas paradoxe Titel besonders treffend, weil gerade ein solcher die stürmische Entwicklung kennzeichne.⁴

Das Gedenken an Fučík erfolgte in der Deutschen Demokratischen Republik in ehrender und anerkennender Weise. Straßen und Schulen trugen seinen Namen. 1962 wurde eine Briefmarke für Fučík im Rahmen der Sonderpostwertzeichen »*Ermordete internationale Antifaschisten*« hinaus gegeben. Das im Mai 1955 gegründete Kuratorium für den Aufbau nationaler Gedenkstätten in Buchenwald, Sachsenhausen und Ravensbrück hat die Initiative für die weitere Herausgabe von Sonderpostwertzeichen »*Ermordete internationale Antifaschisten*« für das Jahr 1962 ergriffen.⁵ Der Sekretär des Kuratoriums Ernst Saemerow schreibt deswegen am 17. Juni 1961 an das von Friedrich Burmeister (1888–1968) geleitete Ministerium für Post- und Fernmeldewesen. Die Praxis hat allerdings gezeigt, dass für solche Serien keine große Kauflust bestand hat. Dennoch wurde, weil in der Deutschen Demokratischen Republik das Wachhalten der Erinnerung an ermordete Antifaschisten als, wie ein handschriftlicher Aktenvermerk im Ministerialakt vom



Dann aber geht sie auch mehrere Jahre hintereinander in den Sommermonaten auf die Walz. »Mir hat die Landstraße, das Leben auf der Landstraße, die Bitterkeit der Landstraße fasziniert.«

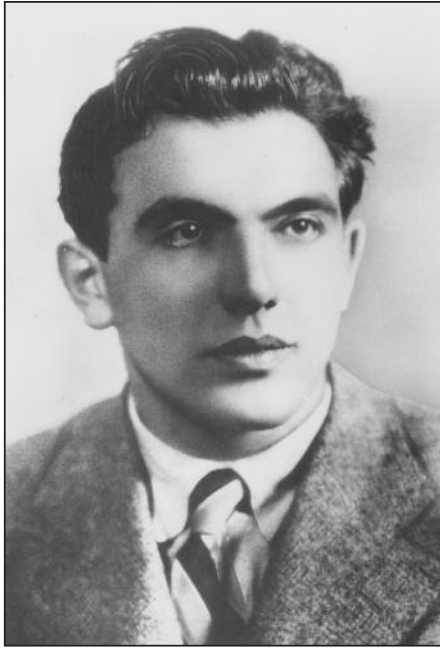
Dazu kommen die enge Verbundenheit erst mit dem Kommunistischen Jugendverband und dann mit der Kommunistischen Partei, zum andern aber auch schon das Schreiben von Gedichten. Ein Ereignis aus dem Parteileben schien Henriette Haill im Gespräch mit Kammerstätter besonders erwähnenswert. Vor einer Wahl veranstaltete die Partei eine Versammlung in der Straßenbahnremise in Linz-Urfahr, die auch gut besucht war. Doch dann kam Richard Bernaschek, damals Landessekretär der oberösterreichischen Sozialdemokratie, mit seinen Anhängern, besetzte das Präsidium und hielt ein Referat. »Ich habe am Ende der Versammlung zu ihm gesagt: ‚Genosse Bernaschek, das war nicht schön von Euch, unsere Versammlung zu sprengen.‘ Er hat mich so liebevoll an der Schulter angefaßt und hat gesagt: ‚Schau Genossin, wir sind so links, da brauchen wir keine Kommunisten.‘«

Die Dichterin und Erzählerin Henriette Haill betreffend schrieb Franz Kain zu ihrem 80. Geburtstag: »Hier hat eine Dichterin ihrem Volk kritisch und liebevoll, aber auf jeden Fall ergriffen, aufs

Maul geschaut«. Eine ausgeprägte Beobachtungsgabe und echtes Mitleiden mit den Getretenen und Gedeemühten sind Wesensmerkmale dieser Lyrik, die noch viel zu wenig bekannt ist. Eine von Freunden herausgegebene Sammlung »*Straßenballade*« zeigt dies besonders deutlich. Wehmütige Romantik der Landstraße vereint sich hier mit fundierter sozialer Anklage, und über allem steht der leibhafte Ton dieser zarten Gebilde. Ebenbürtig neben der Lyrikerin Henriette Haill steht auch die Erzählerin. Manche ihrer Geschichten haben eine »*Ruhe*«, als kämen sie von Ewigkeit her, stets ein Zeichen gediegener Erzählkunst. Der Blick auf allerlei Kuriositäten des täglichen Lebens ist überglänzt von stiller Weisheit, die unaufdringlich aus dem Erzählfluß funkelt. Immer steht der ausgesetzte Mensch im Mittelpunkt dieser Erzählungen und niemals nur ein geschliffener Text.«

Immer bist du auf der Wanderschaft... Henriette Haill (1904–1996). Eine Dokumentation der Linzer KPÖ. Linz 2012, 66 S.

17 Gedichte gibt es vom Liedermacher Hans-Eckardt Wenzel sehr einfühlsam vertont und interpretiert auch zu hören: *Straßenballade, Wenzel singt Henriette Haill, Matrosenblau 2008.*



Julius Fučík (1903–1943)

5. Juli 1961 hervorhebt, „nationale Pflicht!“ angesehen wurde, Serien solcher Briefmarken gestaltet, wobei der Zuschlag für den Aufbau nationaler Mahn- und Gedenkstätten überwiesen wurde. Für die erste Ausgabe des Jahres 1962 der fünf Sonderpostwertzeichen „*Ermordete internationale Antifaschisten*“ wurden als Motive gewählt:

Danielle Casanova (1909–1943), Wert 5+5 Pfennig, Farbe schwarzblau – Julius Fučík (1903–1943), Wert 10+5 Pfennig, Farbe grün – Johanna Jannetje Schaft (1920–1945), Wert 20+10 Pfennig, Farbe rot – Pawel Finder (1904–1944), Wert 25+10 Pfennig, Farbe blau – Soja Anatoljevna Kosmodemjanskaja (1923–1941), Wert 40+20 Pfennig, Farbe dunkelbraun. Bildgröße war für alle fünf Marken 23,5x28,8 mm, die Papiergröße 27,5x32,8mm. Gedruckt wurden die Sonderpostwertzeichen vom VEB Deutsche Wertpapierdruckerei in Leipzig im Stichtiefdruckverfahren auf Wasserzeichenpapier mit dem Kreuzblumenmuster nach eigenen Entwürfen. Ausgabedatum war 22. März 1962, die Gültigkeit dauerte bis zum 31. März 1964. Der Ersttagsbriefumschlag, gedruckt im VEB Buch- und Stahlstichdruck Greiz im Stichtiefdruckverfahren zeigt auf dem linken Drittel der Anschriftseite die von Fjodr D. Fiwejskij geschaffene Plastik „*Stärker als der Tod*“, sie war ein Geschenk des sowjetischen Komitees der Kriegsveteranen.

Die bolschewistischen Märtyrerleben werden vom Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der DDR so vorgestellt:⁶

„Daniella Casanova wurde am 9. Januar 1909 in Ajaccio auf der Insel Korsika geboren. Als Studentin in Paris findet sie

den Weg zur kommunistischen Jugend. 1932 wird sie in das Zentralkomitee der Kommunistischen Jugend Frankreichs und 1936 in das Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugend-Internationale gewählt. Danielle Casanova übte zunächst ihren Beruf als Zahnärztin aus, war Leiterin der Zeitung ‚Filles de France‘ (Töchter Frankreichs) und wurde im Dezember 1936 als Generalsekretärin der Union der jungen Mädchen in Frankreich gewählt. Sie beteiligte sich aktiv am antifaschistischen Widerstandskampf und leitete eine Gruppe französischer Partisanen. Am 11. Februar 1941 wird Danielle Casanova verhaftet. Nach langer Haftzeit in französischen Gefängnissen erfolgte im Januar 1943 ihre Einlieferung in das Vernichtungslager Auschwitz. Bei der Pflege ihrer Gefährtinnen steckte sie sich an und starb am 8. Mai 1943 an Typhus.

Julius Fučík wurde am 23. Februar 1903 in Pilsen [!] als Sohn einer Arbeiterfamilie geboren. Er war in Prag als Journalist und Schriftsteller tätig. Nach der Besetzung seiner Heimat durch die Hitlerfaschisten wurde Julius Fučík unter dem Decknamen ‚Professor Horak‘ zu einem der hervorragendsten Mitglieder der tschechoslowakischen Widerstandsbewegung. Er gab die illegale Zeitung ‚Rude Pravo‘ heraus. Am 24. April 1942 wurde Julius Fučík verhaftet. Trotz qualvoller Marterungen in endlosen Verhören gelang es der Gestapo nicht, Angaben von Fučík zu erhalten. Mit Hilfe eines tschechischen Gefängnisaufsehers sandte er Berichte an seine Freunde, die später, unter dem Titel ‚Reportage unter dem Strang geschrieben‘ veröffentlicht wurden. Am 8. September 1943 wurde der Patriot und Kommunist Julius Fučík in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Seine letzten Worte waren: ‚Menschen, ich hatte euch lieb, seid wachsam!‘ 1950 erhielt er in memoriam den *Internationalen Friedenspreis*.

Johanna Jannetje Schaft, geboren am 16. September 1920 in Haarlem (Niederlande), nahm bereits mit 16 Jahren das Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Amsterdam auf. Nach der Besetzung der Niederlande durch die Faschisten begann sie mit der illegalen Arbeit. Sie verteilte die illegalen Schriften ‚De Waarheid‘ und ‚Vrije Katheder‘ und beschaffte Ausweise für jüdische Landsleute. Mutig und ohne Rücksicht auf ihr eigenes Leben erfüllte sie jeden Auftrag. Am 21. März 1945 kehrte sie von einem Transport illegaler antifaschistischer Schriften nicht zurück. Trotz des Versprechens der deutschen Besatzungs-

truppen, keine Gefangenen mehr zu töten, wurde sie drei Wochen vor der Befreiung am 17. April 1945 in Bloemendaal von vier SD-Banditen erschossen.

Pawel Finder, geboren am 19. September 1904 in Bielsko, war ein hervorragender Funktionär der Kommunistischen Partei Polens, der bis 1939 von der bürgerlichen Regierung Polens mehrfach verfolgt wurde. 1942 nahm er aktiv an der Gründung der PPR (Polska Partia Robotnicza – marxistisch-leninistische ‚Polnische Arbeiterpartei‘) teil. 1942/43 bekleidete er die Funktion des Generalsekretärs des Zentralkomitees der Partei. Im November 1943 verhaftete ihn die Gestapo. Am 26. Juli 1944 wurde Pawel Finder hingerichtet.

Soja Anatoljevna Kosmodemjanskaja wurde am 13. September 1923 geboren. Nach dem heimtückischen Überfall der faschistischen Armeen auf die Sowjetunion war die Moskauer Schülerin und Komsomolzin von dem Wunsche beiseelt, für ihre Heimat zu kämpfen. Als Partisanin übernahm sie eine gefährliche Aufgabe nach der anderen. Bei einem Auftrag im Dorf Petrischtschewo wurde sie von den Faschisten ergriffen und schwer gefoltert. Doch Soja Kosmodemjanskaja blieb standhaft. Am 29. November 1941 fand ihre öffentliche Hinrichtung statt. Unter dem Galgen rief sie ihren Henkern ins Gesicht: ‚Ihr hängt mich jetzt, aber ich bin nicht allein. Wir sind 200 Millionen. Alle könnt ihr nicht hängen!‘ Den Bauern aber, die von den Faschisten gezwungen wurden, ihrer Hinrichtung beizuwohnen, rief sie zu: ‚Lebt wohl, Genossen, kämpft, fürchtet euch nicht!‘“

Anmerkungen:

1/ Vgl. Stefan Zwicker: „Nationale Märtyrer“: Albert Leo Schlageter und Julius Fučík. Heldenkult, Propaganda und Erinnerungskultur. Paderborn (u.a.) 2006.

2/ Willi Weinert: »Mich könnt ihr löschen, aber nicht das Feuer.« Biografien der im Wiener Landesgericht hingerichteten WiderstandskämpferInnen. Ein Führer durch die Gruppe 40 am Wiener Zentralfriedhof und zu Opfergräbern auf Wiens Friedhöfen. Wien: Stern-Verlag 2011³.

3/ Peter Weiss: Notizbücher 1971–1980. Zweiter Band. Frankfurt/M. 1981, 650.

4/ Erich Honecker: Aus meinem Leben. Berlin 1980, 44.

5/ Bundesarchiv Deutschland. Archivbestand Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der DDR, Akte DM 3/5217. Für freundliche Übermittlung von Kopien Herrn Andreas Kohn besten Dank!

6/ Wie Anm. 5.

Mikosch, Hans/Oberkofler, Anja (Hg.): *Gegen üble Tradition, für revolutionär Neues. Festschrift für Gerhard Oberkofler*. Innsbruck–Wien–Bozen: Studien-Verlag 2012, 268 S., 34,90–Euro

Nachdem die *Alfred Klahr Gesellschaft* im Vorjahr ihren langjährigen Vizepräsidenten Gerhard Oberkofler zum Anlass seines 70. Geburtstages mit der Herausgabe eines Studienbandes bedacht hat, der sämtliche seiner Beiträge in den *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* umfasst, liegt nun auch die „offizielle“ Festschrift für den Jubilar im Innsbrucker Studien-Verlag, dem „Hausverlag“ Oberkoflers, vor. Das Programm der Festschrift wird von den HerausgeberInnen Anja Oberkofler und Hans Mikosch bereits im Titel umrissen und kann gleichzeitig als eine Umschreibung des wissenschaftlichen und weltanschaulichen Standorts fungieren, dem Gerhard Oberkofler sich verpflichtet fühlt und der in seinem akademischen wie politischen Wirken stets zum Ausdruck kommt: gegen „üble Tradition“ und für „revolu-

tionär Neues“, immer eintretend für den historischen Fortschritt und die Humanisierung der Lebenswelt. Zweifelsohne ist vor diesem Hintergrund die Formulierung, die die beiden HerausgeberInnen in ihrem Geleitwort zur Charakterisierung Oberkoflers finden, gerechtfertigt: Oberkofler sei immer ein „politischer Historiker“ (S. 7) gewesen – in einer Zeit, wo das Dogma einer vermeintlich unabhängigen, nur sich selbst verpflichteten Wissenschaft den parteiergreifenden Historiker unter Generalverdacht stellt, sicherlich eines der größten Komplimente, das Oberkofler zu machen ist.

Die vielfältigen Interessen und die breite thematische Palette seiner Arbeiten als Wissenschafts- und Universitäts-historiker (oft an der Seite von Peter Goller), als Rechtshistoriker (hier in enger Arbeitsgemeinschaft mit einer anderen Größe der marxistischen Wissenschaft in Österreich, Eduard Rabofsky) und als unermüdlicher Forscher auf dem Gebiet der faschistischen Vergangenheit Österreichs spiegeln sich auch in der Liste der Beitragenden zur Festschrift

und im Inhalt ihrer Beiträge wider, von denen hier nur einige exemplarisch genannt werden sollen. Enge Weggefährten im Inland wie Peter Goller („Geisteswissenschaftliche Berufungen und Habilitationen an der Universität Innsbruck in den NS-Jahren 1938–1945“), Hans Hautmann („Die Militärstrafanstalt Möllersdorf im Ersten Weltkrieg“) oder Willi Weinert und Lisl Rizy (letztere mit einer gemeinsamen Arbeit über die NS-Justiz gegen österreichische Widerstandskämpferinnen und -kämpfer) sind ebenso vertreten wie ausländische Wissenschaftler von internationalem Rang, so etwa der Berliner Faschismusforscher und -theoretiker Kurt Pätzold mit einem Beitrag über die „Bindungskräfte von Massen an das Naziregime“, der Rechtsphilosoph Hermann Klenner („Jean-Jacques Rousseau oder: Die bürgerliche Gesellschaft als Utopie“) oder der kürzlich verstorbene Philosoph und Marxismustheoretiker Hans Heinz Holz, dessen Ausführungen über eine dialektische Erkenntnistheorie auf materialistischer Grundlage („Kategoriale Gegenstandsbestimmung“) zu

Vortrag von Hans Hautmann über Kommunisten und Kommunistinnen in der Wiener Polizei

Am Dienstag, 24. April 2012, fand im Kulturcafé 7Stern ein Vortrag von Univ.-Prof. Dr. Hans Hautmann über die Tätigkeit von Mitgliedern der KPÖ in der Polizeidirektion Wien statt, die hier in den Anfangsjahrzehnten der Zweiten Republik zahlreich vertreten waren. Das Interesse an dem bisher vernachlässigten historischen Thema drückte sich in einem ungewöhnlich guten Besuch der Veranstal-



tung aus. Erschienen waren Beamte der Bundespolizeidirektion Wien, mehrere ehemalige, bereits in hohem Alter stehende Angehörige der kommunistischen Parteiorganisation Polizei sowie viele Töchter und Söhne der einstigen PolizeikommunistInnen. Hans Hautmann, Sohn des ersten kommunistischen Polizeichefs von Wien nach der Befreiung 1945, Rudolf Hautmann, gab in seinem Vortrag, begleitet von einer Powerpoint-Präsentation mit vielen Fotos und Textinformationen, einen einstündigen Abriss der Geschichte der KommunistInnen in der Wiener Polizei von 1945 bis in die 1980er Jahre. Dabei ging er auch auf die reichen Aktivitäten der kommunistisch dominierten *Kulturvereinigung der Polizeibediensteten* mit ihren Bildungsangeboten, künstlerischen Veranstaltungen und Kinderferienaktionen in Gaaden und Senigallia ein. Anschließend führte er ein Zeitzeugengespräch mit dem 88-jährigen Kriminaloberstleutnant i.R. Walter Winterberg, in dem am Beispiel seines Lebensweges die Biographien des Gros der PolizeikommunistInnen paradigmatisch zum Ausdruck kamen: Widerstandskampf gegen den grünen und braunen Faschismus, Kampf in Spanien in den Reihen der Internationalen Brigaden, KZ-Haft und Haft in den Gefängnissen des NS-Regimes, Kampf als Angehörige der Österreichischen Freiheitsbataillone im Rahmen der jugoslawischen Volksbefreiungsarmee. Winterbergs lebendige Schilderung der Umstände seines Eintritts in die Wiener Polizei 1945 nach der Rückkehr aus dem KZ Buchenwald und seiner Tätigkeit als Kriminalbeamter bis zu seiner Pensionierung 1989 fand ebenso wie die Ausführungen Hautmanns großen Anklang. Fragen aus dem Publikum und eine rege Diskussion schlossen die Veranstaltung ab.

CLAUDIA KURETSIDIS-HAIDER

den letzten von ihm verfassten Arbeiten gehören. Ergänzt wird die Festschrift dankenswerterweise durch ein Werkverzeichnis der selbstständigen und unselbstständigen Veröffentlichungen Oberkoflers; manche wohl längst in den Bücherschränken verschwundenen würden jedenfalls ihre abermalige bzw. erstmalige Lektüre verdienen.

Auch der politische Denker Gerhard Oberkofler ist in der Festschrift zu entdecken. Herbert Hörz resümiert in seinem persönlich gehaltenen Beitrag nicht nur das Wirken Oberkoflers als Wissenschaftshistoriker, sondern eröffnet die Sicht auf einen kommunistischen Intellektuellen, der auch die Ereignisse der Jahre 1989/90 nicht als Beleg für die Verfehlung marxistischer Theoriebildung erachtete. Hörz: „Als wir uns Anfang der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts bei meinen Vorträgen in Wien trafen [...] und die Krise des Marxismus sowie die Implosion der Staatsdiktatur des Frühsozialismus bespachen, war Gerhard ein hartnäckiger Bohrer nach den Ursachen, der sich nicht mit schnellen Antworten zufrieden gab. Wir waren uns einig, dass zeitweilige Niederlagen den Sozialismus nicht zur Illusion werden lassen.“ (S. 72f.) Tatsächlich hat sich Gerhard Oberkofler bereits zu einem frühen Zeitpunkt mit der Niederlagenanalyse des realen Sozialismus befasst und (gemeinsam mit Peter Goller) im Gespräch Manfred Buhr den Blick in die Zukunft gerichtet („Über die Historische Vernunft und die Zukunft der Linken. Ein Gespräch mit Manfred Buhr“, Innsbruck 1992), ähnlich wie andernorts im deutschen Sprachraum Hans Heinz Holz mit seinem 1991 erschienenen Buch „Niederlage und Zukunft des Sozialismus“ (Essen 1991). Es ist dies eine bemerkenswerte Parallelität, wie in Österreich und Deutschland beinahe unmittelbar nach dem Ende des sozialistischen Staatensystems und unabhängig voneinander die Überlegenheit des Marxismus in theoretischer und politisch-praktischer Hinsicht unterstrichen und gerade vor dem Hintergrund des verlorenen Systemkonflikts bereits wieder die Perspektive auf die künftigen Auseinandersetzungen gelegt wird.

Gerhard Oberkofler ist in den Augen der bürgerlichen Wissenschaft und bürgerlichen Politik darum wohl als „Unbequemer“ zu bezeichnen, dessen sich so mancher nach der „Wende“ gerne entledigt hätte, als er beruflich noch als Universitätsprofessor und Universitätsarchivar in Innsbruck wirkte. Sein penibler

Nachweis von „Brüchen“ in den oftmals geglätteten Biografien und Institutionengeschichten der akademischen und politischen Wirklichkeit Österreichs hat dazu beigetragen, diesen Ruf zu untermauern. Für die marxistische Wissenschaft in Österreich bleibt zu hoffen, dass er noch lange solch ein Unbequemer bleiben wird.

MARTIN KRENN

Sonja Frank (Hg.): Young Austria. ÖsterreicherInnen im britischen Exil 1938–1947. Für ein freies, demokratisches und unabhängiges Österreich. Wien: ÖGB-Verlag 2012, 488 S., 29,90–Euro

Unter den ÖsterreicherInnen, die sich nach dem Einmarsch der Hitlertruppen und dem „Anschluss“ Österreichs ins Exil retten konnten, war die Gruppe in Großbritannien die größte. Bis 1941 gelangten über 27.000 politisch und „rassisch“ Verfolgte über den Kanal. Das *Austrian Centre*, das 1939 in London gegründet wurde, erfasste einen bedeutenden Teil dieser EmigrantInnen, bot ihnen Hilfe, Zuflucht, z.T. auch Beschäftigung und tat alles Mögliche, um den Widerstandswillen zu fördern und aufrechtzuerhalten. Dazu liegen bereits mehrere Forschungsarbeiten vor (z.B. die Dokumentation des *Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes* aus 1992 oder zuletzt der von britischen WissenschaftlerInnen herausgegebene Sammelband „Wien–London, hin und retour“ aus 2004). Über *Young Austria*, die Jugendorganisation, die eng mit dem *Austrian Centre* verbunden war und die bis zu 1.500 jugendliche EmigrantInnen versammelte, gab es bislang, außer etwa den beiden autobiographischen Büchern von Fritz Propst, wenig Literatur.

Sonja Frank, Enkelin von Fanni und Ludwig Grossmann, die ebenfalls im britischen Exil überlebten, hat mit einem Team von MitarbeiterInnen Biographien von damaligen Mitgliedern von *Young Austria* gesammelt und diese nun im ÖGB-Verlag veröffentlicht. Der Band versammelt 77 solcher biographischen Texte und zahlreiche z.T. bisher nicht veröffentlichte Fotos von Männern und Frauen, die deren Lebenswege in und nach der Emigration nachzeichnen. Es handelt sich somit nicht um eine monographische Abhandlung über die Geschichte von *Young Austria*. Der hervorragend ausgestattete Band eröffnet vielmehr einen durch die einzelnen Biographien vermittelten, mosaikartigen Blick auf die vielfältigen Tätigkeiten von

Young Austria, nicht nur in London, sondern auch in vielen anderen Städten Großbritanniens. Die Biographien zeigen auch den bedeutenden Anteil kommunistischer Jugendlicher als Rückgrat dieser Exilorganisation. Die meisten von ihnen, die nach Österreich zurückkehrten, um am Aufbau eines neuen, demokratischen, antifaschistischen Österreich mitzuwirken, waren auch nach der Befreiung vom Faschismus in der KPÖ aktiv.

Seit 1988, als es erstmals ein großes Wiedersehenstreffen von *Young Austria* im Wiener Rathaus gab, treffen sich die noch lebenden Mitglieder dieser Jugendorganisation einmal im Jahr in Wien, wovon letztlich auch die Anregung für das vorliegende Buch ausging. Gleichzeitig mit der Präsentation des Bandes wurde eine erste Ausstellung über *Young Austria* in der Volkshochschule Hietzing eröffnet. Diese Veranstaltung gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Würdigung des Anteils von *Young Austria* am antifaschistischen Widerstand und für die Wiedererrichtung eines selbstständigen Österreich. Der britische Botschafter entschuldigte sich bei dieser Gelegenheit für die unfreundliche Behandlung der Emigranten als „enemy aliens“, was damals deren Internierung nach sich zog. Hunderte Mitglieder von *Young Austria* meldeten sich dennoch freiwillig zur britischen Armee, um am bewaffneten Kampf gegen Hitler teilzunehmen, was erst vor wenigen Jahren zumindest in Wien offizielle Anerkennung und Würdigung fand.

Der schon genannte Fritz Propst, einer der Mitbegründer von *Young Austria*, sandte einen Brief an den österreichischen Botschafter in London mit dem Vorschlag, am ehemaligen Sitz des *Austrian Centre* und von *Young Austria* in London eine Gedenktafel anzubringen. Nachdem im vorliegenden Band u.a. die Präsidentin des Nationalrats und der Vizekanzler und Außenminister der Republik mit Vorworten präsent sind, ist zu hoffen, dass dieser Vorschlag auch entsprechende Unterstützung seitens des offiziellen Österreich finden wird.

MICHAEL GRABER

Gerhard Feldbauer: Wie Italien unter die Räuber fiel. Und wie die Linke nur schwer mit ihnen fertig wurde. Köln: PapyRossa Verlag 2012, 218 S., 15,40–Euro

Bei den Parlamentswahlen im Frühjahr 2008 erlitt die Linke im Wahlbündnis *Sinistra arcobaleno* (Regenbogenlinke) eine schwere Niederlage. Mit 3,1

Prozent blieb sie unter der Vier-Prozent-Sperrklausel und war damit zum ersten Mal in der italienischen Nachkriegsgeschichte nicht mehr im Parlament vertreten. Für die italienische kommunistische Bewegung war dies ein schwerer Rückschlag. Gerhard Feldbauer, langjähriger Korrespondent des *Neuen Deutschland* in Indochina und Italien sowie Autor zahlreicher Bücher zur italienischen Zeitgeschichte hat in seinem neuesten Buch, den Versuch unternommen, die Wurzeln dieser Entwicklung freizulegen. Im Ergebnis konnte er die Ausbreitung vielfältiger opportunistischer Erscheinungen in der IKP (Italienische Kommunistische Partei, ital. PCI), aber auch die fehlende Auseinandersetzung mit ihnen, als Hauptursache benennen. Und er legt dafür gewichtige Beweise vor.

Als erfolgreichste Partei der Resistenzia genoss die IKP großes Ansehen, unter der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung. Dazu beigetragen hatte, vor allem in der Endphase, dass sie die treibende Kraft der nationalen Erhebung vom April 1945 war. Die Partisanenarmee befreite an die 200 Städte, darunter alle Großstädte Norditaliens. Feldbauer weist daraufhin, dass in dieser Zeit (April bis zum Spätsommer 1945) in Norditalien eine klassische revolutionäre Situation vorhanden war – und diese nicht genutzt wurde, obwohl eine ausreichende Massenbasis dafür bestanden hätte. Im Oktober 1946 gab Generalsekretär Palmiro Togliatti über die damalige Situation eine selbstkritische Einschätzung ab, wonach es keine „Mobilisierung der Partei“ gegeben hatte, die nach dem Sieg der Resistenzia vorhandene günstige Ausgangssituation sei „im Grunde nicht genutzt“ worden. Die Krux dabei war, dass dieser Bericht ausschließlich parteiintern gehandhabt wurde und somit über die strategischen Differenzen in der revolutionären Nachkriegssituation keine grundsätzliche Auseinandersetzung geführt wurde. Dies sollte sich als schwere Hypothek für die weitere Entwicklung der IKP erweisen.

Vorerst schien es, als würden die wenigen KritikerInnen Unrecht haben. Die IKP gewann bei jeder Wahl hinzu und erreichte bei den Parlamentswahlen vom 20./21. Juni 1976 mit 34,3 Prozent der abgegebenen Stimmen den Zenit ihrer Macht. Diese Erfolge trugen innerhalb der Partei zum steigenden Einfluss der sozialdemokratischen Strömung bei, die immer vehementer auf eine Regierungsbeteiligung drängte und bereit war, „ideologischen Ballast“ über Bord zu

werfen, womit die Aufgabe einer systemüberwindenden Perspektive sowie der Bruch mit den sozialistischen Ländern gemeint waren. Unter den Generalsekretären Palmiro Togliatti (1947–64), Luigi Longo (1964–72) und Enrico Berlinguer (1972–84) war man sich dieser schleichenden Gefahr stets bewusst gewesen und hatte sie im Zaum halten können. Obwohl letzterer mit seinen Experimenten des „Historischen Kompromisses“ und des „Eurokommunismus“ diesen erneut einen kräftigen Aufschwung beschert hatte. Nach seinem Tode 1984 wurde die „sozialpartnerschaftliche Strömung“ maßgeblich und bestimmte die Geschicke dieser größten kommunistischen Partei in Westeuropa – mit fatalen Folgen. So war bereits 1982 (der für eine Regierungsbeteiligung verlangte, die dann nie erfolgte) Bruch mit den sozialistischen Ländern erfolgt. Die IKP gab ihre Opposition zur NATO auf und widersetzte sich dem EG-Beitritt Italiens nicht. Den neoliberalen „Reformen“ der 1980er Jahre wusste sie nichts entgegenzusetzen – im Gegenteil, sie wirkte beschwichtigend auf ihren Gewerkschaftsflügel ein und stimmte im Parlament für Sparpakete und die Abschaffung von wichtigen Errungenschaften der italienischen ArbeiterInnenbewegung, z.B. der gleitenden Lohnskala, die eine automatische Anpassung der Löhne der ArbeiterInnen an die Inflation brachte. Es war daher nur folgerichtig, dass die IKP schließlich am Parteitag 1991 in Rimini die „Heimkehr zur Sozialdemokratie“ auch organisatorisch nachvollzog und sich fortan PDS (*Partei der demokratischen Linken*) nannte. Leider haben auch die kommunistischen Nachfolgeorganisationen PRC (*Partei der kommunistischen Wiedergeburt*) und seit 1998 die PdCI (*Partei der italienischen Kommunisten*) es unterlassen, sich mit den Hintergründen des Niedergangs der kommunistischen Bewegung in Italien und Osteuropa zu befassen und haben deshalb oft dieselben strategischen Fehler wiederholt. So unterstützte z.B. 1999 die PdCI um der Regierungsbeteiligung willen die NATO-Aggression gegen Jugoslawien.

Doch was ist nun nach dem Debakel von 2008 zu tun? Dringend erscheint Feldbauer eine ehrliche Auseinandersetzung über die Ursachen dieser Wahlniederlage, dann käme es darauf an, die zersplitterte kommunistische Bewegung wieder zusammenzuführen. Schließlich müssten die eigenen Fronten gegen weitere Einbrüche des Gegners verteidigt und dabei im Sinne Gramscis, „außer-

gewöhnliche Eigenschaften der Geduld und des Erfindergeistes“ entwickelt werden, um das verlorene Vertrauen der arbeitenden Menschen wieder zurück zu gewinnen. Es geht laut Feldbauer darum, wieder bestimmend in die Klassenausinandersetzungen eingreifen zu können und nicht lediglich als Teil in ihnen aufzugehen. Dieser Hinweis kann als Aufforderung an alle kommunistischen Parteien gelesen werden, die vor dem Problem stehen, nach der Niederlage von 1989ff. sowie der seit 2008 andauernden Weltwirtschaftskrise wieder in die Offensive zu kommen, um endlich eine gesellschaftliche Alternative Wirklichkeit werden zu lassen.

ALEXANDER DINBÖCK

„Wohnen muss leistbar sein!“

Unter diesem Motto fand am Samstag, den 12. Mai, im KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus Graz eine gemeinsame Tagung der *Alfred Klahr Gesellschaft*, des *Bildungsvereins der KPÖ Steiermark* und der KPÖ Graz zum Thema „Geschichte und Zukunft des sozialen Wohnbaus“ statt.

Zunächst beleuchteten Univ.-Prof. Dr. Hans Hautmann und Dr. Antje Senarclens de Grancy das Thema aus historischer Perspektive: Hautmann in seinem Referat über „Wohnbau und Wohnungspolitik im ‚Roten Wien‘ 1919–1934“, de Grancy in ihrem Vortrag über kommunalen Wohnbau in Graz vor 1934. Es folgten Beiträge von Dr. Elisabeth Springler („Wohnungsmarkt und Wohnungspolitik in Österreich“), sowie der bundesdeutschen Experten Dr. Andrej Holm („Sozialer Wohnbau als Instrument der Stadtentwicklung“) und Dr. Peter Birke („Recht auf Stadt!“ und Kämpfe um Wohnraum), in denen aktuelle Herausforderungen und Probleme einer fortschrittlichen Wohnungspolitik diskutiert wurden.

Elke Kahr berichtete über die Erfahrungen der KPÖ in der nun 14 Jahre andauernden Verantwortung für das Wohnungswesen der Stadt Graz. Sie wies darauf hin, dass die Budgetkürzungspolitik des Bundes und des Landes neue und immer schwierigere Herausforderungen mit sich bringt. „Wohnen ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Das darf nicht den Anforderungen des Marktes, den Vorgaben der EU und den Vorstellungen von Spekulanten und Immobilienmaklern untergeordnet werden, die nur ein Ziel kennen: die Rendite“, so Kahr, die seit 2005 in Graz als Stadträtin für das Wohnungsressort verantwortlich ist.



Alfred Klahr Gesellschaft

Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung

Die Linkskurve in der österreichischen Literatur der 1970er Jahre

Mit **Lutz Holzinger** (Vortrag)
und **Heinz R. Unger** (Gespräch)

Donnerstag, **21. Juni 2012**, 19.00

Kulturcafé 7Stern

Siebensterngasse 31

1070 Wien

7★STERN



Vorschau: Mittwoch, **17. Oktober 2012**, 19.00

„Soziallehre/Befreiungstheologie und Marxismus“

Vortrag von Dr. **Alois Riedlsperger** (Mitglied des Jesuitenordens,
Leiter der *Katholischen Sozialakademie Österreichs*)

„Roter Montag“ der KPÖ Leopoldstadt

Das Polizeimassaker vor dem Justizpalast 1927

Montag, **11. Juni 2012**, 19.00

Café Sperlhof, Große Sperlgasse 41, 1020 Wien (U2 Taborstraße)

Der Brand des Wiener Justizpalastes begann am 15. Juli 1927 als Unmuts-
äußerung gegen das skandalöse Urteil eines Geschworenengerichts und endete
mit Polizeischüssen in die demonstrierende und das Justizgebäude angreifende
Menge. Es gab 89 Todesopfer unter den DemonstrantInnen und fünf auf Seiten
der Polizei, dazu hunderte Verletzte auf beiden Seiten. Wie wichtig war die
Rolle der KPÖ, deren Parteivorsitzender Johann Koplenig 1927 nach dem
Justizpalastbrand wegen Hochverrats angeklagt wurde?

- **Josef Iraschko** (Bezirksrat, KPÖ): Begrüßung und Einleitung
- Vortrag von Univ.-Prof. Dr. **Hans Hautmann** (*Alfred Klahr Gesellschaft*)
- **Gerald Grassl**: Künstlerisches Rahmenprogramm
- Büchertisch: Werkkreis Literatur der Arbeitswelt, Linkes Wort

Mitteilungen der

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Dr. Walther Leeb

Redaktion und Grafik: Manfred Mugrauer

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Alexander

Dinböck, Michael Graber, Hans Hautmann,

Martin Krenn, Claudia Kuretsidis-Haider,

Gerhard Oberkofler, Helmut Rizy, Michael

Tatzber-Schebach

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Telefon: (+43-1) 982 10 86

E-Mail: klahr.gesellschaft@aon.at

www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

AKG-Spendenkonto

PSK 92023930, BLZ 60000

IBAN: AT 6660 0000 0092 0239 30

BIC: OPSKATWW

Veranstaltungstipp

Verweigerte Gerechtigkeit:

*Das KZ Majdanek und die
österreichische Justiz*

Vortrag von Dr. **Winfried R. Gar-
scha**, einer der Herausgeber der Neu-
erscheinung „*Das KZ Lublin-Majda-
nek und die Justiz*“

Mittwoch, **27. Juni 2012**, 18.00

KZ-Verband, Lassallestraße 40,
Stiege 2, Tür 6, 1020 Wien

Neuerscheinung

*Hans Mikosch/Anja Oberkofler (Hg.):
Gegen üble Tradition, für revolu-
tionär Neues. Festschrift für Gerhard
Oberkofler.*

Innsbruck, Wien, Bozen: Studien-Ver-
lag 2012, 268 S., 34,90– Euro

Mit Beiträgen von Beat Glaus, Peter
Goller, Hans Hautmann, Hans Heinz
Holz, Herbert Hörz, Wolfgang Kerber,
Hermann Klenner, Hans Mikosch,
Manfred Mugrauer, Alfred J. Noll,
Günther Pallaver, Kurt Pätzold, Lisl
Rizy, Harald Walser und Willi Weinert.

Dichter Kämpfer Kommunist

100 Jahre Jura Soyfer

Mittwoch, **13. Juni 2012**, 19.30

„Auf uns kommt's an“

Neuvertonte *Soyfer-Lieder* von **Maren Rahmann** (SchauspielerIn,
MusikerIn) und **Rudi Görnet** (Musiker und Improspieler)



Donnerstag, **27. September 2012**, 19.30

Jura Soyfer: Astoria

Lesung mit dem

Ersten Wiener Lesetheater

mit weiteren Terminen im Oktober,
November und Dezember

Kulturcafé 7Stern

Siebensterngasse 31, 1070 Wien

Veranstalter: *Volksstimme*, KPÖ,
ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT